

KEG-Kommunale Entwicklungsgesellschaft mbH

Lagebericht

der KEG- Kommunale Entwicklungsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2009

I. Gesamtwirtschaftliche Situation

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Nach dem Einbruch der Weltwirtschaft im Winterhalbjahr 2008/2009, als die deutsche Wirtschaft um insgesamt 6 % schrumpfte, hat sich die Weltwirtschaft und ebenso die deutsche Wirtschaft wieder langsam erholt. Im zweiten Quartal 2009 ist die deutsche Wirtschaft nach vier Quartalen mit schrumpfender Wirtschaftsaktivität wieder um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal gewachsen und hat im dritten Quartal sogar um 0,7 % zugelegt. Dennoch ist das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2009 um rund 5,0 % gesunken. Die bisherige Erhöhung ist hauptsächlich den Impulsen der gelockerten Geldpolitik sowie den staatlichen Konjunkturpaketen zu verdanken. Für das Jahr 2010 liegen die Prognosen für das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts derzeit im positiven Bereich und werden an die aktuelle wirtschaftliche Lage permanent angepasst. Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (verschiedene Institute für Wirtschaftsforschung und Konjunkturforschung) ging in ihrer Prognose vom Oktober 2009 für das Jahr 2010 mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 1,2 % aus. Die Bundesregierung prognostizierte einen Anstieg von 1,4% im laufenden Jahr.

Die Verbraucherpreise sind im Jahresdurchschnitt 2009 gegenüber dem Vorjahr um 0,4 % gestiegen. Eine ähnlich niedrige Jahresteuerrate wurde zuletzt vor zehn Jahren für 1999 mit +0,6 % ermittelt. Vergleichsweise war die Inflationsrate im Jahr 2008 mit +2,6 % relativ hoch.

Der Arbeitsmarkt war 2009 von der tiefsten Rezession seit Bestehen der Bundesrepublik beeinflusst. Die Auswirkungen waren deutlich, blieben jedoch trotz der massiven Produktionseinbrüche vergleichsweise moderat. Die Arbeitslosenquote belief sich im Jahresdurchschnitt 2009 auf 8,2 %. In Ostdeutschland war sie auch 2009 mit 13 % nach wie vor deutlich höher als der Bundesdurchschnitt.

Der Arbeitsmarkt in der Region hat sich erfreulicherweise weiter stabilisiert. Entgegen dem Bundes-trend haben sich die Arbeitslosenquoten und die absoluten Arbeitslosenzahlen in den vergangenen Monaten kontinuierlich verringert. Angesichts der Wirtschaftsstruktur sind die überwiegend kleinen und mittleren Unternehmen im Nordosten der Bundesrepublik von den Folgen der Wirtschaftskrise weniger stark betroffen.

Für die Stadt Neubrandenburg kann dieser positive Trend erfreulicherweise bestätigt werden. Die Arbeitslosenquote ist 2009 zwar nach wie vor mit 13 % auf relativ hohem Niveau, aber im Vergleich zu den Vorjahren weiter gesunken (2008 – 15,1 %, 2007 – 17,6 %, 2006 – 20 %).

2. Entwicklung der Branche

Die Unternehmen der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft haben die Finanz- und Wirtschaftskrise bislang unbeschadet überstanden. Sie stellen einen der größten Wirtschaftszweige in Deutschland dar und ihre Bruttowertschöpfung summiert sich auf ca. 390 Milliarden Euro. Dies entspricht einem Anteil von 18,6 % an der gesamten Bruttowertschöpfung.

Landesweit hat sich die Qualität des Wohnens systematisch und deutlich sichtbar verbessert. Zusätzliche Serviceangebote rund um das Wohnen sowie aktive Beteiligung an den Stadtumbaukonzepten bewirken, dass sich der Anteil nicht vermieteter Wohnungen per 31.12.2009 gegenüber dem Vorjahr im Landesdurchschnitt weiter reduziert hat und voraussichtlich deutlich unter 8 % liegt.

Die Wohnungsteilmärkte zeigen sich 2009 stabil, wenn auch differenziert.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat bisher in Mecklenburg-Vorpommern, mit einer ohnehin schon relativ hohen Arbeitslosenquote, kaum Auswirkungen gezeigt. Es ist daher nicht zu erwarten, dass sich der im bundesweiten Vergleich hohe Anteil von ALG II-Beziehern weiter erhöht.

In den neuen Bundesländern haben sich bereits in den letzten Jahren die Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung dramatisch verändert. In den ostdeutschen Städten steht, trotz massivem Rückbau, immer noch eine Vielzahl von Wohnungen leer. Diese Situation ist auch in Mecklenburg-Vorpommern und der Region Neubrandenburg, dem Haupttätigkeitsgebiet der Gesellschaft, zu verzeichnen. Nachhaltige Maßnahmen zur weiteren Beseitigung des Leerstands sind langfristig unverzichtbar.

Auf Grund der Einkommensverhältnisse der Einwohner in der Stadt Neubrandenburg wird vermehrt preiswerter Wohnraum nachgefragt.

Des Weiteren haben die hohe Arbeitslosigkeit und die demografische Entwicklung auch langfristig Auswirkungen auf die Ausrichtung der Maßnahmenplanung in den Gebieten, in welchen Stadterneuerung in der Stadt Neubrandenburg betrieben wird.

Die Ausrichtung der Bundes- und Landesprogramme erfolgt zukünftig verstärkt themen- und problemorientiert. Damit reduziert sich die langfristige Planbarkeit der verfügbaren Mittel, die Maßnahmenplanung und deren Verankerung in den städtischen Haushalten werden erschwert.

Die Auswirkungen der drastischen Reduzierung der Mittel in den Städtebauförderungsprogrammen des Bundes werden auf der Ebene der Länder- und Kommunen nicht ausgeglichen werden können. Der Prozess der Stadterneuerung wird sich verlangsamen. Inwieweit dabei eine Differenzierung nach Stadtgröße/ raumordnerischer Bedeutung eintreten wird, kann derzeit noch nicht abgeschätzt werden.

II. Lage der Gesellschaft

1.1 Geschäftsverlauf im Geschäftsjahr 2009

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2009 die Umsatzerlöse auf dem Niveau des Vorjahres stabilisieren können. Die Treuhandtätigkeit ist weiterhin als tragende Säule der Gesellschaft zu sehen.

In geringem Umfang wurde Akquise für die Sparte Projektmanagement und -steuerung betrieben und erste Ergebnisse erzielt.

Tätigkeitsschwerpunkte der Gesellschaft im Jahr 2009 waren die Abwicklung der Aufgaben innerhalb der Stadterneuerungsmaßnahmen:

- Sanierungsmaßnahme städtebaulicher Denkmalschutz „Altstadt“ Neubrandenburg
- Sanierungsgebiet „Nordstadt-Ihlenfelder Vorstadt“
- URBAN II Maßnahme „**NORD:Stadt**“ Neubrandenburg
- Maßnahme Soziale Stadt „Nordstadt – Ihlenfelder Vorstadt“, inkl. dem Programm „Die Soziale Stadt“

jeweils im Namen und für Rechnung der BIG-STÄDTEBAU MECKLENBURG-VORPOMMERN GmbH als treuhänderischer Beauftragter der Stadt Neubrandenburg

sowie die

- Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Wolgaster Straße“
- Stadtumbaumaßnahme „Reitbahnviertel“
- Stadtumbaumaßnahme „Oststadt“
- Stadtumbaumaßnahme „Datzeberg“

jeweils im Namen und für Rechnung der Stadtentwicklungsgesellschaft Neubrandenburg mbH als treuhänderischer Sanierungsträger/Entwicklungsträger der Stadt Neubrandenburg

109

sowie die

- Stadtumbaumaßnahme „Südstadt der Hansestadt Anklam“

im Namen und für Rechnung der Stadtentwicklungsgesellschaft Neubrandenburg mbH als treuhänderischer Beauftragter der Hansestadt Anklam.

Die für die Jahre ab 2011 angekündigten stark rückläufigen Förderbudgets im Bereich der Stadterneuerung (programmübergreifend) und der bereits erörterte programmatische Umbau der Städtebauförderungsprogramme schlagen sich mittel- und langfristig auch direkt auf die Umsätze der Gesellschaft nieder. Für die folgenden Jahre ist demgemäß zur Stabilisierung der Gesellschaft die Akquise von Budgets innerhalb der Förderprogramme, die Akquise neuer Programme für Neubrandenburg und der Ausbau der Tätigkeit der Gesellschaft auf neue Geschäftsfelder wie z. B. das Projektmanagement und die -steuerung erforderlich.

1.2 Akquisition

Insgesamt ist auch zukünftig die Akquise neuer Aufgaben zwingend erforderlich.

Diese ist insbesondere im Bereich das Projektmanagement und die -steuerung zu verstärken.

1.3 Personal- und Sozialbereich

Die Gesellschaft beschäftigte zum Stichtag 31.12.2009 3 Vollbeschäftigtenäquivalente.

Beschäftigte nach Altersstruktur

25 bis 34 Jahre	1
35 bis 44 Jahre	0
45 bis 54 Jahre	1
55 bis 65 Jahre	1

Die Geschäftsführung wird, auf der Grundlage eines Managementvertrages, durch je einen Vertreter der Gesellschafter wahrgenommen.

2. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

2.1 Vermögenslage

Die Vermögenslage ist durch das Umlaufvermögen bestimmt und stellt sich per 31.12.2009 zusammengefasst wie folgt dar:

	31.12.2009 TEUR	31.12.2008 TEUR	Veränderung TEUR
Bilanzsumme	229	256	-27
Anlagevermögen	8	8	0
Umlaufvermögen	221	248	-27
Eigenkapital	154	160	-6
Rückstellungen	56	56	0
Andere Verbindlichkeiten	19	40	-21

Die Eigenkapitalquote betrug 67,3 % (Vorjahr 62,4 %).

2.2 Finanzlage

Die Gesellschaft hat keinerlei Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Derivative Finanzinstrumente werden zurzeit nicht eingesetzt. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war jederzeit gegeben und ist auch für 2010 zu erwarten.

Cash-flow

	2009 TEUR	2008 TEUR	Veränderung TEUR
Laufende Geschäftstätigkeit			
Jahresergebnis	34	59	-25
Abschreibungen beim Anlagevermögen	3	1	+2
Zu-/Abnahme langfristiger Rückstellungen	6	18	-12
Cash-flow	43	78	-35
Zu-/Abnahme kurzfristiger Rückstellungen	-6	+11	-17
Gewinn/Verlust aus Abgang AV	0	0	0
Zu-/Abnahme kurzfristiger Aktiva	+72	-3	+75
Zu-/Abnahme kurzfristiger Passiva	-21	-49	+28
Cash-flow aus laufender Geschäftstätigkeit	88	+37	+51
Planmäßige Tilgungen	0	0	0
Cash-flow aus laufender Geschäftstätigkeit nach Tilgungen	88	+37	+51

AM

	2009 TEUR	2008 TEUR	Veränderung TEUR
Investitionsbereich			
Erlöse Abgang Anlagevermögen	0	0	0
Investitionen	-2	-5	+3
Cash-flow aus Investitionstätigkeit	-2	-5	+3
Finanzierungsbereich			
Gewinnausschüttung	-40	0	-40
Kreditaufnahmen	0	0	0
Erhaltene Zuschüsse/Zulagen	0	0	0
Cash-flow aus Finanzierungstätigkeit	-40	0	-40
Zahlungswirksame Veränderungen Finanzmittel	+46	+32	+14
Finanzmittelfonds			
Zahlungswirksame Veränderung	+46	+32	+14
Finanzmittelbestand 01.01.	112	80	+32
Finanzmittelbestand 31.12.	158	112	+46

2.3 Ertragslage

Das abgeschlossene Geschäftsjahr erbrachte einen Jahresüberschuss von 34 TEUR (Vorjahr 59 TEUR).

Die Ertragslage stellt sich im Berichtsjahr wie folgt dar:

	2009 TEUR	2008 TEUR	Veränderung TEUR
Gesamtleistung	760	809	-49
Betriebliche Aufwendungen	711	727	-16
EBITDA	49	82	-33
Abschreibungen	3	1	+2
Finanzergebnis	2	3	-1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	48	84	-36
Steuern	14	25	-11
Jahresergebnis	34	59	-25

Die Umsatz- und Aufwandsstrukturen sind wesentlich durch die geschäftlichen Beziehungen zu den Gesellschaftern bestimmt.

112

III. Risikomanagement

Das frühzeitige Erkennen und Bewerten von Risiken sowie ein effizientes Gegensteuern sind wichtige Voraussetzungen für die Sicherung des Unternehmenserfolges.

Daher wird derzeit unter Nutzung der Strukturen des Gesellschafters BIG-STÄDTEBAU GmbH, wie im Geschäftsbesorgungsvertrag geregelt, in der Gesellschaft nach einem Projektcontrollingsystem gearbeitet, welches aufgrund der Struktur der Gesellschaft zugleich wesentliche Funktionen des Risikomanagement-Systems übernimmt. Ziel ist es, sowohl strategische als auch geschäftsspezifische Risiken zu erkennen, zu bewerten und durch geeignete Maßnahmen zu steuern.

Die Gesellschaft hat zudem ein Zertifizierungsverfahren nach DIN EN ISO 9001 : 2000 durchlaufen und mit Datum vom 29.08.2008 die Anerkennung erhalten.

IV. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft/Wesentliche Chancen und Risiken

Die Gesellschaft bündelt die fachlichen Kompetenzen der Gesellschafter am Standort Neubrandenburg. Im Ergebnis des Restrukturierungsprozesses eines der Gesellschafter, der Stadtentwicklungsgesellschaft Neubrandenburg mbH, erfolgte in 2010 ein Gesellschafterwechsel durch Veräußerung der Geschäftsanteile an die Stadt Neubrandenburg.

Die Gesellschaft ist damit bestmöglich für den Wettbewerb bei der Umsetzung von Stadterneuerungsaufgaben und Projektsteuerungsaufgaben in Neubrandenburg und der Region aufgestellt.

Für die zukünftigen Programmjahre sieht die Verwaltungsvereinbarung zu den Bundesfinanzhilfen bei der Städtebauförderung eine erhebliche Reduzierung für die ostdeutschen Länder, und damit auch Mecklenburg-Vorpommern vor.

Die Auswirkungen auf die Oberzentren im Land ist derzeit noch nicht abzuschätzen. Dies bedarf aber einer genauen Beobachtung und Reaktion der Gesellschaft, da die Umsatzerlöse davon wesentlich mit bestimmt werden.

Für die KEG- Kommunale Entwicklungsgesellschaft mbH ist zudem die Verschiebung in den Förderungsschwerpunkten bedeutsam, weil viele Projekte in ihrem Tätigkeitsbereich aus dem allgemeinen Programm gefördert wurden, die in den nächsten Jahren schwächer dotiert werden oder ohnehin auslaufen.

Die Gesellschaft erwartet daher für 2010 und auch die Folgejahre einen spürbaren Rückgang bei den Umsatzerlösen aus der Treuhändertätigkeit. Die geplanten Jahresergebnisse werden über eine kontinuierliche Anpassung der Kosten und die Erschließung neuer Aufgabenfelder erreicht.

Die in der Stadt Neubrandenburg zur Lösung anstehenden Aufgaben, auch über den Bereich der Stadterneuerungsmaßnahmen hinaus, lassen auf eine gesunde Entwicklung der Gesellschaft schließen.

Insgesamt wird davon ausgegangen, dass trotz der schwierigen wirtschaftlichen Situation im Land Mecklenburg-Vorpommern die Gesellschaft über ausreichend Entwicklungspotentiale verfügt, um sich positiv zu entwickeln.

Neubrandenburg, den 29. April 2010



Christina Ebel
Geschäftsführerin



Thomas Riemer
Geschäftsführer

114

1. Bilanz zum 31. Dezember 2009
der
KEG - Kommunale Entwicklungsgesellschaft mbH, Neubrandenburg

AKTIVSEITE	31. Dez 09		31. Dez 08
	€	€	€
Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände		1.343,00	2.605,00
Sachanlagen			
Betriebs- und Geschäftsausstattung		6.199,00	5.640,00
Umlaufvermögen			
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	516,50		0,00
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00		64.171,89
Forderungen gegenüber Gesellschaftern	41.140,63		43.935,34
Sonstige Vermögensgegenstände	21.535,69	63.192,82	28.028,08
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		157.808,21	111.569,33
Rechnungsabgrenzungsposten		421,42	352,31
		228.964,45	256.301,95

PASSIVSEITE	31. Dez 09		31. Dez 08
	€	€	€
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital		100.000,00	100.000,00
Bilanzgewinn			
Gewinnvortrag	19.888,88		550,34
Jahresüberschuss	34.302,28	54.191,16	59.338,54
		154.191,16	159.888,88
Rückstellungen			
Steuerrückstellungen	6.500,00		13.285,30
Sonstige Rückstellungen	49.367,30	55.867,30	42.568,50
Verbindlichkeiten			
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.556,23		4.366,30
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	3.850,87		35.228,62
Sonstige Verbindlichkeiten	11.498,89		966,35
davon aus Steuern	(11.020,00)		(0,00)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	(0,00)	18.905,99	(471,95)
		228.964,45	256.301,95

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009
der KEG - Kommunale Entwicklungsgesellschaft mbH, Neubrandenburg**

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	€	€	€
Umsatzerlöse			
a) aus Betreuungstätigkeit	698.625,47		733.873,79
b) aus anderen Lieferungen und Leistungen	<u>52.452,09</u>	751.077,56	78.008,55
Veränderung des Bestandes an noch nicht abgerechneten Leistungen		0,00	-3.683,00
Sonstige betriebliche Erträge		9.004,69	1.293,69
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen		406.693,62	356.891,05
Rohergebnis		353.388,63	452.601,98
Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	134.025,62		153.122,14
b) Soziale Abgaben	<u>21.725,92</u>	155.751,54	37.102,01
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegen- stände des Anlagevermögens und Sachanlagen		2.731,69	1.408,75
Sonstige betriebliche Aufwendungen		148.819,88	179.951,98
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		2.433,31	2.731,14
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		26,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		48.492,83	83.748,24
Steuern vom Einkommen und Ertrag		14.190,55	24.409,70
Jahresüberschuss		34.302,28	59.338,54

116

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung erteilen wir mit Datum vom 15. Juni 2010 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

An die KEG- Kommunale Entwicklungsgesellschaft mbH

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der

**KEG- Kommunale Entwicklungsgesellschaft mbH,
Neubrandenburg,**

für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

117

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Schwerin, den 15. Juni 2010

DOMUS AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Zweigniederlassung Schwerin



Kobarg
Wirtschaftsprüfer



Fietzek
Wirtschaftsprüfer

148
821

Neubrandenburger Stadtwerke GmbH (Konzern)

Neubrandenburger Stadtwerke GmbH, Neubrandenburg

Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2009

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Entwicklung von Branchen, Einzelangaben zur gesamtwirtschaftlichen Situation

Nach dem durch die Finanzkrise ausgelösten schwersten Konjunkturunbruch der Nachkriegszeit befindet sich die Weltwirtschaft seit der Mitte des Jahres 2009 in einer leichten Erholungsphase. Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise zeigten sich dabei seit Mitte des Jahres 2008 in der gesamten Realwirtschaft. Dort wirkten sich vor allem deutliche Nachfragerückgänge dämpfend aus.

Infolge des Konjunkturunbruchs sank des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der Eurozone im Jahr 2009 um 4,2 % nachdem schon 2008 eine deutliche Abschwächung des Wachstums (+ 0,8 % im Vergleich zu 2007) zu verzeichnen gewesen war. Aufgrund der stark exportorientierten Ausrichtung der Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland sank das BIP hier noch stärker, nämlich um 5,0 %, nachdem das Wachstum 2008 noch 1,3 % betragen hatte. Die Verbraucherpreise stiegen in Deutschland im Jahr 2009 geringfügig um durchschnittlich 0,4 % an.

Auf die Geschäftsentwicklung des Konzerns hat die konjunkturelle Entwicklung grundsätzlich nur begrenzten Einfluss. Die Entwicklung des Wirtschaftswachstums schlägt sich vor allem in der Energienachfrage bei Industriekunden nieder. Der Energieverbrauch von Haushaltskunden wird in erster Linie von den Witterungsverhältnissen beeinflusst. Allerdings wirkt sich hier der anhaltende Trend zum Einsatz energiesparender Technologien mindernd auf den Absatz aus.

Der Bruttostromverbrauch in Deutschland sank 2009 um 5,2 % auf 582,5 Mrd. kWh. Besonders stark rückläufig war aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Lage der Stromverbrauch des produzierenden Gewerbes (- 9,8 %), von Handel und Gewerbe (- 2,0 %) sowie im Bereich Verkehr (- 3,0 %). Der Stromverbrauch der privaten Haushalte im Jahr 2009 sank nur leicht (- 0,2 %) und der Verbrauch öffentlicher Einrichtungen und in der Landwirtschaft blieben zum Vorjahr unverändert.

Die Bruttostromerzeugung in Deutschland lag im Jahr 2009 mit rund 596,8 Mrd. kWh um 6,4 % unter dem Vorjahresniveau. Deutliche Rückgänge gab es bei der Stromproduktion aus fossilen Brennstoffen,

wobei weiterhin Braunkohle mit einem Anteil von 24,5 % gefolgt von Kernenergie (22,6 %), Steinkohle (18,3 %) und Erdgas (12,9 %) nach wie vor die vorrangigen Energieträger sind.

Die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien lieferte im Jahr 2009 mit 93,0 (2008: 92,7) Mrd. kWh rd. 0,3 % mehr Strom als im Vorjahr und konnte damit bei insgesamt rückläufiger Erzeugung ihren Anteil am gesamten Stromverbrauch auf rd. 16,0 % steigern.

Nachdem die Rohstoffpreise, insbesondere für den Primärenergieträger Gas, im Vorjahr neue Höchststände zu verzeichnen hatten, entspannte sich die Bezugssituation im Verlauf des Jahres 2009 in Folge der konjunkturbedingt niedrigeren Nachfrage deutlich. So sind die Bezugskosten für das im Gas- und Dampfturbinenheizkraftwerk (GuD) in Neubrandenburg eingesetzte Kraftwerksgas bei einem Rückgang der Bezugsmenge um 4,1 % im Vergleich zum Vorjahr um 22,7 % auf rd. 26,7 Mio. EUR zurückgegangen.

Der deutsche Fernwärmemarkt weist keinen direkten Wettbewerb von Wärmeversorgern untereinander auf, da die Wärmenetze, im Gegensatz zu den Versorgungsnetzen für Strom und Gas, nicht miteinander verbunden sind, sondern reine Inselösungen darstellen. Die Liberalisierung bzw. Regulierung, wie sie im Strom- bzw. Gasmarkt von der Europäischen Union bzw. von der Bundesregierung vorangetrieben wird, ist für den Fernwärmemarkt derzeit nicht in Diskussion. Die Fernwärme steht allerdings in direktem Wettbewerb zu anderen Energieträgern, wie z. B. Heizöl und Erdgas, wobei zu beachten ist, dass in Neubrandenburg die Wärmeproduktion gerade von diesen beiden konkurrierenden Medien als Primärenergieträger abhängig ist.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Wärmeversorgung in Neubrandenburg generell durch einen Rückgang der angeschlossenen Leistung und des Absatzes infolge von Modernisierungen, Einwohnerrückgängen und Wohnungsrückbauten bzw. –leerständen gekennzeichnet ist. Das Erschließungsgebiet „Steep“, an dem zumeist kleinere Eigenheimstandorte entstehen, konnte diesen Trend nicht kompensieren.

Die Fernwärmeproduktion erfolgt in Neubrandenburg nahezu ausschließlich im Gas- und Dampfturbinenheizkraftwerk als Koppelprodukt zur Stromproduktion auf Erdgasbasis. Deshalb wirken sich Änderungen der Bezugskosten für Kraftwerksgas mit einem zeitlichen Versatz direkt auf die Herstellkosten der Fernwärme aus.

Für die Deckung des Erdgasbedarfs ist eine dauerhafte Versorgungssicherheit Grundvoraussetzung. Um diese zu gewährleisten, nutzt die Erdgaswirtschaft in Deutschland verschiedene Bezugsquellen, wobei der Importanteil mit rd. 87 % des Gesamtbedarfs den der heimischen Förderung (rd. 13 %) deutlich übersteigt. Annähernd ein Drittel der Importe werden in den russischen Gasfeldern gefördert, wobei dieser

Anteil im Jahr 2008 noch 37 % betrug. Dem Rückgang beim Anteil der Gasimporte aus Russland steht ein Anstieg beim Anteil der Lieferungen aus Norwegen mit 29 % (Vj. 26 %) und den Niederlanden mit 20 % (Vj. 19 %) gegenüber. In der Verschiebung zwischen den Erdgaslieferländern spiegelt sich das gestiegene Bedürfnis nach einer sicheren und unterbrechungsfreien Versorgung mit Erdgas wider.

Die kontinentaleuropäischen Gasnotierungen folgen aufgrund der Konkurrenzsituation auf dem Wärmemarkt, der Entwicklung der Heizölpreise und somit mittelbar dem Rohölpreis mit einer zeitlichen Verzögerung. Bis zur Mitte des Jahres 2008 kam es zu einem bisher einmaligen Preisanstieg auf den internationalen Rohstoffmärkten. Der Preis für leichtes Heizöl erreichte im Juli 2008 den bisherigen Rekordstand von 79,80 EUR/hl (Notierung Rheinschiene). Infolge der konjunkturellen Entwicklung, verbunden mit dem daraus resultierenden Nachfragerückgang, sank der Preis für leichtes Heizöl um rd. 50 % und notierte im März 2009 bei 39,82 EUR/hl. Aufgrund der konjunkturellen Erholung ab Mitte 2009 stieg der Preis für leichtes Heizöl wieder an und tendierte zum Jahresende in Richtung 50,00 EUR/hl. Der Grenzübergangspreis nach Deutschland lag im Berichtsjahr um durchschnittlich 22,2 % unter dem Niveau von 2008.

Die deutschen Wasserversorger sind vielfach mit einer sinkenden Nachfrage bei unverändert hohen Aufwendungen für den Betrieb der Versorgungsanlagen konfrontiert. Hinzu kommt eine wachsende Sensibilität der Öffentlichkeit im Hinblick auf die Preisgestaltung. Gerade in strukturschwachen Regionen mit demographischen Abwanderungstendenzen wird die Wasserversorgung, als elementare kommunale Daseinsvorsorge, vor neue Aufgaben gestellt. Hierbei ist zu beachten, dass in Deutschland für die Versorgung mit Wasser und dessen Qualität weltweit die höchsten Standards gelten.

Im Wasserversorgungsgebiet der Gesellschaft, welches neben der Stadt Neubrandenburg auch die umliegenden Gemeinden erfasst, entstehen immer weitere Eigenheimsiedlungen, was dazu führt, dass die Anschlussdichte immer geringer wird. Hinzu kommt, dass der nach wie vor ungebrochene Trend hin zum Einsatz von wassersparender Technik zu einem kontinuierlichen Absatzrückgang führt.

Im Gegensatz zu vielen anderen Staaten der Europäischen Union (EU) wird in Deutschland das Abwasser fast flächendeckend mit den höchsten EU-Reinigungsstandards behandelt. Längere Unterbrechungen im Bereich der Abwasserentsorgung sind in Deutschland unbekannt. Gründe dafür sind die hohen technischen Standards bei der Aufbereitung sowie auch der Verteilung und der im europäischen Vergleich gute Zustand der Netze.

Die Abwasserentsorgung ist in Deutschland ebenfalls Kernaufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge in der Zuständigkeit der Städte und Gemeinden. Die Träger dieser Aufgaben nehmen neben der eigenen Entsorgungstätigkeit Aufgaben wahr, die dem Gewässer- und Grundwasserschutz und damit letztendlich

der lebensnotwendigen Ressource Wasser insgesamt dienen. Preise, Qualität und Umweltfaktoren als ganzheitliches Leistungsspektrum unterliegen strenger staatlicher Kontrolle, wobei die hierfür entstehenden Kosten durch entsprechende Gebühreneinnahmen gedeckt werden müssen.

Auf Basis der mit den jeweiligen Gemeinden geschlossenen Abwasserbeseitigungsverträge war der Konzern im Jahr 2009 einerseits als sog. „beauftragter Dritter“ zur Erfüllung der kommunalen Pflichtaufgabe „Abwasserentsorgung“ in deren Auftrag tätig. Die den Bürger betreffende Gebührenhoheit obliegt den jeweiligen Städten und Gemeinden bzw. dem Abwasserbeseitigungszweckverband (AWZV).

Für die Gemeinden Wulkenzin, Woggersin, Blankenhof, Neverin und Trollenhagen kann der Konzern den Kunden in eigenem Namen und auf eigene Rechnung privatrechtliche Entgelte für die Abwasserentsorgung berechnen. In den Rechnungen kann die Umsatzsteuer offen ausgewiesen werden, so dass vorsteuerabzugsberechtigte Unternehmer diese beim Finanzamt geltend machen können.

Die Umstellung auf privatrechtliche Entgelte erweist sich damit als ein geeignetes Instrument der Wirtschaftsförderung zur Stärkung der bereits ansässigen Unternehmen und als Argument im Zusammenhang mit zukünftigen Unternehmensansiedlungen.

Zum Gegenstand des Konzerns gehört auch die Durchführung von Linienverkehren des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), von Sonderverkehren sowie sonstigen Personentransportleistungen, von Schienenersatzverkehr und Gütertransporten, von Fahrgastschifffahrten auf Binnengewässern sowie Serviceleistungen im Zusammenhang mit Personen- und Gütertransporten und von Werbung. Zu den Aufgaben der Gesellschaft gehört die Erledigung aller mit dem Gegenstand des Unternehmens unmittelbar und mittelbar zusammenhängenden und seinen Belangen dienenden Geschäfte. Die Gesellschaft kann zur Erfüllung dieser Aufgaben andere Unternehmen gründen, erwerben oder sich an solchen Unternehmen beteiligen.

Mit dem Inkrafttreten der EU-Verordnung 1370 am 3. Dezember 2009 gilt diese unmittelbar in allen Mitgliedsstaaten. Wegen des Anwendungsvorranges höherrangigen Rechts wird das nationale Recht verdrängt, soweit es der Verordnung widerspricht. Nachdem das Personenbeförderungsgesetz (PBefG) in Deutschland nicht rechtzeitig vor dem Inkrafttreten der EU-Verordnung 1370 angepasst wurde, sind nun von Seiten des Gesetzgebers diese nationalen Vorschriften entsprechend zu überarbeiten, wobei die anhaltenden Kontroversen auf Bundesebene die erforderliche Änderung des PBefG bisher verhinderten. Auch der im April 2009 durch die Verkehrsministerkonferenz beauftragte Arbeitskreis „Öffentlicher Personennahverkehr“ konnte die Rechtsunsicherheit für die Verkehrsunternehmen, die Aufgabenträger des ÖPNV und die Genehmigungsbehörden nicht beseitigen. Um diesen Konflikt beizulegen haben der Ver-

122

band Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) und der Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer e.V. (bdo) ein gemeinsames Eckpunktepapier als Konsens innerhalb der Branche vorgelegt und damit praxistaugliche Lösungsvorschläge unterbreitet.

Die Stadt Neubrandenburg als Aufgabenträger und der Konzern als Erbringer der Leistung des ÖPNV haben den Weg der Direktvergabe gewählt, bei der die Finanzierung des eigenwirtschaftlichen Verkehrs über den Querverbund im Konzern erfolgt. Voraussetzung für eine Direktvergabe ist die Einhaltung der 4 Kriterien, welche der EuGH in seinem so genannten „Altmark-Trans“-Urteil aufgestellt hat. Der Konzern hat sich frühzeitig darauf ausgerichtet, diese Kriterien zu erfüllen und dabei insbesondere den Anforderungen an ein durchschnittliches, gut geführtes Unternehmen (Kostenmaßstab) zu entsprechen.

Vor dem Hintergrund einer weiter rückläufigen Bevölkerungsentwicklung im Bedienungsgebiet und einer gleichzeitigen Erhöhung des Altersdurchschnitts ergeben sich mittel- bis langfristig zum Teil deutlich veränderte Anforderungen an die Anbieter von ÖPNV-Leistungen. Das bedeutet auch für die Gesellschaft, neue Systeme von bedarfsgerechten, aber auch finanziell tragbaren Bedienungsangeboten konzeptionell zu entwickeln.

Auf der Suche nach geeigneten Mitteln zur Erreichung einer verbesserten Kostendeckung gerät der Fahrgast verstärkt ins Blickfeld, denn die Nutzerfinanzierung des ÖPNV wird voraussichtlich an Bedeutung gewinnen. Eine wesentliche Zielsetzung für ÖPNV-Unternehmen muss es daher sein, die Wirtschaftlichkeit der Verkehrsleistungen zu erhöhen und gleichzeitig die Attraktivität und Qualität des Angebotes beizubehalten.

Im Bereich der kabelgestützten Versorgung mit Fernsehen und Telekommunikationsdienstleistungen führen die neuen technischen Möglichkeiten zur Bereitstellung von digitalen Radio- und Fernsehsignalen und Internetzugängen über herkömmliche Telefonleitungen des Endkunden sowie der sich verschärfende Wettbewerb im Bereich der Festnetztelefonie zu einem Wechsel der Geschäftsmodelle vom reinen Infrastrukturbetrieb zum „Komplettanbieter“.

Die Kabelnetzbetreiber stellen sich den Herausforderungen dieses verstärkten Wettbewerbs in ihrem klassischen Marktumfeld mit neuen Angeboten zur Konvergenz von Unterhaltungs-, Kommunikations- und Informationsmedien.

Der Kundenstamm des Konzerns erstreckt sich räumlich im Wesentlichen auf das Stadtgebiet Neubrandenburg und teilweise auf angrenzende Gemeinden. Die Versorgung innerhalb der Stadt Neubranden-

burg erfolgt mittels eines eigenen Breitbandkabel- bzw. Lichtwellenleiternetzes. Die umliegenden Gemeinden werden teilweise über dieses Netz bzw. über eigene Kopfstationen versorgt.

Zurzeit liegt der Marktanteil im Bereich der Kabelfernsehversorgung im Hauptabsatzgebiet „Stadt Neubrandenburg“ noch bei nahezu 100 %. Infolge der zu erwartenden Verschärfung des Wettbewerbs ist jedoch noch nicht absehbar, in welchem Umfang dieser Marktanteil gehalten werden kann. Der Konzern nutzt konsequent die sich aus den gegenüber massenmarktfähigen DSL-Technologien deutlich höheren Bandbreiten des Kabelnetzes ergebenden Effekte, einerseits durch die Bereitstellung qualitativ hochwertiger Radio- und Fernsehsignale sowie andererseits durch die Bereitstellung von attraktiven Internet- und Telefonieangeboten als Mittel zur Kundenbindung.

Im Bereich der Kabelfernsehversorgung besteht der Kundenstamm im Wesentlichen aus Privatkunden und –haushalten. Im Bereich der Nebenleistungen Datenverkehr bzw. Datendurchleitung / Standortvernetzung besteht der Kundenstamm ausschließlich aus Gewerbekunden.

Weitere Geschäftsbereiche des Konzerns im Jahr 2009 bestanden in der Betriebsführung des GuD-Heizkraftwerks und des Heizwerks Nord für den Eigentümer VASA und der Betriebsführung der Kläranlage Neubrandenburg für den Eigentümer NOTAM. Darüber hinaus betreibt der Konzern in Neubrandenburg das Krematorium, die Schwimmhalle und die Straßenbeleuchtung und bietet IT-Dienstleistungen und Fuhrparkleistungen an.

124

2. Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die konsolidierte Entwicklung des Kundenabsatzes in den wesentlichen Sparten des Konzerns:

	<u>ME</u>	<u>2009</u>	<u>2008</u>	<u>Veränderung</u>
Stromabsatz	MWh	397.572	463.897	- 66.325
davon Stromversorgung	MWh	215.387	296.838	- 81.451
davon Stromhandel	MWh	182.185	167.059	15.126
Fernwärme	MWh	310.260	310.499	- 239
Erdgasversorgung	MWh	251.022	251.481	- 459
Trinkwasserversorgung	m ³	3.648.313	3.672.290	- 23.977
Schmutzwasserentsorgung	m ³	3.274.096	3.293.202	- 19.106
Regenwasserentsorgung	m ³	1.974.672	1.987.258	- 12.586
Kabelfernsehversorgung	Kunden- abnahme- stellen	34.649	34.564	85
Personenbeförderungen	Anzahl Tsd.	4.012	4.041	- 29
Kremationen	Anzahl	6.255	6.308	- 53

125

Der Stromabsatz lag mit 397.572 MWh um 66.325 MWh unter dem Vorjahresniveau. Dabei führte vor allem der Wechsel eines Großkunden außerhalb des eigenen Netzes zu einem anderen Stromlieferanten zu einem Absatzrückgang in der Stromversorgung (Absatz an Endkunden) um 81.451 MWh. Gleichzeitig erhöhte sich die im Großhandel vermarktete Strommenge um 15.126 MWh.

Der Umsatz im Stromsegment sank gegenüber dem Vorjahr um TEUR 7.544 (15,7 %) auf TEUR 40.376. Dies ist neben dem oben beschriebenen Rückgang der Mengen auf Preisanpassungen zurückzuführen. Die Preise der Grund- und Ersatzversorgung und die Preise für die Privatstromprodukte wurden, nachdem sich die Bezugssituation zu Beginn des Jahres deutlich entspannte, zum 1. April 2009 um durchschnittlich 2,5 % gesenkt, nachdem diese zum Jahresbeginn um rd. 3,0 % erhöht worden waren.

Der Fernwärmeabsatz blieb mit einem leichten Rückgang um 239 MWh auf 310.260 MWh annähernd konstant.

Die Fernwärmepreise wurden aufgrund der vertraglich vereinbarten Preisgleitklausel zum 1. Januar 2009 und zum 1. Juli 2009 angepasst. Vor allem aufgrund der Preisanpassungen stieg der Fernwärmeumsatz im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 2.679 (10,4 %) auf TEUR 28.352. Der deutliche Anstieg der Preise resultiert daher, dass durch die Preisgleitklausel die Bezugskostensteigerungen des Vorjahres zeitlich versetzt an die Kunden weitergegeben werden.

Bei der Erdgasversorgung ist im direkten Jahresvergleich ein leichter Rückgang des Endkundenabsatzes um 459 MWh (0,2 %) zu verzeichnen. Hierbei macht sich insbesondere der zunehmende Wettbewerb um die Erdgaskunden bemerkbar. Die daraus resultierenden Kundenverluste im eigenen Netzgebiet (- 12.826 MWh) konnten jedoch durch verstärkte Akquisetätigkeit in fremden Netzgebieten annähernd (+ 12.367 MWh) auf mittlerweile 15.886 MWh kompensiert werden. Der Anteil der im Netz des Konzerns durch Dritte Anbieter versorgten Kunden stieg im Berichtsjahr auf 16.709 MWh (6,1 %).

Der Umsatz der Erdgasversorgung ist gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.142 (8,7 %) auf TEUR 14.201 angestiegen. Dem leichten Mengenrückgang wirkten hier die zum 1. September 2008 und zum 1. Januar 2009 vorgenommenen Preiserhöhungen bei den Kunden der Grund- und Ersatzversorgung sowie in den Privatgasprodukten entgegen, mit der der Preisanstieg des Vorjahres auf der Beschaffungsseite teilweise an die Endkunden weitergegeben wurde. Nachdem sich die Bezugssituation zu Beginn des Jahres deutlich entspannte, wurden die Preise der Grund- und Ersatzversorgung sowie in den Privatgasprodukten zum 1. April 2009 und zum 1. Juli 2009 um durchschnittlich 8,0 % bzw. 9,0 % gesenkt.

Der Wasserabsatz betrug im Berichtsjahr 3.648 Tm³ (Vj. 3.672 Tm³) und liegt somit um 0,7 % unter dem Vorjahr. Der Umsatz liegt mit TEUR 6.612 auf Vorjahresniveau.

Das Abwasseraufkommen an Schmutzwasser in 2009 betrug 3.274 Tm³ und liegt somit um 19 Tm³ unter Vorjahresniveau. Das Regenwasseraufkommen betrug im Berichtsjahr insgesamt 1.975 Tm³ und liegt somit um 13 Tm³ leicht unter Vorjahresniveau. Die Erlöse der Abwasserentsorgung betragen ohne Berücksichtigung der Betriebsführungserlöse für die NOTAM Beteiligungs GmbH & Co. Vermietungs KG im Berichtsjahr TEUR 8.856.

Im ÖPNV ist im Vergleich zum Vorjahr ein leichter Rückgang an beförderten Personen um 0,7 % zu verzeichnen.

Bei der Kabelfernsehversorgung liegen die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2009, bedingt durch den Anstieg bei der Vermarktung der Multimediaprodukte mit TEUR 5.256 um TEUR 476 über dem Wert des Vorjahres (TEUR 4.780).

Im Krematorium sank der Absatz gegenüber dem Vorjahr um 53 Kremationen, was einem Rückgang von 0,8 % entspricht. Die Umsatzerlöse des Krematoriums stiegen um TEUR 80 auf TEUR 1.197.

3. Investitionen

Im Berichtsjahr investierte der Konzern TEUR 10.718.

Die Investitionen betreffen mit TEUR 7.857 das Sachanlagevermögen und mit TEUR 413 Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Sparten:

(Angaben in TEUR)	Investitionen gesamt
Wasser/Abwasser	3.312
Kabelfernsehen/Multimedia	872
Strom	696
Gas	610
IT	641
Fernwärme	426
ÖPNV	992
Straßenbeleuchtung	193
übrige Anlagen	528
Summe	8.270

Darüber hinaus investierte der Konzern TEUR 2.448 in Finanzanlagen durch den Erwerb des wirtschaftlichen Eigentums an weiteren Aktien der VNG - Verbundnetz Gas AG, Leipzig.

4. Finanzierungsmaßnahmen und -vorhaben

Innerhalb des Konzerns wird im Rahmen eines konzernweiten Cashmanagements bzw. Cash-Poolings die Liquiditätssicherung bzw. -bündelung der Konzerngesellschaften durch die Neubrandenburger Stadtwerke GmbH wahrgenommen.

Die Finanzierung der Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und das Sachanlagevermögen erfolgte mit TEUR 2.026 durch empfangene Investitionszuschüsse, durch Kreditaufnahmen in Höhe von TEUR 1.363 und darüber hinaus aus dem Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit des Konzerns.

Der Kauf der Anteile an der VNG Verbundnetz Gas AG wurde durch die Aufnahme eines Darlehens über TEUR 2.448 bei der Baden-Württembergische Bank, Stuttgart, finanziert.

Insgesamt reduzierten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Berichtsjahr aufgrund planmäßiger Tilgungen und durch Veränderungen der Zinsabgrenzung trotz der Kreditaufnahmen zum Bilanzstichtag um 3,7 %, was einer Entschuldung von TEUR 1.851 entspricht.

5. Personal- und Sozialbereich

Vor dem Hintergrund des gekündigten Manteltarifvertrages und des Vergütungstarifvertrages zum 31. Dezember 2005 wurden Tarifverhandlungen mit den Tarifpartnern fortgeführt und konnten zum Jahresbeginn abgeschlossen werden. Im Ergebnis der Verhandlungen wurde der seit dem Inkrafttreten am 1. Januar 1998 abgeschlossene Manteltarifvertrag für Arbeitnehmer der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH und der organschaftlich verbundenen Unternehmen novelliert. Mit Wirkung zum 1. März 2009 traten ein neuer Manteltarifvertrag für Arbeitnehmer im Konzern neu.sw (ohne die Beschäftigten der Neubrandenburger Verkehrsbetriebe GmbH) sowie ein neuer Entgelttarifvertrag in Kraft.

Neben den tariflich festgelegten Grundvergütungen wurden an die Mitarbeiter der Gesellschaften Zulagen und Zuschläge für Rufbereitschaftsdienste, Schichtprämien und Zeitzuschläge, Urlaubs- und Weihnachtsgeld gezahlt. Die ergebnisabhängige Sonderzuwendung auf Grundlage des § 15 Absatz 3 des Manteltarifvertrages wurde in 2009 für das Geschäftsjahr 2008 ausgeschüttet.

Ab dem 1. April 2009 trat ein neuer Manteltarifvertrag für die NVB in Kraft. Ebenfalls mit Wirkung ab dem 1. April 2009 gilt für die Beschäftigten der NVB ein neuer Entgelttarifvertrag. Beide Verträge wurden erstmals unabhängig von den entsprechenden Tarifverträgen der Konzernobergesellschaft und der Schwestergesellschaften geschlossen. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die Gesellschaft durch die Rechtsprechung des EuGH und den daraus resultierenden Betrauungsbeschluss besonderen Maßstäben hinsichtlich der beihilfeunschädlich ausgleichsfähigen Kosten (Kostenmaßstab eines durchschnittlichen, gut geführten Unternehmens) gerecht werden muss. Im September 2009 wurde der Entgelttarifvertrag zum 31. Dezember 2009 gekündigt. Erste Verhandlungen zu einem neuen Entgelttarifvertrag fanden im Dezember 2009 statt; eine Einigung wurde dabei noch nicht erzielt.

Für die Auszubildenden der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH und der organschaftlich verbundenen Unternehmen bildet der in 2003 zwischen den Tarifparteien abgeschlossene Manteltarifvertrag für Auszubildende mit Wirkung zum 1. Juli 2003 die Grundlage. Mit Wirkung zum 1. März 2009 wurde ein neuer Ausbildungsvergütungstarifvertrag verabschiedet.

Im Jahr 2009 sank die Mitarbeiterzahl im Vergleich zum Vorjahr von durchschnittlich 391 auf 388. Die Zahl der Auszubildenden hat sich konzernweit um 1 auf durchschnittlich 35 verringert. Mit Beginn des Ausbildungsjahres 2009/2010 im September 2008 wurde ein Stand von 38 Auszubildenden erreicht.

<u>(Angabe der durchschnittlichen Mitarbeiterzahl)</u>	<u>2009</u>	<u>2008</u>
Neubrandenburger Stadtwerke GmbH (neu.sw)	273	273
Neubrandenburger Verkehrsbetriebe GmbH (NVB)	77	80
Neubrandenburger Medianet KFA GmbH (KFA)	18	19
Neubrandenburger Krematoriums GmbH (NKG)	7	7
Tollenseufer Abwasserbeseitigungs GmbH (TAB)	0	0
neu-itec GmbH	12	11
neu-mobil GmbH	1	1
Summe	388	391

Im Rahmen der Aus- und Weiterbildung im Konzern wird allen Mitarbeitern angeboten, sich inner- oder außerbetrieblich weiter zu qualifizieren. Zentrale Themen der Weiterbildung im Jahre 2009 waren die Durchführung von zwei großen internen Schulungsveranstaltungen zum Thema Zeitmanagement und zur Umstellung auf Office 2007 sowie Schulungen zum Erhalt und zur Erweiterung der Fachkenntnisse der Mitarbeiter im Bereich der Technischen Netzbetriebe. Die Kosten für Weiterbildungen lagen 2009 im Konzern bei TEUR 119. Mit diesen Mitteln wurden ca. 280 Mitarbeiter geschult.

6. Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Am 14. Januar 2009/16. März 2009 hat die Bundesnetzagentur in Wahrnehmung der Aufgaben für das Land Mecklenburg-Vorpommern den Beschluss über die Festlegung zur Bestimmung der kalenderjährlichen Erlösbergrenzen für die Jahre 2009 bis 2013 für das Stromnetz des Konzerns getroffen.

Aufgrund der Entscheidung des BGH vom 14. August 2008, die Beschwerde der Vattenfall Europe Transmission GmbH gegen die in der ersten Netzentgeltgenehmigung enthaltene „Auflage zur Abschöpfung Mehrerlöse“ zurückzuweisen, hatte der Konzern im Vorjahresabschluss entsprechende Rückstellungen zur Mehrerlösabschöpfung für das Strom- und Gasnetz in Höhe von TEUR 2.920 gebildet. Im Jahr 2009 wurde durch die Bundesnetzagentur zur Abwicklung der Mehrerlösabschöpfung ein pauschales Verfahren initiiert, um die Höhe der Mehrerlöse unbürokratisch zu bestimmen und den Rückfluss an die Netznutzer zu regeln. neu.sw hat der Teilnahme an diesem vereinfachten Verfahren zur Mehrerlösabschöpfung gegenüber der Bundesnetzagentur zugestimmt. Die daraus resultierenden Beschlüsse zur Anpassung der kalenderjährlichen Erlösbergrenzen ergingen für das Gasnetz am 1. Dezember 2009 und für das Strom-

netz am 30. November 2009 sowie am 22. Januar 2010. Die bilanziellen Auswirkungen wurden im vorliegenden Konzernabschluss zum 31. Dezember 2009 berücksichtigt.

Mit Beschluss durch die jeweiligen Gemeindevertretungen hatten sich die Gemeinden Trollenhagen und Neuenkirchen im Jahr 2008 für den Wechsel des Konzessionärs ihrer Stromnetze und den Abschluss entsprechender Konzessionsverträge mit dem Konzern entschieden. Da in diesem Zusammenhang noch nicht alle offenen Fragestellungen zwischen den Beteiligten abschließend juristisch geklärt werden konnten, wurden die Konzessionsverträge bisher noch nicht abgeschlossen.

Das vom Konzern betriebene GuD-Heizkraftwerk war Gegenstand einer US-Cross-Border-Leasing-Transaktion zwischen dem derzeitigen Eigentümer und einem amerikanischen Fonds. Aus der US-Cross-Border-Leasing-Transaktion ergeben sich nach heutigen Erkenntnissen erhebliche wirtschaftliche Risiken für die Beteiligten, die mit dem voraussichtlichen Erwerb des GuD-Heizkraftwerkes durch den Konzern bis spätestens 2014 auf den Konzern übergegangen wären. Auf maßgebliches Betreiben des Konzerns wurden daher im Berichtsjahr mit den beteiligten Parteien Verhandlungen zur endgültigen Auflösung der gesamten US-Cross-Border-Lease-Verträge geführt. Im Ergebnis konnte durch Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung im November 2009 die US-Cross-Border-Leasing-Transaktion am 7. Dezember 2009 endgültig beendet werden.

Nach erfolgreicher Re-Zertifizierung wurde dem Konzern am 11. Dezember 2009 das Deutsche IT-Sicherheitszertifikat ISO 27001 auf Basis von IT-Grundschutz durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik erteilt.

Der Konzern hat zum Ende des Jahres 2009 den Verkauf von Flüssiggas und Erdgas eingestellt. Die Tankstellen wurden an eine private Tankstellengesellschaft verkauft. Dabei wurde darauf hingewirkt, dass der neue Betreiber das Angebot zur Betankung von Flüssiggas und Erdgas in Neubrandenburg aufrecht erhält.

B. Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

Die Vermögenslage des Konzerns ist hauptsächlich durch das Anlagevermögen und dessen Finanzierung durch Eigenkapital, Investitionszuschüsse sowie Fremdkapital geprägt und stellt sich per 31. Dezember 2009 wie folgt dar:

<u>(Angaben in TEUR)</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>31.12.2008</u>	<u>Veränderung</u>
Bilanzsumme	238.147	244.629	- 6.482
Anlagevermögen	200.142	202.855	- 2.713
Umlaufvermögen, Abgrenzungen, Sonderverluste § 17 Abs. 2 DMBilG	38.005	41.774	- 3.769
Eigenkapital	92.516	87.060	5.456
Sonderposten	59.795	61.375	- 1.580
Rückstellungen	16.267	14.244	2.023
Verbindlichkeiten Kreditinstitute	47.741	49.592	- 1.851
Übrige Verbindlichkeiten / Abgrenzungen	21.828	32.358	- 10.530

Die Eigenkapitalquote an der Bilanzsumme erhöhte sich im Berichtsjahr von 35,6 % auf 38,8 %. Bei hälftiger Hinzurechnung der Sonderposten zum Eigenkapital ergibt sich eine wirtschaftliche Eigenkapitalquote von 51,4 % (Vj. 48,1 %).

Der Anteil des Fremdkapitals (Rückstellungen, Verbindlichkeiten, Abgrenzungen) an der Bilanzsumme verringerte sich auf 36,0 % (Vj. 39,3 %).

Das Anlagevermögen ist zu 46,2 % durch Eigenkapital gedeckt (Vj. 42,9 %). Gemessen an der Bilanzsumme beträgt der Anteil des Anlagevermögens 84,0 % (im Vorjahr 82,9 %).

2. Finanzlage

Die Mittelzu- und -abflüsse aller Gesellschaften des Konzerns werden im Zuge eines zentralen Cash-Poolings über die Obergesellschaft abgewickelt.

Die im Berichtsjahr getätigten Investitionen (TEUR 10.718) wurden durch Investitionszuschüsse (TEUR 2.026), Darlehensaufnahmen (TEUR 3.811) und darüber hinaus aus dem Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit finanziert.

Im Berichtsjahr wurden zur Sicherung eines stabilen und niedrigen Zinsniveaus der langfristigen Kreditverbindlichkeiten Zinsderivate eingesetzt. Deren Bewertung wurde per 31. Dezember 2009 durch die UniCredit Bank AG und die NORD/LB vorgenommen und ist im Anhang ersichtlich. Hierbei handelt es sich um einen Vergleich zwischen aktuellem Marktzins (zum Bewertungsstichtag) und dem abgeschlossenen Zinsswap (Mid Market Bewertung). Der so ermittelte Barwert wurde über die gesamte Laufzeit abdiskontiert.

Neben dem Einsatz von Zinssicherungsinstrumenten zur Absicherung eigener Darlehen fielen im Berichtsjahr erstmals Aufwendungen im Zusammenhang mit Zinssicherungsgeschäften für Kredite der VASA und der NOTAM an. In den Vorjahren waren zur Sicherung eines langfristig günstigen Zinsniveaus diesbezüglich Zinssicherungsgeschäfte durch den Konzern abgeschlossen worden, um die aus Zinsveränderungen resultierenden unkalkulierbaren Kostenentwicklungen beim Strom- und Fernwärmebezug von VASA bzw. beim Bezug von Klärleistungen von NOTAM zu begrenzen. Die Zinssicherung erfolgt über den Konzern, da somit bei gleichem wirtschaftlichen Effekt (Kosten trägt der Konzern) eine umfangreiche Anpassung der bestehenden Vertragswerke vermieden werden konnte.

Die Zahlungsfähigkeit des Konzerns war zu jedem Zeitpunkt gegeben, der Konzern ist allen finanziellen Verpflichtungen nachgekommen.

3. Ertragslage

Die Ertragslage des Konzerns hat sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich verbessert und stellt sich für das Berichtsjahr wie folgt dar:

<u>(Angaben in TEUR)</u>	<u>2009</u>	<u>2008</u>	<u>Veränderung</u>
Gesamtleistung	154.633	164.088	- 9.455
./.. betriebliche Aufwendungen	127.503	148.031	- 20.528
Betriebsergebnis vor Afa (EBITDA)	27.130	16.057	11.073
./.. Abschreibung	12.812	13.365	- 533
./.. Finanzergebnis	3.075	1.999	1.076
./.. Steuern	5.787	234	5.553
Ergebnis	5.456	459	4.997
./.. anderen Gesellsch. zust. Gewinn	43	73	- 30
Gesamtergebnis	5.413	386	5.027

Die Gesamtleistung des Konzerns sank im Vergleich zum Vorjahr um 5,8 %, die betrieblichen Aufwendungen sanken im gleichen Zeitraum um 13,9 %.

Der Rückgang der Gesamtleistung im Berichtsjahr ist vor allem auf den Rückgang der Erlöse aus der Betriebsführung des GuD-Kraftwerkes, die wesentlich durch die Weiterberechnung der Kraftwerksgasbezüge beeinflusst werden, zurückzuführen.

Aufgrund der Entwicklungen an den Rohstoffmärkten und dem daraus resultierenden Rückgang der Aufwendungen für den Erdgasbezug sanken die Bezugsaufwendungen des Konzerns für diesen Primärenergieträger im Berichtsjahr deutlich. Die Bezugskosten für die im GuD-Kraftwerk erzeugten Medien Strom und Fernwärme sanken ebenfalls, da sich auch hier die geringeren Kraftwerksgasbezüge auswirkten.

Das Betriebsergebnis des Konzerns vor Abschreibungen und Steuern verbesserte sich auf TEUR 27.130 und liegt damit um TEUR 11.073 über dem Vorjahreswert.

Das Finanzergebnis setzt sich aus dem Zinsergebnis mit TEUR – 3.454 (Vj. TEUR – 2.424) und dem Beteiligungsergebnis mit TEUR 379 (Vj. TEUR 425) zusammen. Wesentlicher Grund für die deutliche Verschlech-

terung des Zinsergebnisses sind die erstmals angefallenen Zinsen aus Zinssicherungsgeschäften (Zinsswaps) für Darlehen von NOTAM und VASA (TEUR 1.002), die unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten Bezugsaufwand für Strom und Fernwärme bzw. die Abwasserklärung darstellen.

Der anderen Gesellschaftern zustehende Gewinn betrifft ausschließlich die außenstehenden Gesellschafter der TAB.

Der Konzernjahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2009 beträgt TEUR 5.413 und liegt damit um TEUR 5.027 über dem Vorjahreswert.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns wird als geordnet und guten Grundsätzen folgend eingeschätzt.

C. Hinweise auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

1. Risikomanagementziele und -methoden sowie wesentliche Chancen und Risiken

Im Zuge ihrer geschäftlichen Aktivitäten ist der Konzern einer Reihe von Risiken ausgesetzt. Diese sind untrennbar mit seinem unternehmerischen Handeln verbunden. Im Konzern neu.sw wird daher ein konzernweites Risikomanagement betrieben. Dieses hat sich insbesondere vor dem Hintergrund der Krise des globalen Finanz- und Wirtschaftssystems ab 2008 als elementar für Geschäftsprozesse und Unternehmensentscheidungen des Konzerns erwiesen.

Um im Spannungsfeld zwischen Gewinnchance und Verlustrisiko dauerhaft erfolgreich zu sein, werden neben den üblichen Maßnahmen zur Risikofrüherkennung durch die einzelnen Unternehmensbereiche die identifizierten Risiken erfasst, nach Eintrittswahrscheinlichkeit sowie potentieller Schadenshöhe bewertet und an das Zentrale Risikomanagement gemeldet. Hier werden die daraus resultierenden Ergebnisse auf Bereichs-, Unternehmens- und Konzernbasis zusammengeführt und hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das betriebliche Ergebnis bewertet. Durch das Zentrale Risikomanagement wird eine konzern einheitliche Analyse der bestehenden Risikosituation vorgenommen, auf deren Basis für die Unternehmensbereiche konkrete Risikosteuerungsmaßnahmen abgeleitet und dementsprechend realisiert werden.

Die monatliche Risikoberichterstattung ist vollständig in den Controlling- und Planungsprozess integriert. Die zuständigen Leiter der Unternehmenseinheiten und die Konzerngeschäftsführung werden

regelmäßig über die Risikosituation unterrichtet. Die Effizienz und die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems werden durch das interne Kontrollsystem und die interne Revision überwacht.

Ebenso erfolgt jährlich durch das Zentrale Risikomanagement eine Überprüfung und Aktualisierung der identifizierten Risiken. Darüber hinaus werden die definierten Risikobereiche auf bisher nicht erfasste oder neue Risiken überprüft. Parallel erfolgen regelmäßig Marktbeobachtungen. Außerdem werden risikorelevante Informationen des Konzernumfeldes beobachtet, aufgenommen und analysiert. Durch die ständige Aktualisierung der risikorelevanten Informationen und methodischen Grundsätze werden eine Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems und die Verbesserung seiner Aussagefähigkeit gewährleistet. In Kombination mit der kontinuierlichen Realisierung vorbeugender Risikobegrenzungsmaßnahmen ist der Konzern in der Lage, das Risikopotenzial vollständig aus dem primären Risikodeckungskapital aufzufangen.

Den identifizierten Risiken aus der Cross-Border-Leasing-Konstruktion für das GuD-Heizkraftwerk konnte 2009 mit der auf Betreiben des Konzerns umgesetzten Auflösung der entsprechenden Verträge begegnet werden. Positive Effekte resultieren aus den dadurch erleichterten Finanzierungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit dem vorgesehenen Erwerb des GuD-Heizkraftwerkes durch den Konzern.

Aus dem 2009 anhaltenden Einbruch des Wirtschaftswachstums im Zusammenhang mit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ergeben sich aufgrund der überwiegenden Ver- und Entsorgung von Haushalts- und Kleinkunden branchenbedingt keine neuen Risiken für den Konzern. Mögliche konjunkturbedingte Ver- und Entsorgungsausfälle bei Energie, Fernwärme, Wasser und Abwasser, die zu geringeren Absatz-/Entsorgungsmengen, Umsatzverminderungen, Adressausfall- und Liquiditätsrisiken führen können, sind im Risikomanagement bereits berücksichtigt. Von daher erfolgt vor allem eine verstärkte Beobachtung bestehender Risiken. Diese Beobachtung wird regelmäßig durchgeführt.

Chancen betrachtet und bewertet der Konzern im Zuge der turnusmäßigen Planung.

Die Risiken und Chancen treten in folgenden Beobachtungsbereichen auf:

Unternehmensrisiko: Den Fortbestand des Konzerns gefährdende Risiken bestehen nicht und sind derzeit auch nicht erkennbar.

Risiken im Marktumfeld: Risiken im Marktumfeld bestehen insbesondere auf der Einkaufs- und Verkaufsseite von Strom, Gas und Fernwärme. Sie stellen sich als Mengen- und Marktpreisänderungsrisiken dar. Die Mengenrisiken ergeben

sich insbesondere aus Witterungseinflüssen, Zugewinn und Verlust von Kunden und technologischen Veränderungen. Diesen Risiken wird durch Berücksichtigung von möglichen Mengenschwankungen in der Planung und Prognose des Bedarfs der Kunden entgegengewirkt.

Die Marktpreisänderungsrisiken sind bei Erdgas auf der Einkaufsseite durch die Ölpreisbindung eng mit der Preisentwicklung des fossilen Brennstoffs Öl verknüpft. Das Erdgas wird als Primärenergie für die Strom- und Wärmeproduktion eingesetzt. Risiken bestehen darin, dass höhere Rohstoffpreisnotierungen beim Einkauf nicht zeitnah über eine Anpassung der Endverbraucherpreise weitergegeben werden können. Hieraus ergeben sich im Fall sinkender Bezugspreise natürlich entsprechende Chancen.

Vor diesem Hintergrund hat der Konzern zur Risikobegrenzung umfangreiche organisatorische Regelungen in Form eines Prozesshandbuches Einkauf/Verkauf getroffen. Die im Handbuch beschriebene gegensteuernde Portfoliostrategie sieht eine Limitierung der Risiken verbunden mit einer Synchronisierung der Einkaufs- und Verkaufsvorgänge und -konditionen vor.

Marktchancen leitet der Konzern bei Strom und Gas aus der steigenden Wechselbereitschaft der Kunden ab. Bei Fernwärme sieht der Konzern Chancen zur Kundenbindung und -gewinnung durch das steigende Umweltbewusstsein und das Angebot einer ökologisch hochwertigen, klimaschonenden Energieform im Sinne der Klimaschutzprogramme.

Im Bereich der Kabelfernsehversorgung besteht das Risiko, dass bis 2012 die Ausstrahlung der meisten analogen Programme eingestellt wird. Damit gehen Einschränkungen der analogen Programmvielfalt einher, die zu Kundenverlusten (Umstellung auf Satellitenempfang) führen können. Diesem Risiko wird mit einer rechtzeitigen Kundeninformation und dem gezielten Einsatz von Kundenbindungsinstrumenten entgegengewirkt.

Chancen sieht der Konzern als Kabelnetzbetreiber in der Erhöhung der Qualität der ausgestrahlten digitalen Programme, einer größeren digitalen Programmvielfalt und im Multimediabereich in einem breiten Raum für das Angebot neuer Produkte zur Kundenbindung und -gewinnung.

136

Ein grundsätzliches Risiko besteht darin, die dingliche Sicherung des Eigentums des Konzerns an der Netzebene 4 der Kabelnetze durch die Eintragung einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit im Grundbuch des Grundstückseigentümers durchzusetzen. Sowohl die Durchsetzung der grundbuchlichen Sicherung als auch die Vereinbarung eines Ausschließlichkeitsrechtes zur Versorgung durch den Konzern sind Gegenstand von vertraglichen Verhandlungen auf Ebene der Konzerngeschäftsführung.

Insgesamt begegnet der Konzern den Risiken im Marktumfeld mit einer differenzierten Produkt- und Preisstrategie, einem darauf abgestimmten Produktvertrieb, entsprechender Bestandskundenbetreuung und Maßnahmen auf der Kostenseite. Darüber hinaus wird das Thema einer noch besseren Steuerung der Marktrisiken konzeptionell bearbeitet.

Risiken aus veränderten Rahmenbedingungen:

Durch Umsetzung der europäischen Richtlinie zur vollständigen Öffnung des Strom- und Gasmarktes werden im Rahmen der Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes die Bedingungen des Netzzugangs und die Netzentgelte reguliert.

Die dem Konzern als Netzbetreiber genehmigten Netzentgelte für 2005 bis 2007 standen unter dem Vorbehalt, dass zu Unrecht erzielte Mehrerlöse seit dem Termin der Antragstellung bis zur Genehmigung in nachfolgenden Kalkulationsperioden kostenmindernd berücksichtigt werden können. Hierfür hatte der Konzern im Vorjahr bilanzielle Vorsorge getroffen und sich im Berichtsjahr für das Angebot der Bundesnetzagentur auf Basis einer pauschalen Berechnung der Mehrerlösabschöpfung entschieden.

Chancen leitet der Konzern aus den veränderten Rahmenbedingungen als Netzbetreiber von Strom und Gas insbesondere aus Möglichkeiten ab, weitere Netze erwerben und betreiben zu können.

Als Lieferant sieht der Konzern für das gesamte Liefer- und Leistungsspektrum vor allem Chancen in der durch die Finanzkrise bewirkten „Renaissance der Stadtwerke“ sowie die schnelle Erreichbarkeit und lokale Verbundenheit mit den Kunden.

Technische Risiken: In Netzen und Anlagen (einschl. Rechentechnik, Erzeugungs-, Ver- und Entsorgungsanlagen) bestehen Risiken aus deren Zerstörung, Beschädigung bzw. Verlust, z. B. durch höhere Gewalt oder Einwirkung Dritter. Ebenso können Betriebsstörungen die Ertragslage beeinträchtigen. Diesem Risiko begegnet der Konzern mit hohen Sicherheitsstandards sowie der Planung und Durchführung von regelmäßigen Prüf-, Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen sowie systematischen Schulungs-/ Qualifikationsprogrammen für die Mitarbeiter und Tiefbaufirmen, um Beschädigungen von Kabeln und Leitungen vorzubeugen.

IT-Risiken: Der Betrieb von IT-Netzen und -Lösungen erfolgt im Rechenzentrum einer Tochtergesellschaft. Das Rechenzentrum verfügt seit 2007 über die Zertifizierung nach ISO 27001. Risiken bei der Entwicklung bzw. Implementierung von IT-Lösungen zur Unterstützung von Geschäftsprozessen werden durch einen konzernweit gültigen Prozess für Planung, Management und Auditierung (Test-/Freigabeverfahren) gesteuert. Dem Risiko des unberechtigten Datenzugriffes, Datenmissbrauchs bzw. Datenverlustes wird mit diversen technischen und organisatorischen Gegenmaßnahmen begegnet.

Finanzwirtschaftliche Risiken: Grundsätzlich bestehen Ausfallrisiken über den gesamten Bestand der Kundenforderungen. Diesen Risiken wird durch ein zeitnahes, effizientes Forderungsmanagement begegnet. Bei Interessenten und Großkunden erfolgt in regelmäßigen Abständen eine Bonitätsprüfung. Besondere Risiken sind in diesem Bereich derzeit nicht erkennbar, jedoch beobachtet der Konzern infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise verstärkt die Entwicklungen und aktualisiert bestehende Richtlinien. Die Refinanzierung fälliger Verbindlichkeiten von vollkonsolidierten Tochtergesellschaften im Konzern der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH erfolgt in der Regel durch die Neubrandenburger Stadtwerke GmbH als Obergesellschaft. Hier besteht das theoretische Risiko, dass Liquiditätsreserven nicht ausreichen, um die finanziellen Verpflichtungen fristgerecht zu decken. Zur Deckung des Kapitalbedarfs stehen grundsätzlich flüssige Mittel und Wertpapiere des Umlaufvermögens zur Verfügung. Außerdem liegen zur kurzfristigen Absicherung entsprechende Kontokorrentkreditzusagen verschiedener Kreditinstitute vor. Durch das Pooling

138

der liquiden Mittel ergibt sich die Chance, dass der Zinsaufwand aller beteiligten Gesellschaften minimiert werden kann, da ggf. externe Fremdfinanzierungen nicht vorgesehen sind.

Die Steuerung und Überwachung der Liquiditätsrisiken erfolgt im Rahmen von Verträgen auf der Grundlage kurz- und mittelfristiger Finanzplanungen im Rahmen des konzernweiten Cash-Poolings. Das Liquiditätsrisiko wird von daher trotz Finanzmarktkrise als gering eingestuft.

2. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

In Umsetzung der durch die Bundesnetzagentur erlassenen Beschlüsse zur Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen erfolgte zum 1. Januar 2010 eine Anpassung der Netznutzungsentgelte für das Gasnetz und für das Stromnetz des Konzerns.

Am 22. und am 30. März 2010 erstattete die Geschäftsführung der Neubrandenburger Medianet KFA (Kabelfernsehanlagen) GmbH Strafanzeige gegen vier Mitarbeiter sowie einen ehemaligen Mitarbeiter des Konzerns und dritte Unternehmen wegen Verdachts des Betruges zum Nachteil des Konzerns, der Untreue und der Urkundenunterdrückung. Die Staatsanwaltschaft hat daraufhin entsprechende Ermittlungen aufgenommen.

Die Stadt Neubrandenburg bemüht sich, die in ihrem Eigentum stehenden kommunalen Gesellschaften mit Gesellschafterweisungen bei ihrem Vorhaben, langfristig auf dem Gebiet der Rundfunk- und Fernsehversorgung, der Internet- und Telefonieversorgung sowie weiterer multimedialer Dienste zu kooperieren, zu unterstützen.

3. Voraussichtliche Entwicklung des Konzerns

Das Jahr 2010 wird nach Einschätzung der Konzerngeschäftsführung von einem sich weiter verschärfenden Wettbewerb auf den Energiemärkten geprägt sein. Im Privatkundenbereich wird diese Entwicklung zu einer steigenden Wechselbereitschaft führen, während im Gewerbekundenbereich davon auszugehen ist, dass sich der bereits intensive Wettbewerb fortsetzen wird. Mit seiner synergetischen Marktstrategie als Multi-Utility-Anbieter und seiner differenzierten segmentspezifischen Marktbearbeitung ist der Konzern für diese Herausforderung jedoch gewappnet.

Hierbei ist zu beachten, dass die konjunkturelle Entwicklung für die Bundesrepublik Deutschland eher auf einen allgemeinen Rückgang der Verbräuche bzw. der Absatzpotentiale hindeutet. Wachstumspotentiale

für den Konzern werden sich somit hauptsächlich aus innovativen Produktgestaltungen sowie aus einer potentiellen horizontalen Expansion in fremde Netzgebiete ergeben.

Die Preise an den Weltenergiemärkten werden sich 2010 voraussichtlich nicht auf dem niedrigen Niveau wie 2009 bewegen. Auch vor dem Hintergrund weiterhin knapper Öl-Förderkapazitäten ist davon auszugehen, dass die Energiepreise mittel- bis langfristig weiter steigen werden. Aus diesem Grund sind beschaffungsseitig auch zukünftige starke Preisausschläge nicht auszuschließen, vor allem, wenn sich politische Entscheidungen direkt und/oder indirekt auf die Brennstoff-, CO₂- und Energiemärkte auswirken sollten.

Von daher werden auch zukünftig weitere Preisanpassungen auf der Absatzseite unumgänglich sein. Hierbei ist jeweils medienpezifisch, unter Berücksichtigung der jeweiligen Kostensituation und der Marktpreisentwicklung, vorzugehen.

Im Bereich der Fernwärmeversorgung ist grundsätzlich mit weiter fallenden Absatzmengen zu rechnen, da die demografische Entwicklung sowie auch die städtebaulichen Ansätze das Kundenportfolio weiter einschränken. Aufgrund der Flexibilisierung der Abgabepreise und der stärkeren Berücksichtigung der Energiepreisentwicklungen soll dieser Minderabsatz jedoch durch die Gewinnung von Neukunden kompensiert werden. Darüber hinaus ist zukünftig vor allem aufgrund klimatischer Veränderungen mit potentiell höheren witterungsbedingten Schwankungen der Absatzmenge zu rechnen.

Im Bereich des ÖPNV steht zu erwarten, dass die Erlössituation von weiterhin sinkenden Zuschüssen der öffentlichen Hand gerade im Bereich der Schüler- und Schwerbehindertenbeförderung geprägt wird. Zwar wird auf Verbandsebene ein aktiver Dialog mit der Politik geführt, aber aufgrund der Finanzlage der öffentlichen Haushalte ist hier auch mittelfristig nicht mit einer Entspannung zu rechnen. Insofern ist auch zukünftig ein intensives Kostenmanagement notwendig, um die zu erwartenden Erlösreduzierungen zu kompensieren. Dies ist insbesondere deshalb erforderlich, um auch zukünftig dem Kostenmaßstab eines durchschnittlichen, gut geführten Unternehmens gerecht zu werden und somit die Voraussetzung für die Direktvergabe von Linienverkehren durch die Stadt Neubrandenburg an den Konzern zu erfüllen.

Mit der Einführung der Triple-Play-Versorgung in Neubrandenburg wurde die Grundlage zur Generierung zusätzlicher Erlöse für die Zukunft geschaffen. Gleichzeitig ist jedoch mit einer Verschärfung des Wettbewerbsdrucks zu rechnen, da auch andere Anbieter mit Triple-Play-Produkten in den Markt eingetreten sind beziehungsweise ihre diesbezüglichen Aktivitäten verschärft haben. Unveränderte Zielstellung des

Konzerns ist jedoch der Erhalt der derzeit bestehenden Marktdominanz im Bereich der kabelgestützten Versorgung mit Fernsehen und Telekommunikationsdienstleistungen.

Die Investitionstätigkeit in 2010 ff. wird, wie im Vorjahr, schwerpunktmäßig weiter durch Ortsnetzverdichtungen und Neukundenanschlüsse, gerade auch in den um Neubrandenburg liegenden Gemeinden, geprägt sein. Hinzu kommen Umverlegungsmaßnahmen im Rahmen des „Stadtumbaus Ost“, die in ihrer Gesamtheit noch nicht abschließend beziffert werden können. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Investitionsintensität bei Netzerweiterungen und Neuanschlüssen in den nächsten Jahren eher rückläufig sein wird. Im Stadtgebiet Neubrandenburg sind derzeit keine neuen Baugebiete geplant und die zur Zeit partiell laufende Umlanderschließung stellt, zumindest aus heutiger Sicht, die maximale Ausdehnung des Netzgebietes des Konzerns dar. Soweit sich jedoch die Gelegenheit ergeben sollte, in Fremdnetze investieren zu können, wird der Konzern dies jeweils wirtschaftlich prüfen und ggf. handeln.

Gemäß dem „Vertrag über die Übernahme von einem GuD-Heizkraftwerk und einem Heizwerk in Neubrandenburg“ zwischen der VASA Kraftwerke-Pool GmbH & Co. KG (VASA) und neu.sw vom 8. Juli 1998 hat neu.sw zum 31. Dezember 2011, zum 31. Dezember 2012, zum 31. Dezember 2013 und zum 31. Dezember 2014 die Möglichkeit, die betroffenen Anlagen von VASA zu erwerben. Darüber hinaus hat VASA zum 31. Dezember 2014 das Recht, neu.sw die Anlagen anzudienen. Die Kaufpreise zu den Terminen sind vertraglich fixiert. Nach einer aktuellen Analyse der vertraglichen Regelungen ist jedoch festzustellen, dass teilweise Regelungslücken bzw. Auslegungsfragen bestehen. Die Konzerngeschäftsführung hat sich für das Jahr 2010 die Aufgabe gestellt, diese offenen bzw. unklaren Punkte gemeinsam mit VASA zu klären, um so die Voraussetzung für einen reibungslosen Erwerb zu schaffen. Parallel dazu erarbeitet der Konzern einen Entscheidungsvorschlag zur Finanzierung des Kraftwerkskaufes. Um die zum Erwerb erforderlichen Eigenmittel im Erwerbszeitpunkt aufbringen zu können, ist durch den Konzern in den kommenden Jahren eine entsprechende Vorsorge, möglichst durch die Thesaurierung der erforderlichen liquiden Mittel, zu treffen.

Auch zukünftig werden Investitionen in technische Anlagen, die zur kontinuierlichen Netz- und Versorgungssicherheit beitragen, entsprechend ihrer Notwendigkeit erfolgen. Bei der Beschaffung neuer Busse wird das Ziel verfolgt, die gesamte Busflotte des Konzerns standardisiert und typenrein zu halten, was, gerade hinsichtlich der Instandhaltungsaufwendungen, zu deutlichen Entlastungen führt. Zum derzeitigen Zeitpunkt ist jedoch davon auszugehen, dass das Gesamtinvestitionsvolumen in den nächsten Jahren eher rückläufig sein wird.

Die Finanzierung dieser Investitionen sowie des laufenden operativen Betriebes wird, wie bisher, durch entsprechende Investitionszuschüsse sowie den Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit erfolgen.

Soweit zusätzliche Investitionsmittel erforderlich sein sollten, werden diese durch entsprechende Fremdfinanzierungen sicherzustellen sein.

Zur Sicherung einer stabilen Ertragslage, gerade vor dem Hintergrund der sich weiterhin verändernden Rahmenbedingungen, ist es unbedingt erforderlich, an dem strengen Kostenmanagement der letzten Jahre festzuhalten. Auch ist die Produktivität sowie hieraus resultierend die Effizienz der einzelnen Leistungsbereiche in der Gesamtwertschöpfung permanent kritisch im Zuge des Controllings zu beobachten und Abweichungen dezidiert aufzuzeigen.

Eine messbare Aussage über den Erfolg dieser Maßnahmen liefert neben der Aufwandsquote auch die Entwicklung der einzelnen Kostenarten, wie z. B. Personalaufwand bzw. der sonstige betriebliche Aufwand im Hinblick auf die Werte der Wirtschaftsplanung bzw. gegenüber den Vorjahreswerten.

Aufgrund der vorgenannten Maßnahmen wird eingeschätzt, dass 2010 mit einem positiven Betriebsergebnis abgeschlossen werden kann. Die erwartete Entwicklung ist anhand verschiedener Leistungskennziffern zu bewerten und der Unternehmenserfolg darüber zu steuern. Diese sind neben der Entwicklung des Gesamtergebnisses u. a. die Entwicklung der Rohmarge pro Medium, des Ergebnisses vor Abschreibungen, Zinsen und Steuern (EBITDA) und des Ergebnisses vor Zinsen und Steuern (EBIT).

Diese Einschätzungen wurden auf Basis der uns zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Informationen vorgenommen. Sollten die zugrunde gelegten Annahmen nicht eintreffen oder weitere Risiken eintreten, so werden die tatsächlichen Ergebnisse abweichen.

Neubrandenburg, den 6. April 2010



Holger Hanson
Geschäftsführer



Ingo Meyer
Geschäftsführer

142

Neubrandenburger Stadtwerke GmbH, Neubrandenburg

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2009

Aktiva

	31.12.2009		31.12.2008	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.421.148,45		2.479.314,01	
2. Geschäftswert	4.145.707,00	6.566.855,45	4.491.182,00	6.970.496,01
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	21.409.802,19		22.421.380,37	
2. Technische Anlagen und Maschinen	157.842.834,09		161.142.039,21	
3. Fuhrpark für den Personennahverkehr	4.502.003,00		4.656.919,00	
4. Fahrzeuge und mobile technische Anlagen	72.942,00		99.694,00	
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.912.600,77		2.118.821,32	
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	992.655,38	186.732.837,43	1.050.687,53	191.489.541,43
III. Finanzanlagen				
1. Beteiligungen	114.014,68		114.014,68	
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	6.728.725,42	6.842.740,10	4.280.769,42	4.394.784,10
		200.142.432,98		202.854.821,54
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Emissionsberechtigungen	2.725.229,00		2.139.702,00	
2. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	672.211,64		860.647,07	
3. Fertige Erzeugnisse und Waren	16.053,10	3.413.493,74	0,00	3.000.349,07
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	13.795.595,13		16.530.102,88	
2. Sonstige Vermögensgegenstände	5.288.351,22	19.083.946,35	8.865.595,96	25.395.698,84
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		15.160.056,11		13.049.030,51
		37.657.496,20		41.445.078,42
C. Rechnungsabgrenzungsposten		117.236,40		97.803,45
D. Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBiG		230.288,10		231.087,31
		238.147.453,66		244.628.790,72

143

Neubrandenburger Stadtwerke GmbH, Neubrandenburg

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2009

Passiva

	31.12.2009		31.12.2008	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital		35.790.500,00		35.790.500,00
II. Kapitalrücklage				
Freie Kapitalrücklage		25.396.308,42		25.009.938,29
III. Gewinnrücklage				
Eliminierung steuerlicher Abschreibungen		25.134.711,18		25.134.711,18
IV. Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter				
1. Ausgleichsposten	366.788,90		323.533,80	
2. Eliminierung steuerlicher Abschreibungen	415.271,67	782.060,57	415.271,67	738.805,47
V. Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag		5.412.645,43		386.370,13
		<u>92.516.225,60</u>		<u>87.060.325,07</u>
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen		59.633.331,56		61.356.287,08
C. Sonderposten für unentgeltlich zugeteilte Emissionsberechtigungen		162.095,00		18.970,00
D. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	2.159.293,00		1.918.282,00	
2. Steuerrückstellungen	6.013.127,23		1.903.899,92	
3. Sonstige Rückstellungen	8.094.948,22	16.267.368,45	10.421.619,52	14.243.801,44
E. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	47.740.852,65		49.591.500,69	
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	8.403.195,56		23.675.958,98	
3. Sonstige Verbindlichkeiten				
--davon aus Steuern TEUR 538 (i. Vj. TEUR 423)--	12.814.028,27	68.958.076,48	8.103.368,42	81.370.828,09
F. Rechnungsabgrenzungsposten		610.356,59		578.579,04
		<u>238.147.453,68</u>		<u>244.628.790,72</u>

Müller

J. G.

144

Neubrandenburger Stadtwerke GmbH, Neubrandenburg

Konzerngewinn- und -verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009

	2009		2008	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		146.358.895,10		155.451.542,92
2. Andere aktivierte Eigenleistungen		511.933,62		763.893,57
3. Sonstige betriebliche Erträge		7.761.670,92		7.872.238,95
4. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	89.833.822,82		108.999.377,01	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	10.499.692,08		10.919.237,78	
c) Abwasserabgabe	<u>43.161,74</u>	100.376.676,64	<u>233.111,74</u>	120.151.726,53
5. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	14.622.504,90		14.251.412,56	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung --davon für Altersversorgung TEUR 35 (i. Vj. TEUR 35)--	<u>3.041.126,01</u>	17.663.630,91	<u>2.841.799,45</u>	17.093.212,01
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		12.812.488,22		13.306.347,74
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		9.462.738,22		10.785.779,14
8. Erträge aus Beteiligungen		5.000,00		5.000,00
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		374.400,00		420.289,57
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		249.367,84		454.991,06
11. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		0,00		58.342,94
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>3.703.179,08</u>		<u>2.878.827,27</u>
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		11.242.554,41		693.720,44
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		5.648.057,04		92.860,51
15. Sonstige Steuern		<u>138.596,84</u>		<u>141.310,49</u>
16. Jahresüberschuss		5.455.900,53		459.549,44
17. Anderen Gesellschaftern zustehender Gewinn		<u>43.255,10</u>		<u>73.179,31</u>
18. Konzernjahresüberschuss		<u><u>5.412.645,43</u></u>		<u><u>386.370,13</u></u>

145

J. Haus

J. Haus

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel – und den Konzernlagebericht der

Neubrandenburger Stadtwerke GmbH, Neubrandenburg,

für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

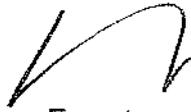
Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Schwerin, den 28. Mai 2010

WIKOM Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft




Eysert
Wirtschaftsprüfer


Bottner
Wirtschaftsprüfer

thv

Neubrandenburger Stadtwerke GmbH (Obergesellschaft)

Neubrandenburger Stadtwerke GmbH, Neubrandenburg

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Entwicklung von Branchen, Einzelangaben zur gesamtwirtschaftlichen Situation

Nach dem durch die Finanzkrise ausgelösten schwersten Konjunkturunbruch der Nachkriegszeit befindet sich die Weltwirtschaft seit der Mitte des Jahres 2009 in einer leichten Erholungsphase. Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise zeigten sich dabei seit Mitte des Jahres 2008 in der gesamten Realwirtschaft. Dort wirkten sich vor allem deutliche Nachfragerückgänge dämpfend aus.

Infolge des Konjunkturunbruchs sank das Bruttoinlandsprodukts (BIP) der Eurozone im Jahr 2009 um 4,2 % nachdem schon 2008 eine deutliche Abschwächung des Wachstums (+ 0,8 % im Vergleich zu 2007) zu verzeichnen gewesen war. Aufgrund der stark exportorientierten Ausrichtung der Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland sank das BIP hier noch stärker, nämlich um 5,0 %, nachdem das Wachstum 2008 noch 1,3 % betragen hatte. Die Verbraucherpreise stiegen in Deutschland im Jahr 2009 geringfügig um durchschnittlich 0,4 % an.

Auf die Geschäftsentwicklung der Gesellschaft hat die konjunkturelle Entwicklung grundsätzlich nur begrenzten Einfluss. Die Entwicklung des Wirtschaftswachstums schlägt sich vor allem in der Energienachfrage bei Industriekunden nieder. Der Energieverbrauch von Haushaltskunden wird in erster Linie von den Witterungsverhältnissen beeinflusst. Allerdings wirkt sich hier der anhaltende Trend zum Einsatz energiesparender Technologien mindernd auf den Absatz aus.

Der Bruttostromverbrauch in Deutschland sank 2009 um 5,2 % auf 582,5 Mrd. kWh. Besonders stark rückläufig war aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Lage der Stromverbrauch des produzierenden Gewerbes (- 9,8 %), von Handel und Gewerbe (- 2,0 %) sowie im Bereich Verkehr (- 3,0 %). Der Stromverbrauch der privaten Haushalte im Jahr 2009 sank nur leicht (- 0,2 %) und der Verbrauch öffentlicher Einrichtungen und in der Landwirtschaft blieben zum Vorjahr unverändert.

Die Bruttostromerzeugung in Deutschland lag im Jahr 2009 mit rund 596,8 Mrd. kWh um 6,4 % unter dem Vorjahresniveau. Deutliche Rückgänge gab es bei der Stromproduktion aus fossilen Brennstoffen,

wobei weiterhin Braunkohle mit einem Anteil von 24,5 % gefolgt von Kernenergie (22,6 %), Steinkohle (18,3 %) und Erdgas (12,9 %) nach wie vor die vorrangigen Energieträger sind.

Die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien lieferte im Jahr 2009 mit 93,0 (2008: 92,7) Mrd. kWh rd. 0,3 % mehr Strom als im Vorjahr und konnte damit bei insgesamt rückläufiger Erzeugung ihren Anteil am gesamten Stromverbrauch auf rd. 16,0 % steigern.

Nachdem die Rohstoffpreise, insbesondere für den Primärenergieträger Gas, im Vorjahr neue Höchststände zu verzeichnen hatten, entspannte sich die Bezugssituation im Verlauf des Jahres 2009 in Folge der konjunkturbedingt niedrigeren Nachfrage deutlich. So sind die Bezugskosten für das im Gas- und Dampfturbinenheizkraftwerk (GuD) in Neubrandenburg eingesetzte Kraftwerksgas bei einem Rückgang der Bezugsmenge um 4,1 % im Vergleich zum Vorjahr um 22,7 % auf rd. 26,7 Mio. EUR zurückgegangen.

Der deutsche Fernwärmemarkt weist keinen direkten Wettbewerb von Wärmeversorgern untereinander auf, da die Wärmenetze, im Gegensatz zu den Versorgungsnetzen für Strom und Gas, nicht miteinander verbunden sind, sondern reine Inselösungen darstellen. Die Liberalisierung bzw. Regulierung, wie sie im Strom- bzw. Gasmarkt von der Europäischen Union bzw. von der Bundesregierung vorangetrieben wird, ist für den Fernwärmemarkt derzeit nicht in Diskussion. Die Fernwärme steht allerdings in direktem Wettbewerb zu anderen Energieträgern, wie z. B. Heizöl und Erdgas, wobei zu beachten ist, dass in Neubrandenburg die Wärmeproduktion gerade von diesen beiden konkurrierenden Medien als Primärenergieträger abhängig ist.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Wärmeversorgung in Neubrandenburg generell durch einen Rückgang der angeschlossenen Leistung und des Absatzes infolge von Modernisierungen, Einwohnerrückgängen und Wohnungsrückbauten bzw. -leerständen gekennzeichnet ist. Das Erschließungsgebiet „Steep“, an dem zumeist kleinere Eigenheimstandorte entstehen, konnte diesen Trend nicht kompensieren.

Die Fernwärmeproduktion erfolgt in Neubrandenburg nahezu ausschließlich im Gas- und Dampfturbinenheizkraftwerk als Koppelprodukt zur Stromproduktion auf Erdgasbasis. Deshalb wirken sich Änderungen der Bezugskosten für Kraftwerksgas mit einem zeitlichen Versatz direkt auf die Herstellkosten der Fernwärme aus.

Für die Deckung des Erdgasbedarfs ist eine dauerhafte Versorgungssicherheit Grundvoraussetzung. Um diese zu gewährleisten, nutzt die Erdgaswirtschaft in Deutschland verschiedene Bezugsquellen, wobei der Importanteil mit rd. 87 % des Gesamtbedarfs den der heimischen Förderung (rd. 13 %) deutlich übersteigt. Annähernd ein Drittel der Importe werden in den russischen Gasfeldern gefördert, wobei dieser Anteil im Jahr 2008 noch 37 % betrug. Dem Rückgang beim Anteil der Gasimporte aus Russland steht ein

Anstieg beim Anteil der Lieferungen aus Norwegen mit 29 % (Vj. 26 %) und den Niederlande mit 20 % (Vj. 19 %) gegenüber. In der Verschiebung zwischen den Erdgaslieferländern spiegelt sich das gestiegene Bedürfnis nach einer sicheren und unterbrechungsfreien Versorgung mit Erdgas wider.

Die kontinentaleuropäischen Gasnotierungen folgen aufgrund der Konkurrenzsituation auf dem Wärmemarkt, der Entwicklung der Heizölpreise und somit mittelbar dem Rohölpreis mit einer zeitlichen Verzögerung. Bis zur Mitte des Jahres 2008 kam es zu einem bisher einmaligen Preisanstieg auf den internationalen Rohstoffmärkten. Der Preis für leichtes Heizöl erreichte im Juli 2008 den bisherigen Rekordstand von 79,80 EUR/hl (Notierung Rheinschiene). Infolge der konjunkturellen Entwicklung, verbunden mit dem daraus resultierenden Nachfragerückgang, sank der Preis für leichtes Heizöl um rd. 50 % und notierte im März 2009 bei 39,82 EUR/hl. Aufgrund der konjunkturellen Erholung ab Mitte 2009 stieg der Preis für leichtes Heizöl wieder an und tendierte zum Jahresende in Richtung 50,00 EUR/hl. Der Grenzübergangspreis nach Deutschland lag im Berichtsjahr um durchschnittlich 22,2 % unter dem Niveau von 2008.

Die deutschen Wasserversorger sind vielfach mit einer sinkenden Nachfrage bei unverändert hohen Aufwendungen für den Betrieb der Versorgungsanlagen konfrontiert. Hinzu kommt eine wachsende Sensibilität der Öffentlichkeit im Hinblick auf die Preisgestaltung. Gerade in strukturschwachen Regionen mit demographischen Abwanderungstendenzen wird die Wasserversorgung, als elementare kommunale Daseinsvorsorge, vor neue Aufgaben gestellt. Hierbei ist zu beachten, dass in Deutschland für die Versorgung mit Wasser und dessen Qualität weltweit die höchsten Standards gelten.

Im Wasserversorgungsgebiet der Gesellschaft, welches neben der Stadt Neubrandenburg auch die umliegenden Gemeinden erfasst, entstehen immer weitere Eigenheimsiedlungen, was dazu führt, dass die Anschlussdichte immer geringer wird. Hinzu kommt, dass der nach wie vor ungebrochene Trend hin zum Einsatz von wassersparender Technik zu einem kontinuierlichen Absatzrückgang führt.

Im Gegensatz zu vielen anderen Staaten der Europäischen Union (EU) wird in Deutschland das Abwasser fast flächendeckend mit den höchsten EU-Reinigungsstandards behandelt. Längere Unterbrechungen im Bereich der Abwasserentsorgung sind in Deutschland unbekannt. Gründe dafür sind die hohen technischen Standards bei der Aufbereitung sowie auch der Verteilung und der im europäischen Vergleich gute Zustand der Netze.

Die Abwasserentsorgung ist in Deutschland ebenfalls Kernaufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge in der Zuständigkeit der Städte und Gemeinden. Die Träger dieser Aufgaben nehmen neben der eigenen Entsorgungstätigkeit Aufgaben wahr, die dem Gewässer- und Grundwasserschutz und damit letztendlich der lebensnotwendigen Ressource Wasser insgesamt dienen. Preise, Qualität und Umweltfaktoren als

ganzheitliches Leistungsspektrum unterliegen strenger staatlicher Kontrolle, wobei die hierfür entstehenden Kosten durch entsprechende Gebühreneinnahmen gedeckt werden müssen.

Auf Basis des zwischen neu.sw und der Stadt Neubrandenburg geschlossenen Abwasserentsorgungsvertrages ist die Gesellschaft derzeit als sog. „beauftragter Dritter“ zur Erfüllung der kommunalen Pflichtaufgabe „Abwasserentsorgung“ in deren Auftrag tätig. Die Gebührenhoheit obliegt dabei weiterhin der Stadt Neubrandenburg.

Weitere Geschäftsbereiche der Gesellschaft im Jahr 2009 bestanden in der Betriebsführung des GuD-Heizkraftwerks und des Heizwerks Nord für den Eigentümer VASA und der Betriebsführung der Kläranlage Neubrandenburg für den Eigentümer NOTAM. Außerdem erfolgte die technische und kaufmännische Betriebsführung der Tollenseufer Abwasserbeseitigungsgesellschaft mbH. In diesem Segment werden außerdem die Bereiche „Neubrandenburger Straßenbeleuchtung“ sowie „Schwimmhalle Neubrandenburg“ berücksichtigt.

2. Umsatz- und Auftragsentwicklung

Als Stromhändler sieht sich neu.sw noch stärker als in der Vergangenheit mit einem zunehmenden Wettbewerb durch überregionale Stromanbieter und einer deutlich gestiegenen Wechselbereitschaft der Kunden konfrontiert. Insbesondere energieintensive Industrie- und Gewerbekunden sind heute aufgrund hoher Stromkosten schneller bereit, den Versorger auch bei geringen relativen Preisdifferenzen zu wechseln, wenn sie dadurch ihre Kostensituation merklich verbessern können. Auch Haushaltskunden sind zunehmend sensibilisiert und entsprechend ebenfalls bereit, den Versorger zu wechseln. Allerdings zeigt sich, dass hier neben dem Preis auch Faktoren, wie Zuverlässigkeit, Servicequalität und Image, die Entscheidung zum Wechsel beeinflussen.

Der zunehmende Wettbewerb durch andere Stromanbieter wirkt sich auch im Netzgebiet von neu.sw aus. Andererseits gelingt es neu.sw, Kunden in fremden Netzgebieten zu gewinnen.

Insgesamt betrug die Stromabgabe an Endkunden (incl. Eigenverbrauch) und andere Händler 411.524 MWh (Vj. 478.042 MWh) und teilt sich in die folgenden Absatzgruppen auf:

151

<u>(Angaben in MWh)</u>	<u>2009</u>	<u>2008</u>	<u>Veränderung</u>
Kunden im eigenen Netzgebiet	197.560	203.279	- 5.719
Kunden in fremden Netzgebieten	17.827	93.559	- 75.732
Endkundenabsatz	215.387	296.838	- 81.451
Verbundunternehmen	1.443	1.436	7
Betriebsverbrauch	12.509	12.709	- 200
Externer Großhandel (Überschussstrom)	182.185	167.059	15.126
	411.524	478.042	- 66.518

Im Berichtsjahr sank der Absatz an Endkunden im Vergleich zum Vorjahr deutlich. Während dabei im eigenen Netzgebiet ein leichter Rückgang der abgesetzten Mengen zu verzeichnen war, führte der Wechsel eines Großkunden zu einem anderen Stromlieferanten dazu, dass der Stromabsatz außerhalb des eigenen Netzgebietes deutlich zurückging.

Im Stromnetz von neu.sw wurden im Berichtsjahr insgesamt 242.651 MWh (Vj. 245.609 MWh) und damit 2.958 MWh weniger Strom abgesetzt. Dabei stieg der Anteil von fremdversorgten Kunden (bezogen auf die abgesetzte Strommenge) im Netzgebiet der neu.sw von 11,9 % im Vorjahr (29.148 MWh) auf 13,2 % (32.092 MWh) im Berichtsjahr.

152

Der Umsatz im Stromsegment verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 2.319 (5,4 %) auf TEUR 40.589. Dies ist neben dem oben beschriebenen Rückgang der Mengen auf Preisanpassungen zurückzuführen.

Die Preise der Grund- und Ersatzversorgung und die Preise für die Privatstromprodukte wurden, nachdem sich die Bezugssituation zu Beginn des Jahres deutlich entspannte, zum 1. April 2009 um durchschnittlich 2,5 % gesenkt, nachdem diese zum Jahresbeginn um rd. 3,0 % erhöht worden waren.

Die Netznutzungsentgelte im Stromnetzgebiet der Gesellschaft wurden zum 1. Februar 2009 auf Basis der durch die Bundesnetzagentur mit Beschluss vom 14. Januar 2009 festgelegten Erlösobergrenze für das Jahr 2009 angepasst.

Die Fernwärmeversorgung weist für 2009 unter Berücksichtigung des Betriebsverbrauches und der Lieferung an Verbundunternehmen eine nutzbare Abgabe von 323.077 MWh (Vj. 313.345 MWh) aus. Dabei sank die Abgabe an Kunden leicht von 311.277 MWh im Vorjahr auf 311.054 MWh (- 0,1 %). Diesem Rückgang steht ein Anstieg der in den Wärmespeicher verpressten Mengen um 9.646 MWh auf 9.685 MWh gegenüber.

Die Fernwärmepreise wurden aufgrund der vertraglich vereinbarten Preisgleitklausel zum 1. Januar 2009 und zum 1. Juli 2009 angepasst. Vor allem aufgrund der Preisanpassungen stieg der Fernwärmeumsatz im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 2.679 (10,4 %) auf TEUR 28.420. Der deutliche Anstieg der Preise resultiert daher, dass durch die Preisgleitklausel die Bezugskostensteigerungen des Vorjahres zeitlich versetzt an die Kunden weitergegeben werden.

Der Erdgasabsatz bzw. der Betriebsverbrauch entwickelte sich im Berichtsjahr wie folgt:

<u>(Angaben in MWh)</u>	<u>2009</u>	<u>2008</u>	<u>Veränderung</u>
Endkundenabsatz	251.022	251.481	- 459
Verbundunternehmen	1.746	1.711	35
Betriebsverbrauch	18.529	19.481	- 952
	<u>271.297</u>	<u>272.673</u>	<u>- 1.376</u>
davon in fremden Netzen	15.886	3.519	12.367

Insgesamt ist im direkten Jahresvergleich ein leichter Rückgang des Endkundenabsatzes um 459 MWh (0,2 %) zu verzeichnen. Hierbei macht sich insbesondere der zunehmende Wettbewerb um die Erdgas-kunden bemerkbar. Die daraus resultierenden Kundenverluste im eigenen Netzgebiet (- 12.826 MWh) konnten jedoch durch verstärkte Akquisetätigkeit in fremden Netzgebieten annähernd (+ 12.367 MWh) kompensiert werden.

Das Erdgasnetz von neu.sw erstreckt sich räumlich im Wesentlichen auf das Stadtgebiet Neubrandenburg und die angrenzenden Gemeinden. Der Anteil der durch Dritte Anbieter versorgten Kunden stieg im Berichtsjahr auf 16.709 MWh (6,1 %).

Die Umsatzerlöse aus dem Erdgasgeschäft stiegen im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 1.071 (8,1 %) auf TEUR 14.287. Dem leichten Mengenrückgang wirkten hier die zum 1. September 2008 und zum 1. Januar 2009 vorgenommenen Preiserhöhungen bei den Kunden der Grund- und Ersatzversorgung sowie in den Privatgasprodukten entgegen, mit der der Preisanstieg des Vorjahres auf der Beschaffungsseite teilweise an die Endkunden weitergegeben wurde. Nachdem sich die Bezugssituation zu Beginn des Jahres deutlich entspannte, wurden die Preise der Grund- und Ersatzversorgung sowie in den Privatgasprodukten zum 1. April 2009 und zum 1. Juli 2009 um durchschnittlich 8,0 % bzw. 9,0 % gesenkt.

Die Netznutzungsentgelte im Gasnetzgebiet der Gesellschaft wurden zum 1. Januar 2009 auf Basis der durch die Bundesnetzagentur mit Beschluss vom 26. November 2009 festgelegten Erlösobergrenze für das Jahr 2009 angepasst.

Im Wasserversorgungsgebiet betrug in 2009 die nutzbare Abgabe 3.824 Tm³ (Vj. 3.846 Tm³) und liegt somit nur leicht unter dem Vorjahr. Der Umsatz sank im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls leicht um 0,9 % auf TEUR 6.616. Die Preise wurden im Berichtsjahr unverändert gelassen.

Das Abwasseraufkommen an Schmutzwasser im Jahr 2009 betrug in der Stadt Neubrandenburg 2.817 Tm³ und liegt damit um 20 Tm³ unter Vorjahresniveau. Die entsorgte Menge Niederschlagswasser war ebenfalls rückläufig und lag mit 1.890 Tm³ um 14 Tm³ unter dem Vorjahreswert. Die Erlöse der Abwasserentsorgung betrugen ohne Berücksichtigung der Betriebsführungserlöse für die NOTAM Beteiligungs GmbH & Co. Vermietungs KG im Berichtsjahr TEUR 7.176 (Vj. TEUR 7.309).

Im Rahmen des zwischen neu.sw und der Stadt Neubrandenburg bestehenden Entsorgungsvertrages Abwasser führt neu.sw die Abwasserbeseitigung und das Abwassergebühreninkasso für die Stadt Neubrandenburg durch. Die im Rahmen des Gebühreninkasso vereinnahmten Beträge werden vertragskonform auf das Abwasserentsorgungsentgelt, welches neu.sw für ihre Leistungen erhält, angerechnet. Die Gebührensätze der Stadt Neubrandenburg betrugen im Jahr 2009 für die Schmutzwasserentsorgung 2,50 EUR/m³ (Vj. 2,74 €/m³) und für die Niederschlagswasserentsorgung 1,30 EUR/m³ (Vj. 1,21 EUR/m³).

154

3. Investitionen

Im Berichtsjahr investierte die Gesellschaft TEUR 116 in immaterielle Vermögensgegenstände und TEUR 4.990 in den Ausbau bzw. die Erneuerung der betriebseigenen Leitungsnetze bzw. der dazugehörigen technischen Anlagen (Sachanlagevermögen). Die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagevermögen des Jahres 2009 entfallen dabei auf folgende Bereiche:

(Angaben in TEUR)	Investitionen gesamt
Wasser/Abwasser	2.660
Strom	696
Erdgas	610
Fernwärme	426
übrige Anlagen	714
<u>Summe</u>	<u>5.106</u>

Darüber hinaus investierte die Gesellschaft TEUR 2.448 in Finanzanlagen durch den Erwerb des wirtschaftlichen Eigentums an weiteren Aktien der VNG - Verbundnetz Gas AG, Leipzig.

4. Finanzierungsmaßnahmen und -vorhaben

Die Gesellschaft nimmt im Rahmen eines konzernweiten Cashmanagements bzw. Cash-Poolings die Liquiditätssicherung bzw. -bündelung der Konzerngesellschaften wahr.

Die Finanzierung der Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und das Sachanlagevermögen erfolgte mit TEUR 1.091 durch empfangene Investitionszuschüsse und darüber hinaus aus dem Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit der Gesellschaft. Der Kauf weiterer Anteile an der VNG - Verbundnetz Gas AG wurde durch die Aufnahme eines Darlehens über TEUR 2.448 bei der Baden-Württembergische Bank, Stuttgart, finanziert.

Insgesamt reduzierten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Berichtsjahr aufgrund planmäßiger Tilgungen und durch Veränderungen der Zinsabgrenzung trotz der Neuaufnahme eines Darlehens zum Bilanzstichtag um 5,3 %, was einer Entschuldung von TEUR 2.279 entspricht.

5. Personal- und Sozialbereich

Die Gesellschaft beschäftigte im Berichtsjahr ohne Geschäftsführer durchschnittlich 273 Mitarbeiter (Vj. 273).

Vor dem Hintergrund des gekündigten Manteltarifvertrages und des Vergütungstarifvertrages zum 31. Dezember 2005 wurden Tarifverhandlungen mit den Tarifpartnern fortgeführt und konnten zum Jahresbeginn abgeschlossen werden. Im Ergebnis der Verhandlungen wurde der seit dem Inkrafttreten am 1. Januar 1998 abgeschlossene Manteltarifvertrag für Arbeitnehmer der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH und der organschaftlich verbundenen Unternehmen novelliert. Mit Wirkung zum 1. März 2009 traten ein neuer Manteltarifvertrag für Arbeitnehmer im Konzern neu.sw (ohne die Beschäftigten der Neubrandenburger Verkehrsbetriebe GmbH) sowie ein neuer Entgelttarifvertrag in Kraft.

Neben den tariflich festgelegten Grundvergütungen wurden an die Mitarbeiter der Gesellschaften Zulagen und Zuschläge für Rufbereitschaftsdienste, Schichtprämien und Zeitzuschläge, Urlaubs- und Weihnachtsgeld gezahlt. Die ergebnisabhängige Sonderzuwendung auf Grundlage des § 15 Absatz 3 des Manteltarifvertrages wurde in 2009 für das Geschäftsjahr 2008 ausgeschüttet.

Für die Auszubildenden der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH und der organschaftlich verbundenen Unternehmen bildet der in 2003 zwischen den Tarifparteien abgeschlossene Manteltarifvertrag für Auszubildende mit Wirkung zum 1. Juli 2003 die Grundlage. Mit Wirkung zum 1. März 2009 wurde ein neuer Ausbildungsvergütungstarifvertrag verabschiedet.

Im Rahmen der Aus- und Weiterbildung im Konzern wird allen Mitarbeitern angeboten, sich inner- oder außerbetrieblich weiter zu qualifizieren. Zentrale Themen der Weiterbildung im Jahre 2009 waren die Durchführung von zwei großen internen Schulungsveranstaltungen zum Thema Zeitmanagement und zur Umstellung auf Office 2007 sowie Schulungen zum Erhalt und zur Erweiterung der Fachkenntnisse der Mitarbeiter im Bereich der Technischen Netzbetriebe. Die Kosten für Weiterbildungen lagen 2009 im Konzern bei TEUR 119. Mit diesen Mitteln wurden ca. 280 Mitarbeiter geschult.

neu.sw fördert junge Nachwuchskräfte durch die Finanzierung eines dualen Studienganges an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin. Zusätzlich werden mehrere Arbeitnehmer in ihrer beruflichen Fortbildung oder beim Studium neben der Arbeit durch neu.sw unterstützt.

Zur Absicherung von punktuellen personellen Engpässen wurde im Berichtsjahr auf zwei Zeitarbeiter zurückgegriffen.

6. Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Am 14. Januar 2009/16. März 2009 hat die Bundesnetzagentur in Wahrnehmung der Aufgaben für das Land Mecklenburg-Vorpommern den Beschluss über die Festlegung zur Bestimmung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen für die Jahre 2009 bis 2013 für das Stromnetz der Gesellschaft getroffen.

Aufgrund der Entscheidung des BGH vom 14. August 2008, die Beschwerde der Vattenfall Europe Transmission GmbH gegen die in der ersten Netzentgeltgenehmigung enthaltene „Auflage zur Abschöpfung Mehrerlöse“ zurückzuweisen, hatte neu.sw im Vorjahresabschluss entsprechende Rückstellungen zur Mehrerlösabschöpfung für das Strom- und Gasnetz in Höhe von TEUR 2.920 gebildet. Im Jahr 2009 wurde durch die Bundesnetzagentur zur Abwicklung der Mehrerlösabschöpfung ein pauschales Verfahren initiiert, um die Höhe der Mehrerlöse unbürokratisch zu bestimmen und den Rückfluss an die Netznutzer zu regeln. neu.sw hat der Teilnahme an diesem vereinfachten Verfahren zur Mehrerlösabschöpfung gegenüber der Bundesnetzagentur zugestimmt. Die daraus resultierenden Beschlüsse zur Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen ergingen für das Gasnetz am 1. Dezember 2009 und für das Stromnetz am 30. November 2009 sowie am 22. Januar 2010. Die bilanziellen Auswirkungen wurden im vorliegenden Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 berücksichtigt.

Mit Beschluss durch die jeweiligen Gemeindevertretungen hatten sich die Gemeinden Trollenhagen und Neuenkirchen im Jahr 2008 für den Wechsel des Konzessionärs ihrer Stromnetze und den Abschluss entsprechender Konzessionsverträge mit neu.sw entschieden. Da in diesem Zusammenhang noch nicht alle offenen Fragestellungen zwischen den Beteiligten abschließend juristisch geklärt werden konnten, wurden die Konzessionsverträge bisher noch nicht abgeschlossen.

Das von neu.sw betriebene GuD-Heizkraftwerk war Gegenstand einer US-Cross-Border-Leasing-Transaktion zwischen dem derzeitigen Eigentümer und einem amerikanischen Fonds. Aus der US-Cross-Border-Leasing-Transaktion ergeben sich nach heutigen Erkenntnissen erhebliche wirtschaftliche Risiken für die Beteiligten, die mit dem voraussichtlichen Erwerb des GuD-Heizkraftwerkes durch neu.sw bis spätestens 2014 auf neu.sw übergegangen wären. Auf maßgebliches Betreiben von neu.sw wurden daher im Berichtsjahr mit den beteiligten Parteien Verhandlungen zur endgültigen Auflösung der gesamten US-Cross-Border-Lease-Verträge geführt. Im Ergebnis konnte durch Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung im November 2009 die US-Cross-Border-Leasing-Transaktion am 7. Dezember 2009 endgültig beendet werden.

Der bisherige zweite Geschäftsführer, Herr Dr. Heinz Balzer, trat zum 30. Juni 2009 in den Ruhestand ein. Mit Gesellschafterbeschluss vom 27. April 2009 wurde Herr Ingo Meyer mit Wirkung zum 1. Juli 2009 als zweiter Geschäftsführer bestellt. Ebenfalls durch Gesellschafterbeschluss vom 27. April 2009 wurde Herrn Olf Häusler Prokura erteilt. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 15. Juli 2009.

B. Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist hauptsächlich durch das Anlagevermögen und dessen Finanzierung durch Eigenkapital, Investitionszuschüsse sowie Fremdkapital geprägt und stellt sich per 31. Dezember 2009 wie folgt dar:

<u>(Angaben in TEUR)</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>31.12.2008</u>	<u>Veränderung</u>
Bilanzsumme	185.903	191.273	- 5.370
Anlagevermögen	140.597	140.987	- 390
Umlaufvermögen und Abgrenzungen	45.306	50.286	-4.980
Eigenkapital	77.008	67.118	9.890
Sonderposten	36.979	38.344	- 1.365
Rückstellungen	12.277	13.180	- 903
Verbindlichkeiten Kreditinstitute	40.598	42.877	- 2.279
Übrige Verbindlichkeiten / Abgrenzungen	19.041	29.754	- 10.713

157

Die Eigenkapitalquote an der Bilanzsumme stieg im Berichtsjahr aufgrund der gesunkenen Bilanzsumme bei gleichzeitigem Anstieg des Eigenkapitals auf 41,4 % (Vj. 35,1 %). Bei hälftiger Hinzurechnung des Sonderpostens zum Eigenkapital ergibt sich eine wirtschaftliche Eigenkapitalquote von 51,4 % (Vj. 45,1 %).

Das Anlagevermögen ist zu 54,8 % durch Eigenkapital gedeckt (Vj. 47,6 %). Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt 75,6 % (im Vorjahr 73,7 %), wobei das Anlagevermögen der Gesellschaft vollständig langfristig finanziert ist.

2. Finanzlage

Die im Berichtsjahr getätigten Investitionen in das Anlagevermögen (TEUR 7.554) wurden durch Investitionszuschüsse (TEUR 1.091), Kreditaufnahmen (TEUR 2.448) und darüber hinaus aus dem Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit finanziert.

Die Mittelzu- und -abflüsse aller Gesellschaften des Konzerns neu.sw wurden im Zuge eines zentralen Cash-Poolings über die Gesellschaft abgewickelt. Die sich aus den Zahlungsströmen ergebenden Zinsverrechnungen erfolgen auf Basis vertraglich geregelter Kontokorrentverzinsungen.

158

Im Berichtsjahr wurden zur Sicherung eines stabilen und niedrigen Zinsniveaus der langfristigen Kreditverbindlichkeiten Zinsderivate eingesetzt. Deren Bewertung wurde per 31. Dezember 2009 durch die UniCredit Bank AG bzw. die Nord/LB vorgenommen und ist im Anhang ersichtlich. Hierbei handelt es sich um einen Vergleich zwischen aktuellem Marktzins (zum Bewertungsstichtag) und dem abgeschlossenen Zinsswap (Mid Market Bewertung). Der so ermittelte Barwert wurde über die gesamte Laufzeit abdiskontiert.

Neben dem Einsatz von Zinssicherungsinstrumenten zur Absicherung eigener Darlehen fielen im Berichtsjahr erstmals Aufwendungen im Zusammenhang mit Zinssicherungsgeschäften für Kredite der VASA und der NOTAM an. In den Vorjahren waren zur Sicherung eines langfristig günstigen Zinsniveaus diesbezüglich Zinssicherungsgeschäfte durch neu.sw abgeschlossen worden, um die aus Zinsveränderungen resultierenden unkalkulierbaren Kostenentwicklungen beim Strom- und Fernwärmebezug von VASA bzw. beim Bezug von Klärleistungen von NOTAM zu begrenzen. Die Zinssicherung erfolgt über neu.sw, da somit bei gleichem wirtschaftlichen Effekt (Kosten trägt neu.sw) eine umfangreiche Anpassung der bestehenden Vertragswerke vermieden werden konnte.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war zu jedem Zeitpunkt gegeben, die Gesellschaft ist allen finanziellen Verpflichtungen nachgekommen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden saldiert um TEUR 2.279 abgebaut.

3. Ertragslage

Die Ertragslage der Gesellschaft stellt sich im Jahr 2009 wie folgt dar:

<u>(Angaben in TEUR)</u>	<u>2009</u>	<u>2008</u>	<u>Veränderung</u>
Gesamtleistung	142.947	153.579	- 10.632
betriebliche Aufwendungen	- 121.796	- 142.506	+ 20.710
Betriebsergebnis vor AfA (EBITDA)	21.151	11.073	10.078
Abschreibung	- 7.640	- 8.000	360
Finanzergebnis	- 1.306	- 1.026	- 280
Steuern	- 2.315	- 238	- 2.077
Gesamtergebnis	9.890	1.809	8.081

Die Beteiligungsergebnisse wurden in dieser Darstellung dem Finanzergebnis zugeordnet.

159

Die Gesamtleistung der Gesellschaft ist im Vergleich zum Vorjahr um 6,9 % gesunken, während die betrieblichen Aufwendungen um 14,5 % zurückgingen.

Die Gesamtleistung sank im Vergleich zum Vorjahr insbesondere aufgrund der – im Zusammenhang mit den gesunkenen Kraftwerksgasbezugskosten – deutlich niedrigeren Erlöse aus der Betriebsführung des GuD-Heizkraftwerkes um TEUR 10.632.

Die betrieblichen Aufwendungen sanken um insgesamt TEUR 20.710. Wesentlichen Einfluss auf diese Entwicklung hatten, neben dem deutlichen Rückgang der Aufwendungen für den Bezug von Kraftwerksgas (TEUR - 7.872) und für Fernwärme (TEUR - 6.527), der Rückgang der Bezugsaufwendungen für Strom (TEUR - 4.336) und Kommunalgas (TEUR - 1.612). Deutliche Erhöhungen ergaben sich bei den Aufwendungen für Wertberichtigungen auf Forderungen (TEUR 1.431), was im Wesentlichen auf einen laufenden Rechtsstreit mit einem Großvermieter zur Angemessenheit der Fernwärmepreise zurückzuführen ist. Weiterhin erhöhte sich der Aufwand für den EEG-Pflichtbezug um TEUR 364 auf nun insgesamt TEUR 6.235.

Infolge dessen stieg das Betriebsergebnis vor Abschreibungen und Steuern deutlich auf TEUR 21.151 (Vj. TEUR 11.073).

Die Abschreibungen liegen in etwa auf dem Niveau des Vorjahres.

Das Finanzergebnis setzt sich aus dem Zinsergebnis mit TEUR – 2.443 (Vj. TEUR – 1.436) und dem Beteiligungsergebnis mit TEUR 1.137 (Vj. TEUR 410) zusammen. Im Beteiligungsergebnis sind die Ergebnisübernahmen der Tochtergesellschaften in Höhe von TEUR 691 (Vj. TEUR –110) enthalten. Wesentlicher Grund für die deutliche Verschlechterung des Zinsergebnisses sind die erstmals angefallenen Zinsen aus Zinssicherungsgeschäften (Zinsswaps) für Darlehen von NOTAM und VASA (TEUR 1.002), die unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten Bezugsaufwand für Strom und Fernwärme bzw. die Abwasserklärung darstellen.

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr damit einen Jahresüberschuss von TEUR 9.890 (Vj. TEUR 1.809).

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft wird als geordnet und guten Grundsätzen folgend eingeschätzt.

C. Hinweise auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

1. Risikomanagementziele und –methoden sowie wesentliche Chancen und Risiken

Im Zuge ihrer geschäftlichen Aktivitäten ist die Gesellschaft einer Reihe von Risiken ausgesetzt. Diese sind untrennbar mit ihrem unternehmerischen Handeln verbunden. Im Konzern neu.sw wird daher ein konzernweites Risikomanagement betrieben, in das auch die Gesellschaft einbezogen ist. Dieses hat sich insbesondere vor dem Hintergrund der Krise des globalen Finanz- und Wirtschaftssystems ab 2008 als elementar für Geschäftsprozesse und Unternehmensentscheidungen der Gesellschaft erwiesen.

Um im Spannungsfeld zwischen Gewinnchance und Verlustrisiko dauerhaft erfolgreich zu sein, werden neben den üblichen Maßnahmen zur Risikofrüherkennung durch die einzelnen Unternehmensbereiche die identifizierten Risiken erfasst, nach Eintrittswahrscheinlichkeit sowie potentieller Schadenshöhe bewertet und an das Zentrale Risikomanagement gemeldet. Hier werden die daraus resultierenden Ergebnisse auf Bereichs-, Unternehmens- und Konzernbasis zusammengeführt und hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das betriebliche Ergebnis bewertet. Durch das Zentrale Risikomanagement wird eine konzern einheitliche Analyse der bestehenden Risikosituation vorgenommen, auf deren Basis für die Unternehmensbereiche konkrete Risikosteuerungsmaßnahmen abgeleitet und dementsprechend realisiert werden.

Die monatliche Risikoberichterstattung ist vollständig in den Controlling- und Planungsprozess integriert. Die zuständigen Leiter der Unternehmenseinheiten und die Geschäftsführung werden regelmäßig

über die Risikosituation unterrichtet. Die Effizienz und die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems werden durch das interne Kontrollsystem und die interne Revision überwacht.

Ebenso erfolgt jährlich durch das Zentrale Risikomanagement eine Überprüfung und Aktualisierung der identifizierten Risiken. Darüber hinaus werden die definierten Risikobereiche auf bisher nicht erfasste oder neue Risiken überprüft. Parallel erfolgen regelmäßig Marktbeobachtungen. Außerdem werden risikorelevante Informationen des Unternehmensfeldes beobachtet, aufgenommen und analysiert. Durch die ständige Aktualisierung der risikorelevanten Informationen und methodischen Grundsätze werden eine Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems und die Verbesserung seiner Aussagefähigkeit gewährleistet. In Kombination mit der kontinuierlichen Realisierung vorbeugender Risikobegegnungsmaßnahmen ist der Konzern in der Lage, das Risikopotenzial vollständig aus dem primären Risikodeckungskapital aufzufangen.

Den identifizierten Risiken aus der Cross-Border-Leasing-Konstruktion für das GuD-Heizkraftwerk konnte 2009 mit der auf Betreiben von neu.sw umgesetzten Auflösung der entsprechenden Verträge begegnet werden. Positive Effekte resultieren aus den dadurch erleichterten Finanzierungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit dem vorgesehenen Erwerb des GuD-Heizkraftwerkes durch neu.sw.

Aus dem 2009 anhaltenden Einbruch des Wirtschaftswachstums im Zusammenhang mit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ergeben sich aufgrund der überwiegenden Ver- und Entsorgung von Haushalts- und Kleinkunden branchenbedingt keine neuen Risiken für die Gesellschaft. Mögliche konjunkturbedingte Ver- und Entsorgungsausfälle bei Energie, Fernwärme, Wasser und Abwasser, die zu geringeren Absatz-/Entsorgungsmengen, Umsatzverminderungen, Adressausfall- und Liquiditätsrisiken führen können, sind im Risikomanagement bereits berücksichtigt. Von daher erfolgt vor allem eine verstärkte Beobachtung bestehender Risiken. Diese Beobachtung wird regelmäßig durchgeführt.

Chancen betrachtet und bewertet die Gesellschaft im Zuge der turnusmäßigen Planung.

Die Risiken und Chancen treten in folgenden Beobachtungsbereichen auf:

Unternehmensrisiko: Den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Risiken bestehen nicht und sind derzeit auch nicht erkennbar.

Risiken im Marktumfeld: Risiken im Marktumfeld bestehen insbesondere auf der Einkaufs- und Verkaufsseite von Strom, Gas und Fernwärme. Sie stellen sich als Mengen- und Marktpreisänderungsrisiken dar. Die Mengenrisiken ergeben sich insbesondere aus Witterungseinflüssen, Zugewinn und Verlust von

161

Kunden und technologischen Veränderungen. Diesen Risiken wird durch Berücksichtigung von möglichen Mengenschwankungen in der Planung und Prognose des Bedarfs der Kunden entgegengewirkt.

Die Marktpreisänderungsrisiken sind bei Erdgas auf der Einkaufsseite durch die Ölpreisbindung eng mit der Preisentwicklung des fossilen Brennstoffs Öl verknüpft. Das Erdgas wird als Primärenergie für die Strom- und Wärmeproduktion eingesetzt. Risiken bestehen darin, dass höhere Rohstoffpreisnotierungen beim Einkauf nicht zeitnah über eine Anpassung der Endverbraucherpreise weitergegeben werden können. Hieraus ergeben sich im Fall sinkender Bezugspreise natürlich entsprechende Chancen.

Vor diesem Hintergrund hat die Gesellschaft zur Risikobegrenzung umfangreiche organisatorische Regelungen in Form eines Prozesshandbuchs Einkauf/Verkauf getroffen. Die im Handbuch beschriebene gesteuerte Portfoliostrategie sieht eine Limitierung der Risiken verbunden mit einer Synchronisierung der Einkaufs- und Verkaufsvorgänge und -konditionen vor.

Marktchancen leitet die Gesellschaft bei Strom und Gas aus der steigenden Wechselbereitschaft der Kunden ab. Bei Fernwärme sieht die Gesellschaft Chancen zur Kundenbindung und -gewinnung durch das steigende Umweltbewusstsein und das Angebot einer ökologisch hochwertigen, klimaschonenden Energieform im Sinne der Klimaschutzprogramme.

Risiken aus veränderten Rahmenbedingungen:

Durch Umsetzung der europäischen Richtlinie zur vollständigen Öffnung des Strom- und Gasmarktes werden im Rahmen der Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes die Bedingungen des Netzzugangs und die Netzentgelte reguliert.

Die der Gesellschaft als Netzbetreiber genehmigten Netzentgelte für 2005 bis 2007 standen unter dem Vorbehalt, dass zu Unrecht erzielte Mehrerlöse seit dem Termin der Antragstellung bis zur Genehmigung in nachfolgenden Kalkulationsperioden kostenmindernd berücksichtigt werden können. Hierfür hatte die Gesellschaft im Vorjahr bilanzielle Vorsorge getroffen und sich im Berichtsjahr für das Angebot der Bundesnetzagentur auf Basis einer pauschalen Berechnung der Mehrerlösabschöpfung entschieden.

162

Chancen leitet die Gesellschaft aus den veränderten Rahmenbedingungen als Netzbetreiber von Strom und Gas insbesondere aus Möglichkeiten ab, weitere Netze erwerben und betreiben zu können.

Als Lieferant sieht die Gesellschaft für das gesamte Liefer- und Leistungsspektrum vor allem Chancen in der durch die Finanzkrise bewirkten „Renaissance der Stadtwerke“ sowie die schnelle Erreichbarkeit und lokale Verbundenheit mit den Kunden.

Technische Risiken:

In Netzen und Anlagen (einschl. Rechentechnik, Erzeugungs-, Ver- und Entsorgungsanlagen) bestehen Risiken aus deren Zerstörung, Beschädigung bzw. Verlust, z. B. durch höhere Gewalt oder Einwirkung Dritter. Ebenso können Betriebsstörungen die Ertragslage beeinträchtigen. Diesem Risiko begegnet die Gesellschaft mit hohen Sicherheitsstandards sowie der Planung und Durchführung regelmäßiger Prüf-, Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen sowie systematischen Schulungs-/Qualifikationsprogrammen für die Mitarbeiter und Tiefbaufirmen, um Beschädigungen von Kabeln und Leitungen vorzubeugen.

Der Betrieb von IT-Netzen und -Lösungen erfolgt im Rechenzentrum einer Tochtergesellschaft. Das Rechenzentrum verfügt seit 2007 über die Zertifizierung nach ISO 27001. Risiken bei der Entwicklung bzw. Implementierung von IT-Lösungen zur Unterstützung von Geschäftsprozessen werden durch einen konzernweit gültigen Prozess für Planung, Management und Auditierung (Test-/Freigabeverfahren) gesteuert.

Dem Risiko des unberechtigten Datenzugriffs, Datenmissbrauchs bzw. Datenverlusts wird mit diversen technischen und organisatorischen Gegenmaßnahmen begegnet.

Finanzwirtschaftliche Risiken:

Grundsätzlich bestehen Ausfallrisiken über den gesamten Bestand der Kundenforderungen. Diesen Risiken wird durch ein zeitnahe, effizientes Forderungsmanagement begegnet. Bei Interessenten und Großkunden erfolgt in regelmäßigen Abständen eine Bonitätsprüfung. Besondere Risiken sind in diesem Bereich derzeit nicht erkennbar, jedoch beobachtet die Gesellschaft infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise verstärkt die Entwicklungen und aktualisiert bestehende Richtlinien.

Die Refinanzierung fälliger Verbindlichkeiten von vollkonsolidierten Tochtergesellschaften im Konzern der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH

erfolgt in der Regel durch die Neubrandenburger Stadtwerke GmbH als Obergesellschaft. Hier besteht das theoretische Risiko, dass Liquiditätsreserven nicht ausreichen, um die finanziellen Verpflichtungen fristgerecht zu decken. Zur Deckung des Kapitalbedarfs stehen grundsätzlich flüssige Mittel und Wertpapiere des Umlaufvermögens zur Verfügung.

Außerdem liegen zur kurzfristigen Absicherung entsprechende Kontokorrentkreditzusagen verschiedener Kreditinstitute vor. Durch das Pooling der liquiden Mittel ergibt sich die Chance, dass der Zinsaufwand aller beteiligten Gesellschaften minimiert werden kann, da ggf. externe Fremdfinanzierungen nicht vorgesehen sind.

Die Steuerung und Überwachung der Liquiditätsrisiken erfolgt im Rahmen von Verträgen auf der Grundlage kurz- und mittelfristiger Finanzplanungen im Rahmen des konzernweiten Cash-Poolings. Das Liquiditätsrisiko wird von daher trotz Finanzmarktkrise als gering eingestuft.

2. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

In Umsetzung der durch die Bundesnetzagentur erlassenen Beschlüsse zur Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen erfolgte zum 1. Januar 2010 eine Anpassung der Netznutzungsentgelte für das Gasnetz und für das Stromnetz der neu.sw.

Darüber hinaus sind keine wesentlichen Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten.

3. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Das Jahr 2010 wird nach Einschätzung der Geschäftsführung von einem sich weiter verschärfenden Wettbewerb auf den Energiemärkten geprägt sein. Im Privatkundenbereich wird diese Entwicklung zu einer steigenden Wechselbereitschaft führen, während im Gewerbekundenbereich davon auszugehen ist, dass sich der bereits intensive Wettbewerb fortsetzen wird. Mit ihrer synergetischen Marktstrategie als Multi-Utility-Anbieter und ihrer differenzierten segmentspezifischen Marktbearbeitung ist die Gesellschaft für diese Herausforderung jedoch gewappnet.

Hierbei ist zu beachten, dass die konjunkturelle Entwicklung für die Bundesrepublik Deutschland eher auf einen allgemeinen Rückgang der Verbräuche bzw. der Absatzpotentiale hindeutet. Wachstumspotentiale für die Gesellschaft werden sich somit hauptsächlich aus innovativen Produktgestaltungen sowie aus einer potentiellen horizontalen Expansion in fremde Netzgebiete ergeben.

Die Preise an den Weltenergiemärkten werden sich 2010 voraussichtlich nicht auf dem niedrigen Niveau wie 2009 bewegen. Auch vor dem Hintergrund weiterhin knapper Öl-Förderkapazitäten ist davon auszugehen, dass die Energiepreise mittel- bis langfristig weiter steigen werden. Aus diesem Grund sind beschaffungsseitig auch zukünftige starke Preisausschläge nicht auszuschließen, vor allem, wenn sich politische Entscheidungen direkt und/oder indirekt auf die Brennstoff-, CO₂- und Energiemärkte auswirken sollten.

Von daher werden auch zukünftig weitere Preisanpassungen auf der Absatzseite unumgänglich sein. Hierbei ist jeweils medienspezifisch, unter Berücksichtigung der jeweiligen Kostensituation und der Marktpreisentwicklung, vorzugehen.

Im Bereich der Fernwärmeversorgung ist grundsätzlich mit weiter fallenden Absatzmengen zu rechnen, da die demografische Entwicklung sowie auch die städtebaulichen Ansätze das Kundenportfolio weiter einschränken. Aufgrund der Flexibilisierung der Abgabepreise und der stärkeren Berücksichtigung der Energiepreisentwicklungen soll dieser Minderabsatz jedoch durch die Gewinnung von Neukunden kompensiert werden. Darüber hinaus ist zukünftig vor allem aufgrund klimatischer Veränderungen mit potentiell höheren witterungsbedingten Schwankungen der Absatzmenge zu rechnen.

Die Investitionstätigkeit in 2010 ff. wird, wie im Vorjahr, schwerpunktmäßig weiter durch Ortsnetzverdichtungen und Neukundenanschlüsse, gerade auch in den um Neubrandenburg liegenden Gemeinden, geprägt sein. Hinzu kommen Umverlegungsmaßnahmen im Rahmen von städtebaulichen Maßnahmen, die in ihrer Gesamtheit noch nicht abschließend beziffert werden können. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Investitionsintensität bei Netzerweiterungen und Neuanschlüssen in den nächsten Jahren eher rückläufig sein wird. Im Stadtgebiet Neubrandenburg sind derzeit keine neuen Bebauungsgebiete geplant und die zurzeit partiell laufende Umlanderschließung stellt, zumindest aus heutiger Sicht, die maximale Ausdehnung des Netzgebietes der Gesellschaft dar. Soweit sich jedoch die Gelegenheit ergeben sollte, in Fremdnetze investieren zu können, wird die Gesellschaft dies jeweils wirtschaftlich prüfen und ggf. handeln.

Gemäß dem „Vertrag über die Übernahme von einem GuD-Heizkraftwerk und einem Heizwerk in Neubrandenburg“ zwischen der VASA Kraftwerke-Pool GmbH & Co. KG (VASA) und neu.sw vom 8. Juli 1998 hat neu.sw zum 31. Dezember 2011, zum 31. Dezember 2012, zum 31. Dezember 2013 und zum 31. Dezember 2014 die Möglichkeit, die betroffenen Anlagen von VASA zu erwerben. Darüber hinaus hat VASA zum 31. Dezember 2014 das Recht, neu.sw die Anlagen anzudienen. Die Kaufpreise zu den Terminen sind vertraglich fixiert. Nach einer aktuellen Analyse der vertraglichen Regelungen ist jedoch festzustellen, dass teilweise Regelungslücken bzw. Auslegungsfragen bestehen. Die Geschäftsführung hat sich für das Jahr 2010 die Aufgabe gestellt, diese offenen bzw. unklaren Punkte gemeinsam mit VASA zu klären um

165

so die Voraussetzung für einen reibungslosen Erwerb zu schaffen. Parallel dazu erarbeitet die Gesellschaft einen Entscheidungsvorschlag zur Finanzierung des Kraftwerkskaufes. Um die zum Erwerb erforderlichen Eigenmittel im Erwerbszeitpunkt aufbringen zu können, ist durch die Gesellschaft in den kommenden Jahren eine entsprechende Vorsorge, möglichst durch die Thesaurierung der erforderlichen liquiden Mittel, zu treffen.

Auch zukünftig werden Investitionen in technische Anlagen, die zur kontinuierlichen Netz- und Versorgungssicherheit beitragen, entsprechend ihrer Notwendigkeit erfolgen. Zum derzeitigen Zeitpunkt ist jedoch davon auszugehen, dass das Gesamtinvestitionsvolumen in den nächsten Jahren eher rückläufig sein wird.

Die Finanzierung dieser Investitionen sowie des laufenden operativen Betriebes wird, wie bisher, durch entsprechende Investitionszuschüsse sowie den Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit der Gesellschaft erfolgen. Soweit zusätzliche Investitionsmittel erforderlich sein sollten, werden diese durch entsprechende Fremdfinanzierungen sicherzustellen sein.

Zur Sicherung einer stabilen Ertragslage, gerade vor dem Hintergrund der sich weiterhin verändernden Rahmenbedingungen, ist es unbedingt erforderlich, an dem strengen Kostenmanagement der letzten Jahre festzuhalten. Auch ist die Produktivität sowie hieraus resultierend die Effizienz der einzelnen Leistungsbereiche in der Gesamtwertschöpfung permanent kritisch im Zuge des Controllings zu beobachten und Abweichungen dezidiert aufzuzeigen.

Eine messbare Aussage über den Erfolg dieser Maßnahmen liefert neben der Aufwandsquote auch die Entwicklung der einzelnen Kostenarten, wie z. B. Personalaufwand bzw. der sonstige betriebliche Aufwand im Hinblick auf die Werte der Wirtschaftsplanung bzw. gegenüber den Vorjahreswerten.

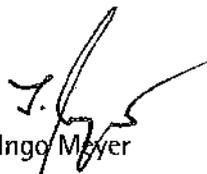
Aufgrund der vorgenannten Maßnahmen wird eingeschätzt, dass 2010 mit einem positiven Betriebsergebnis abgeschlossen werden kann. Die erwartete Entwicklung ist anhand verschiedener Leistungskennziffern zu bewerten und der Unternehmenserfolg darüber zu steuern. Diese sind neben der Entwicklung des Gesamtergebnisses u. a. die Entwicklung der Rohmarge pro Medium, des Ergebnisses vor Abschreibungen, Zinsen und Steuern (EBITDA) und des Ergebnisses vor Zinsen und Steuern (EBIT).

Diese Einschätzungen wurden auf Basis der uns zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Informationen vorgenommen. Sollten die zugrunde gelegten Annahmen nicht eintreffen oder weitere Risiken eintreten, so werden die tatsächlichen Ergebnisse abweichen.

Neubrandenburg, den 31. März 2010



Holger Hanson
Geschäftsführer



Ingo Meyer
Geschäftsführer

167

Neubrandenburger Stadtwerke GmbH, Neubrandenburg

Bilanz zum 31. Dezember 2009

Passiva

	31.12.2009		31.12.2008	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital		35.790.500,00		35.790.500,00
II. Kapitalrücklage		42.104.529,19		42.104.529,19
III. Verlustvortrag		10.777.210,08		12.586.638,65
IV. Jahresüberschuss		<u>9.890.026,40</u>		<u>1.809.428,57</u>
		<u>77.007.845,51</u>		<u>87.117.819,11</u>
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen		<u>36.816.869,52</u>		<u>38.324.556,81</u>
C. Sonderposten für unentgeltlich zugeteilte Emissionsberechtigungen		<u>162.095,00</u>		<u>18.970,00</u>
D. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Pensionen	2.159.293,00		1.918.282,00	
2. Steuerrückstellungen	2.428.772,13		1.542.420,07	
3. Sonstige Rückstellungen	<u>7.689.210,07</u>	<u>12.277.275,20</u>	<u>9.718.967,56</u>	<u>13.179.669,63</u>
E. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	40.597.846,00		42.876.609,49	
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.307.449,76		22.836.587,17	
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	665.029,43		800.187,48	
4. Sonstige Verbindlichkeiten --davon aus Steuern TEUR 456 (i.V), TEUR 361)--	<u>10.633.563,72</u>	<u>59.203.888,91</u>	<u>5.675.738,16</u>	<u>72.189.122,30</u>
F. Rechnungsabgrenzungsposten		<u>435.370,10</u>		<u>443.192,72</u>
		<u>185.903.344,34</u>		<u>191.273.330,57</u>

169

J. Jansen

Z. G. S.

Neubrandenburger Stadtwerke GmbH, Neubrandenburg

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009

	2009		2008	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		134.876.847,54		144.664.065,06
2. Andere aktivierte Eigenleistungen		431.582,29		629.474,78
3. Sonstige betriebliche Erträge		7.638.592,05		8.285.473,34
4. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	89.160.472,24		108.359.966,87	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	8.378.838,42		9.082.678,60	
c) Abwasserabgabe	<u>25.198,74</u>	97.564.509,40	<u>201.261,74</u>	117.643.907,21
5. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	10.731.251,58		10.344.909,32	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung --davon für Altersversorgung TEUR 31 (i. Vj. TEUR 31)--	<u>2.281.039,87</u>	13.012.291,45	<u>2.096.626,84</u>	12.441.536,16
6. Abschreibungen				
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	7.638.933,65		7.934.480,63	
b) des Sonderverlustkontos aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG	<u>799,21</u>	7.639.732,86	<u>6.263,99</u>	7.940.744,62
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		11.218.929,14		12.420.630,81
8. Erträge aus Beteiligungen		5.000,00		5.000,00
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens --davon aus verbundenen Unternehmen TEUR 67 (i. Vj. TEUR 95)--		441.104,88		514.909,09
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge --davon aus verbundenen Unternehmen TEUR 700 (i. Vj. TEUR 643)--		948.178,15		1.075.242,15
11. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		0,00		58.342,94
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen --davon an verbundene Unternehmen TEUR 25 (i. Vj. TEUR 21)--		<u>3.391.385,21</u>		<u>2.511.240,32</u>
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor Erträgen und Aufwendungen aus Ergebnisabführungsverträgen		11.514.456,85		2.157.762,35
14. Erträge aus Gewinnübernahme		1.316.696,48		869.493,78
15. Aufwendungen aus Verlustübernahme		<u>625.978,86</u>		<u>979.340,72</u>
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		12.205.174,47		2.047.915,41
17. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		2.201.067,06		122.611,50
18. Sonstige Steuern		<u>114.081,01</u>		<u>115.875,34</u>
19. Jahresüberschuss		<u>9.890.026,40</u>		<u>1.809.428,57</u>

Dauson

S. / S

170

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der

Neubrandenburger Stadtwerke GmbH, Neubrandenburg,

für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Nach § 10 Abs. 4 EnWG umfasste die Prüfung auch die Einhaltung der Pflichten zur Entflechtung in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags sowie die Einhaltung der Pflichten nach § 10 Abs. 3 EnWG liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die interne Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Pflichten nach § 10 Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt sind. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht sowie in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter, die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG

sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Entflechtung in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG hat zu keinen Einwendungen geführt.

Schwerin, den 25. Mai 2010



WIKOM Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


Eysert
Wirtschaftsprüfer


Bottner
Wirtschaftsprüfer

112

Neubrandenburger Verkehrsbetriebe GmbH

Neubrandenburger Verkehrsbetriebe GmbH, Neubrandenburg

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Entwicklung von Branche und gesamtwirtschaftliche Situation

Nach dem durch die Finanzkrise ausgelösten schwersten Konjunkturerinbruch der Nachkriegszeit befindet sich die Weltwirtschaft seit der Mitte des Jahres 2009 in einer leichten Erholungsphase. Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise zeigten sich dabei seit Mitte des Jahres 2008 in der gesamten Realwirtschaft. Dort wirkten sich vor allem deutliche Nachfragerückgänge dämpfend aus.

Infolge des Konjunkturerinbruchs sank das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Eurozone im Jahr 2009 um 4,2 %, nachdem schon 2008 eine deutliche Abschwächung des Wachstums (+ 0,8 % im Vergleich zu 2007) zu verzeichnen gewesen war. Aufgrund der stark exportorientierten Ausrichtung der Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland sank das BIP hier noch stärker, nämlich um 5,0 %, nachdem das Wachstum 2008 noch 1,3 % betragen hatte. Die Verbraucherpreise stiegen in Deutschland im Jahr 2009 geringfügig um durchschnittlich 0,4 % an.

Mit dem Inkrafttreten der EU-Verordnung 1370 am 3. Dezember 2009 gilt diese unmittelbar in allen Mitgliedsstaaten. Wegen des Anwendungsvorranges höherrangigen Rechts wird das nationale Recht verdrängt, soweit es der Verordnung widerspricht. Nachdem das Personenbeförderungsgesetz (PBefG) in Deutschland nicht rechtzeitig vor dem Inkrafttreten der EU-Verordnung 1370 angepasst wurde, sind nun von Seiten des Gesetzgebers diese nationalen Vorschriften entsprechend zu überarbeiten, wobei die anhaltenden Kontroversen auf Bundesebene die erforderliche Änderung des PBefG bisher verhinderten. Auch der im April 2009 durch die Verkehrsministerkonferenz beauftragte Arbeitskreis „Öffentlicher Personennahverkehr“ konnte die Rechtsunsicherheit für die Verkehrsunternehmen, die Aufgabenträger des ÖPNV und die Genehmigungsbehörden nicht beseitigen. Um diesen Konflikt beizulegen, haben der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) und der Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer e. V. (bdo) ein gemeinsames Eckpunktepapier als Konsens innerhalb der Branche vorgelegt und damit praxistaugliche Lösungsvorschläge unterbreitet.

Zum Gegenstand der Gesellschaft gehört die Durchführung von Linienverkehren des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), von Sonderverkehren sowie sonstigen Personentransportleistungen, von Schienener-

173

satzverkehr und Gütertransporten, von Fahrgastschiffahrten auf Binnengewässern sowie Serviceleistungen im Zusammenhang mit Personen- und Gütertransporten und von Werbung. Zu den Aufgaben der Gesellschaft gehört die Erledigung aller mit dem Gegenstand des Unternehmens unmittelbar und mittelbar zusammenhängenden und seinen Belangen dienenden Geschäfte. Die Gesellschaft kann zur Erfüllung dieser Aufgaben andere Unternehmen gründen, erwerben oder sich an solchen Unternehmen beteiligen.

Die Stadt Neubrandenburg als Aufgabenträger und die NVB als Erbringer der Leistung des ÖPNV haben den Weg der Direktvergabe gewählt, bei der die Finanzierung des eigenwirtschaftlichen Verkehrs über den Querverbund mit der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH (nachfolgend „neu.sw“ genannt) erfolgt. Voraussetzung für eine Direktvergabe ist die Einhaltung der 4 Kriterien, welche der EuGH in seinem so genannten „Altmark-Trans“-Urteil aufgestellt hat. Die NVB hat sich frühzeitig darauf ausgerichtet, diese Kriterien zu erfüllen und dabei insbesondere den Anforderungen an ein durchschnittliches, gut geführtes Unternehmen (Kostenmaßstab) zu entsprechen.

Vor dem Hintergrund einer weiter rückläufigen Bevölkerungsentwicklung im Bedienungsgebiet und einer gleichzeitigen Erhöhung des Altersdurchschnitts ergeben sich mittel- bis langfristig zum Teil deutlich veränderte Anforderungen an die Anbieter von ÖPNV-Leistungen. Das bedeutet auch für die Gesellschaft, neue Systeme von bedarfsgerechten, aber auch finanziell tragbaren Bedienungsangeboten konzeptionell zu entwickeln.

Auf der Suche nach geeigneten Mitteln zur Erreichung einer verbesserten Kostendeckung gerät der Fahrgast verstärkt ins Blickfeld, denn die Nutzerfinanzierung des ÖPNV wird voraussichtlich an Bedeutung gewinnen. Eine wesentliche Zielsetzung für ÖPNV-Unternehmen muss es daher sein, die Wirtschaftlichkeit der Verkehrsleistungen zu erhöhen und gleichzeitig die Attraktivität und Qualität des Angebotes beizubehalten.

2. Umsatz- und Auftragsentwicklung

Der Kundenstamm bzw. das Bedienegebiet der Gesellschaft erstreckt sich räumlich weiterhin auf das Gebiet der Stadt Neubrandenburg und der Gemeinde Trollenhagen. Das Kundenpotenzial konzentriert sich im Wesentlichen auf den Schüler- und Berufsverkehr, wobei jedoch eine Beförderungspflicht für alle Bevölkerungsgruppen besteht. Das Oberzentrum Neubrandenburg wird auch durch andere Verkehrsunternehmen, insbesondere im Rahmen des Schüler- und Berufspendlerverkehrs, angefahren.

Im Jahr 2009 wurden insgesamt 4.012 Tsd. Fahrgäste befördert, was einem Rückgang von 0,7 % im Vergleich zum Vorjahr (4.040 Tsd. Fahrgäste) entspricht. Gleichzeitig wurde die Linienverkehrsleistung nach § 42 PBefG durch die weitere Optimierung der Linien- und Umlaufgestaltung zum Vorjahr um rund 17,4 Tkm (- 1,2 %) reduziert. Die Gesamtkilometerleistung ist im Vergleich zum Vorjahr um 15,9 Tkm bzw. 1,1 % gesunken.

Mit 11 Linien bediente die NVB im Jahr 2009 ein Streckennetz von 211 km mit insgesamt 203 Haltestellen. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich damit die Anzahl der bedienten Haltestellen um vier.

Die nachfolgende Tabelle stellt die in 2009 von der Gesellschaft erbrachten Beförderungsleistungen im Vergleich dar:

Linienverkehr	2009	2008	Veränderung
Anzahl Personenbeförderung in Tsd.	4.012	4.041	- 29
Personenkilometer in Tsd.	22.867	23.032	- 165
Wagenkilometer in Tsd.	1.427	1.444	- 17
Anzahl Linienbusse	31	33	- 2
Streckennetz in km	211,3	207,9	3,4
Anzahl Linien	11	11	0
Haltepunkte/Haltestellen	203	199	4

125

Die übrigen Verkehrsleistungen bewegen sich in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Der Auftrag für den freigestellten Schülerverkehr wurde der NVB durch die Stadt Neubrandenburg auch 2009 wieder erteilt.

übrige Verkehrsleistung	2009 (Wagen-km)	2008 (Wagen-km)	Veränderung (Wagen-km)
Freigestellter Schülerverkehr (Schwimmer)	6.277	6.317	- 40
Gelegenheitsverkehr	20.240	21.139	- 899
Schienerersatzverkehr	0	92	- 92
Betriebsfahrten	10.258	14.608	- 4.350
Sonstige gesamt	36.775	42.156	- 5.381

Auch der Betrieb des Linienschiffs auf dem Tollensesee wurde im Berichtsjahr fortgesetzt. An insgesamt 145 Einsatztagen (Vj. 131) wurden 8.126 Fahrgäste im Linienbetrieb befördert (Vj. 8.863). Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr resultiert aus der deutlich schlechteren Witterung im Berichtsjahr.

Mittels Trennungsrechnung hat die Gesellschaft auch für das Geschäftsjahr 2009 nachgewiesen, dass die gutachterlich ermittelte Kostengrenze für die Linienverkehrsleistungen nach § 42 PBefG nicht überschritten wurde.

3. Investitionen

Die Investitionen des Berichtsjahres (TEUR 992) betrafen im Wesentlichen die Anschaffung von drei Standardlinienbussen (TEUR 946).

4. Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben

Die Finanzierung der in 2009 vorgenommenen Investitionen erfolgte zu großen Teilen durch Kreditaufnahmen (TEUR 563) und Investitionszuschüsse (TEUR 383) sowie, im Zuge des konzernübergreifenden Cash-Poolings, aus den liquiden Mitteln des Konzerns neu.sw.

176

5. Personal- und Sozialbereich

Das Unternehmen beschäftigte ohne Geschäftsführer im Jahresdurchschnitt 77 Mitarbeiter (Vj. 80) und ist in die Management- und Personalstrukturen der Muttergesellschaft eingegliedert.

Ab dem 1. April 2009 trat ein neuer Manteltarifvertrag für die NVB in Kraft. Ebenfalls mit Wirkung ab dem 1. April 2009 gilt für die Beschäftigten der NVB ein neuer Entgelttarifvertrag. Beide Verträge wurden erstmals unabhängig von den entsprechenden Tarifverträgen der Konzernobergesellschaft und der Schwestergesellschaften geschlossen. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die Gesellschaft durch die Rechtsprechung des EuGH und dem daraus resultierenden Betrauungsbeschluss besonderen Maßstäben hinsichtlich der beihilfeunschädlichen ausgleichsfähigen Kosten (Kostenmaßstab eines durchschnittlichen, gut geführten Unternehmens) gerecht werden muss. Im September 2009 wurde der Entgelttarifvertrag zum 31. Dezember 2009 gekündigt. Erste Verhandlungen zu einem neuen Entgelttarifvertrag fanden im Dezember 2009 statt; eine Einigung wurde dabei noch nicht erzielt.

Neben den tariflich festgelegten Grundvergütungen wurden an die Mitarbeiter der Gesellschaft Zulagen und Zuschläge für Rufbereitschaftsdienste, Schichtprämien und Zeitzuschläge, Urlaubs- und Weihnachtsgeld gezahlt.

Für die Auszubildenden der neu.sw und der organschaftlich verbundenen Unternehmen bildet der in 2003 zwischen den Tarifparteien abgeschlossene Manteltarifvertrag für Auszubildende mit Wirkung zum 1. Juli 2003 die Grundlage. Mit Wirkung zum 1. März 2009 wurde ein neuer Ausbildungsvergütungstarifvertrag verabschiedet.

6. Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Die Gesellschaft hat zum Ende des Jahres 2009 den Verkauf von Flüssiggas und Erdgas eingestellt. Die Tankstellen wurden an eine private Tankstellengesellschaft verkauft. Dabei wurde darauf hingewirkt, dass der neue Betreiber das Angebot zur Betankung von Flüssiggas und Erdgas in Neubrandenburg aufrecht erhält.

177

B. Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist hauptsächlich durch das Anlagevermögen und dessen Finanzierung durch Eigenkapital, Investitionszuschüsse und Darlehensaufnahmen geprägt und stellte sich per 31. Dezember 2009 wie folgt dar:

(alle Angaben in TEUR)	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
Bilanzsumme	7.661	7.955	- 294
Anlagevermögen	6.402	6.880	- 478
Forderungen gegen Gesellschafter	665	800	- 135
Übrige Aktiva	594	275	319
Eigenkapital	2.461	2.461	0
Investitionszuschüsse	2.330	2.582	- 252
Verbindlichkeiten Kreditinstitute	2.410	2.366	44
Kurzfristige Fremdmittel	460	546	- 86

Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt 83,5 % (Vj. 86,5 %). Das Anlagevermögen ist zu 38,5 % durch Eigenkapital gedeckt (Vj. 35,8 %). Unter Berücksichtigung der empfangenen Investitionszuschüsse und der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ergibt sich ein Deckungsgrad von 112,5 % durch langfristig verfügbare Mittel (Vj. 107,7 %).

Das Eigenkapital der Gesellschaft blieb durch die Verlustübernahme der Muttergesellschaft auf Vorjahresniveau, die Eigenkapitalquote an der Bilanzsumme beträgt 32,1 % (Vj. 30,9 %). Es ist weiterhin von einer stabilen Vermögenslage auszugehen.

2. Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist, bedingt durch das zentrale Cashmanagement des Konzerns neu.sw und die damit verbundene Konsolidierung der konzernweiten liquiden Mittel, geordnet. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr jederzeit gegeben.

Anzumerken bleibt jedoch, dass aus der laufenden Geschäftstätigkeit insgesamt ein negativer Cashflow resultiert, wenn man die bereits vereinnahmten Investitionszuschüsse für die Busbeschaffung 2009 in Anrechnung bringt. Die Gesellschaft ist somit auf den Verlustausgleich durch die Muttergesellschaft angewiesen, um ihren Finanzbedarf zu decken. Die sich aus den Zahlungsströmen mit der neu.sw ergebende Zinsverrechnung erfolgt auf Basis einer vertraglich geregelten Kontokorrentverzinsung.

3. Ertragslage

Die Ertragslage stellt sich im Berichtsjahr wie folgt dar:

(alle Angaben in TEUR)	2009	2008	Veränderung
Betriebliche Erträge	5.485	5.444	41
Betriebliche Aufwendungen	- 4.944	- 5.179	235
Betriebsergebnis vor AFA (EBITDA)	541	265	276
Abschreibungen	- 1.039	- 1.058	19
Finanzergebnis	- 122	- 134	12
Steuern	- 6	- 8	2
Gesamtergebnis	- 626	- 935	309

6tV

Die betrieblichen Erträge liegen insgesamt um TEUR 41 über denen des Vorjahres.

Die betrieblichen Aufwendungen sanken um TEUR 235, was im Wesentlichen auf die gegenüber dem Vorjahr um rund TEUR 251 gesunkenen Treibstoffkosten zurückzuführen ist.

Insgesamt ergeben sich ohne Berücksichtigung des Finanzergebnisses und ohne die Zuwendungen gemäß Finanzausgleichsgesetz Erträge von TEUR 4.869 (Vj. TEUR 4.842), denen Aufwendungen in Höhe von TEUR 5.989 (Vj. TEUR 6.245) gegenüberstehen. Der Aufwandsdeckungsgrad verbesserte sich somit um 3,8 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr auf 81,3 % (Vj. 77,5 %).

Im Ergebnis erzielte die Gesellschaft im Berichtsjahr einen Verlust in Höhe von TEUR 626. Dieser wurde durch die Muttergesellschaft neu.sw im Zuge des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages voll ausgeglichen.

C. Hinweise auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

1. Risikomanagementziele und –methoden sowie wesentliche Chancen und Risiken

Im Zuge ihrer geschäftlichen Aktivitäten ist die Gesellschaft einer Reihe von Risiken ausgesetzt. Diese sind untrennbar mit ihrem unternehmerischen Handeln verbunden. Im Konzern neu.sw wird daher ein konzernweites Risikomanagement betrieben, in das auch die Gesellschaft einbezogen ist. Dieses hat sich insbesondere vor dem Hintergrund der Krise des globalen Finanz- und Wirtschaftssystems ab 2008 als elementar für Geschäftsprozesse und Unternehmensentscheidungen der Gesellschaft erwiesen.

Um im Spannungsfeld zwischen Gewinnchance und Verlustrisiko dauerhaft erfolgreich zu sein, werden neben den üblichen Maßnahmen zur Risikofrüherkennung durch die einzelnen Unternehmensbereiche die identifizierten Risiken erfasst, nach Eintrittswahrscheinlichkeit sowie potentieller Schadenshöhe bewertet und an das Zentrale Risikomanagement gemeldet. Hier werden die daraus resultierenden Ergebnisse auf Bereichs-, Unternehmens- und Konzernbasis zusammengeführt und hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das betriebliche Ergebnis bewertet. Durch das Zentrale Risikomanagement wird eine konzerneinheitliche Analyse der bestehenden Risikosituation vorgenommen, auf deren Basis für die Unternehmensbereiche konkrete Risikosteuerungsmaßnahmen abgeleitet und dementsprechend realisiert werden.

Die monatliche Risikoberichterstattung ist vollständig in den Controlling- und Planungsprozess integriert. Die zuständigen Leiter der Unternehmenseinheiten und die Geschäftsführung werden regelmäßig über die Risikosituation unterrichtet. Die Effizienz und die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems werden durch das interne Kontrollsystem und die interne Revision überwacht. Ebenso erfolgt jährlich durch das Zentrale Risikomanagement eine Überprüfung und Aktualisierung der identifizierten Risiken. Darüber hinaus werden die definierten Risikobereiche auf bisher nicht erfasste oder neue Risiken überprüft. Parallel erfolgen regelmäßig Marktbeobachtungen. Außerdem werden risikorelevante Informationen des Unternehmensfeldes beobachtet, aufgenommen und analysiert. Durch die ständige Aktualisierung der risikorelevanten Informationen und methodischen Grundsätze werden eine Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems und die Verbesserung seiner Aussagefähigkeit gewährleistet. In Kombination mit der kontinuierlichen Realisierung vorbeugender Risikobegegnungsmaßnahmen ist der Konzern in der Lage, das Risikopotenzial vollständig aus dem primären Risikodeckungskapital aufzufangen. Daher hat er Möglichkeiten, zusätzliche Risiken einzugehen und/oder risikoreiche Aktivitäten zu planen.

Aus dem 2009 anhaltenden Einbruch des Wirtschaftswachstums im Zusammenhang mit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ergeben sich aufgrund der überwiegenden Leistungsbereitstellung für Bürger bran-

chenbedingt keine neuen Risiken für die Gesellschaft. Mögliche konjunkturbedingte Auswirkungen, die zu Umsatzverminderungen, Adressausfall- und Liquiditätsrisiken führen können, sind im Risikomanagement bereits berücksichtigt. Von daher erfolgt vor allem eine verstärkte Beobachtung bestehender Risiken. Diese Beobachtung wird regelmäßig durchgeführt.

Chancen betrachtet und bewertet die Gesellschaft im Zuge der turnusmäßigen Planung.

Die bedeutendsten Risiken und Chancen der Gesellschaft treten in folgenden Beobachtungsbereichen auf:

Unternehmensrisiko: Den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Risiken bestehen nicht und sind derzeit nicht erkennbar.

Risiken im Marktumfeld: Risiken stellen sich insbesondere durch die Liberalisierung des Marktes, der steigenden Kraftstoffpreise und der sich ändernden Bevölkerungszahl und -struktur dar. Das kann sich sowohl positiv als auch negativ auf Umsatz und Unternehmenserfolg auswirken. Durch Berücksichtigung dieser Entwicklungen in der Planung wird den Risiken begegnet.

Darüber hinaus besteht ein Risiko in unentdeckt gebliebenen Schwarzfahrern, durch die Umsatzeinbußen verursacht werden. Diesen begegnet die Gesellschaft mit verstärkten Kontrollen, Erhebung erhöhter Beförderungsentgelte von entdeckten Schwarzfahrern und Planung der Umsatzerlöse ausgehend vom Umsatz der zahlenden Fahrgäste.

Chancen sieht die Gesellschaft vor allem in einem steigenden Umweltbewusstsein der Bürger und dem Wandel der Bevölkerungsstruktur sowie einer damit einhergehenden verstärkten Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Des Weiteren besteht eine Chance in der durch die Stadt Neubrandenburg auf der Grundlage des europäischen Rechtsrahmens erteilten Betrauung und Liniengenehmigung. Hierdurch besteht für die Gesellschaft langfristig eine hohe Planungssicherheit.

Finanzwirtschaftliche Risiken: Ein potenzielles Risiko besteht in einer Fördermittelrückführung. Die Fördermittel wurden für den Bau des Betriebshofes und der Werkstatt gewährt. Dem Risiko wird durch Abstimmung der Handlungen mit anderen Betroffenen und ständigem Dialog mit dem Wirtschaftsministerium entgegengewirkt.

2. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

3. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Es steht zu erwarten, dass die Erlössituation von weiterhin sinkenden Zuschüssen der öffentlichen Hand gerade im Bereich der Schüler- und Schwerbehindertenbeförderung geprägt wird. Zwar wird auf Verbandsebene ein aktiver Dialog mit der Politik geführt, aber aufgrund der Finanzlage der öffentlichen Haushalte ist hier auch mittelfristig nicht mit einer Entspannung zu rechnen. Insofern ist auch zukünftig ein intensives Kostenmanagement notwendig, um die zu erwartenden Erlösreduzierungen zu kompensieren. Dies ist insbesondere deshalb erforderlich, um auch zukünftig dem Kostenmaßstab eines durchschnittlichen, gut geführten Unternehmens gerecht zu werden und somit die Voraussetzung für die Direktvergabe von Linienverkehren durch die Stadt Neubrandenburg an die NVB zu erfüllen.

Die Investitionstätigkeit wird sich in der Zukunft, wie in den Vorjahren, auf die Beschaffung neuer Busse konzentrieren. Dabei wird das Ziel verfolgt, die gesamte Busflotte der Gesellschaft standardisiert und typenrein zu halten, was, gerade hinsichtlich der Instandhaltungsaufwendungen, zu deutlichen Entlastungen führt. Die Finanzierung dieser Investitionen wird, wie bisher, durch Investitionszuschüsse bzw. Fremdkapitalaufnahmen erfolgen.

Insgesamt wird eingeschätzt, dass sich die Ertragslage der Gesellschaft relativ konstant entwickeln wird, wobei auch mittelfristig keine positiven Ergebnisse zu erwarten sind. Die Gesellschaft wird also auch weiterhin auf die Verlustübernahmen durch die Muttergesellschaft, neu.sw, angewiesen sein. Diese erwartete Entwicklung ist anhand verschiedener Leistungskennziffern zu bewerten und der Unternehmenserfolg darüber zu steuern. Diese sind neben der Entwicklung des Gesamtergebnisses u. a. die Kosten je Fahrplankilometer, die Entwicklung des Ergebnisses vor Abschreibungen, Zinsen und Steuern (EBITDA) und des Ergebnisses vor Zinsen und Steuern (EBIT).

Diese Einschätzungen wurden auf Basis der uns zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Informationen vorgenommen. Sollten die zugrunde gelegten Annahmen nicht eintreffen oder weitere Risiken eintreten, so werden die tatsächlichen Ergebnisse abweichen.

Neubrandenburg, den 31. März 2010



Holger Hanson
Geschäftsführer



Jürgen Schoberth
Geschäftsführer

Neubrandenburger Verkehrsbetriebe GmbH, Neubrandenburg

Bilanz zum 31. Dezember 2009

Aktiva

	<u>31.12.2009</u>	<u>31.12.2008</u>
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.687.867,36	1.849.385,36
2. Fuhrpark für den Personennahverkehr	4.502.003,00	4.656.919,00
3. Technische Anlagen und Maschinen, die nicht zur Nr. 2 gehören	40.340,00	171.973,00
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	137.667,00	165.713,00
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	2.469,00
	<u>6.367.877,36</u>	<u>6.846.459,38</u>
II. Finanzanlagen		
Beteiligungen	33.743,87	33.743,87
	<u>6.401.621,23</u>	<u>6.880.203,25</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	91.855,01	92.733,12
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	58.086,64	82.617,97
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	665.029,43	800.187,48
3. Sonstige Vermögensgegenstände	295.862,76	57.397,43
	<u>1.018.978,83</u>	<u>940.202,88</u>
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	146.779,05	39.761,39
	<u>1.257.612,89</u>	<u>1.072.697,39</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.759,27	1.708,14
	<u>7.660.993,39</u>	<u>7.954.608,78</u>

184

[Handwritten signatures]

Neubrandenburger Verkehrsbetriebe GmbH, Neubrandenburg

Bilanz zum 31. Dezember 2009

Passiva

	31.12.2009	31.12.2008
	EUR	EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	260.000,00	260.000,00
II. Kapitalrücklage	2.131.917,89	2.131.917,89
III. Gewinnvortrag	69.511,07	69.511,07
	<u>2.461.428,96</u>	<u>2.461.428,96</u>
B. Sonderposten für Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen		
1. Sonderposten für Zuschüsse Busförderung	1.915.121,27	2.015.210,87
2. Sonderposten für Investitionszuschüsse	385.927,68	514.570,09
3. Sonderposten für Zuschüsse ÖPNV	29.005,32	52.321,82
	<u>2.330.054,17</u>	<u>2.582.102,78</u>
C. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	133.725,28	142.615,89
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.410.474,18	2.365.753,12
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	163.039,15	131.019,33
3. Sonstige Verbindlichkeiten		
--davon aus Steuern TEUR 43 (i. Vj. TEUR 35)--	42.985,16	136.302,38
	<u>2.616.498,49</u>	<u>2.633.074,83</u>
E. Rechnungsabgrenzungsposten	119.286,49	135.386,32
	<u>7.660.993,39</u>	<u>7.954.608,78</u>

185

Neubrandenburger Verkehrsbetriebe GmbH, Neubrandenburg

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009**

	2009	2008
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	3.887.147,49	4.034.450,27
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.597.555,18	1.409.221,19
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	855.605,44	1.093.296,99
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	147.015,12	140.266,62
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	2.482.774,43	2.534.351,14
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung -- davon für Altersversorgung TEUR 2 (i. Vj. TEUR 2)--	481.819,62	479.012,08
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.038.769,93	1.058.272,43
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	976.381,50	931.217,88
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge --davon aus verbundenen Unternehmen TEUR 7 (i. Vj. TEUR 4)--	8.300,55	5.576,42
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen --davon an verbundene Unternehmen TEUR 28 (i. Vj. TEUR 36)--	130.318,67	139.586,69
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-619.681,49	-926.755,95
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	2.085,00
11. Sonstige Steuern	6.297,37	6.192,37
12. Erträge aus Verlustübernahme	625.978,86	935.033,32
13. Jahresüberschuss	0,00	0,00

186

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der

Neubrandenburger Verkehrsbetriebe GmbH, Neubrandenburg,

für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein

187

den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Schwerin, den 25. Mai 2010



WIKOM Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


Eysert
Wirtschaftsprüfer


Bottner
Wirtschaftsprüfer

Neubrandenburger Krematoriumsgesellschaft mbH

Neubrandenburger Krematoriumsgesellschaft mbH, Neubrandenburg

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Entwicklung von Branche und gesamtwirtschaftliche Situation

Nach dem durch die Finanzkrise ausgelösten schwersten Konjunkturunbruch der Nachkriegszeit befindet sich die Weltwirtschaft seit der Mitte des Jahres 2009 in einer leichten Erholungsphase. Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise zeigten sich dabei seit Mitte des Jahres 2008 in der gesamten Realwirtschaft. Dort wirkten sich vor allem deutliche Nachfragerückgänge dämpfend aus.

Infolge des Konjunkturunbruchs sank das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Eurozone im Jahr 2009 um 4,2 %, nachdem schon 2008 eine deutliche Abschwächung des Wachstums (+ 0,8 % im Vergleich zu 2007) zu verzeichnen gewesen war. Aufgrund der stark exportorientierten Ausrichtung der Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland sank das BIP hier noch stärker, nämlich um 5,0 %, nachdem das Wachstum 2008 noch 1,3 % betragen hatte. Die Verbraucherpreise stiegen in Deutschland im Jahr 2009 geringfügig um durchschnittlich 0,4 % an.

Auf die Geschäftsentwicklung von Krematorien im Allgemeinen und der Gesellschaft hat die konjunkturelle Entwicklung grundsätzlich nur insofern Einfluss, als das bei Bestattungen tendenziell eher auf die kostengünstige Variante der Einäscherung zurückgegriffen wird.

Tod, Bestattung und Trauer stellen einen Themenkomplex dar, der in den letzten Jahren an öffentlicher Aufmerksamkeit gewonnen hat. Jene funktionelle Routine, die den Tod jahrzehntelang prägte, ist, gepaart mit grundlegenden gesellschaftlichen Wandlungsprozessen und der wachsenden Auflösung fester sozialer Bindungen, immer stärker aufgebrochen. Diese Veränderungen berühren auch den Umgang mit dem Tod. Dabei treten ganz unterschiedliche, teilweise widersprüchliche Entwicklungen hervor. Einerseits ist eine zunehmende Zahl anonymer Bestattungen zu verzeichnen, andererseits tauchen ganz neue Formen, wie z. B. die Kreuze am Straßenrand oder digitale Gedenkseiten im Internet, auf.

Allgemein ist eine zunehmende „Entritualisierung“, also ein Nachlassen der gemeinschaftsbezogenen Riten anlässlich des Todes, welche verbunden ist mit einer Individualisierung und Privatisierung von Trauerbehandlungen sowie einer immer stärker festzustellenden Abkehr vom Friedhof bzw. der Erdbestattung, festzustellen. Gerade die Zahl der Feuerbestattungen in Europa und auch in Deutschland steigt

stetig an. Mittlerweile stellt die Erdbestattung nicht mehr die häufigste Form der Bestattung dar. Im gesamtdeutschen Durchschnitt liegt der Anteil der Feuerbestattungen mittlerweile bei 50 %, in den nördlichen und östlichen Bundesländern inzwischen sogar deutlich darüber.

Neben religiösen, ideologischen oder ästhetischen Überlegungen werden auch die Kosten der Bestattung immer häufiger bei der Wahl der Bestattungsform berücksichtigt. Da eine Erdbestattung im Vergleich deutlich kostenintensiver ist, wird durch die Hinterbliebenen immer öfter eine Feuerbestattung präferiert. Hierbei sind, gerade vor dem Hintergrund des v. g. gesellschaftlichen Wandels sowie auch der Kürzungen der staatlichen sozialen Unterstützungen, die finanziellen Mittel deutlich eingeschränkt. Daher müssen die Gemeinden für eine stetig steigende Anzahl von Menschen die Kosten einer Sozialbestattung tragen, während die Bestatter sich immer öfter finanziell überforderten Angehörigen gegenübersehen, die stärker als früher auf den Preis achten.

2. Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die Neubrandenburger Krematoriumsgesellschaft mbH versteht sich als Dienstleistungsunternehmen, welches sein Leistungsangebot strikt am Bedarf der Kunden orientiert. Der Kundenstamm der Gesellschaft besteht dabei im Wesentlichen aus Bestattungshäusern, mit denen sich feste Lieferbeziehungen entwickelt haben.

Der überwiegende Anteil des Gesamtumsatzes wurde im Berichtsjahr durch Einäscherungen und Kühlungen erzielt. Die übrigen Umsätze verteilen sich auf die Nutzung der Feierhalle, den Urnenversand sowie die Nutzung verschiedener Abschiedsnahme- und Urnenübergaberäumlichkeiten.

Insgesamt verringerte sich die Anzahl der Einäscherungen gegenüber dem Vorjahr um 53 Kremationen, was einem Rückgang von 0,8 % entspricht. Dieser Rückgang resultiert im Wesentlichen aus dem Wegfall eines Bestattungsfuhrunternehmens aus Berlin. Einen Anstieg im Vergleich zum Vorjahr verzeichneten demgegenüber die Nutzung der Feierhalle (+ 4,1 %) und die Anzahl der Urnenversendungen (+ 2,1 %).

Eine Ausdehnung der Kundenzielgruppen, z. B. direkt auf den Endkunden, erscheint aus Sicht der Marktsituation nicht sinnvoll, da die Gesellschaft damit dann in einen direkten Wettbewerb zu den einzelnen Bestattungshäusern (und somit zu den Stammkunden der Neubrandenburger Krematoriumsgesellschaft mbH) treten würde.

3. Investitionen und Finanzierungsmaßnahmen

Im abgelaufenen Geschäftsjahr tätigte die Gesellschaft Sachinvestitionen in Höhe von TEUR 7 in Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Finanzinvestitionen bzw. Beteiligungen erfolgten nicht.

4. Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben

Die Finanzierung der geringen Investitionen des Berichtsjahres erfolgte aus dem laufenden Cashflow der Gesellschaft.

5. Personal- und Sozialbereich

Das Unternehmen beschäftigte im Jahresdurchschnitt 7 Mitarbeiter (Vj. 7) und ist in die Management- und Personalstrukturen sowie in die tarifvertraglichen Regelungen der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH (nachfolgend „neu.sw“ genannt) eingegliedert.

Vor dem Hintergrund des gekündigten Manteltarifvertrages und des Vergütungstarifvertrages zum 31. Dezember 2005 wurden Tarifverhandlungen mit den Tarifpartnern fortgeführt und konnten zum Jahresbeginn abgeschlossen werden. Im Ergebnis der Verhandlungen wurde der seit dem Inkrafttreten am 1. Januar 1998 nachwirkende Manteltarifvertrag für Arbeitnehmer der neu.sw und der organisch verbundenen Unternehmen novelliert. Mit Wirkung zum 1. März 2009 traten ein neuer Manteltarifvertrag für Arbeitnehmer im Konzern neu.sw sowie ein neuer Entgelttarifvertrag in Kraft.

Neben den tariflich festgelegten Grundvergütungen wurden an die Mitarbeiter der Gesellschaften Zulagen und Zuschläge für Schichtprämien und Zeitzuschläge, Urlaubs- und Weihnachtsgeld gezahlt. Die ergebnisabhängige Sonderzuwendung auf Grundlage des § 15 Absatz 3 des Manteltarifvertrages für das Geschäftsjahr 2008 wurde 2009 ausgezahlt.

Zur Absicherung von personellen Engpässen im Zusammenhang mit dem Schichtbetrieb wurde im Berichtsjahr auf einen Zeitarbeiter zurückgegriffen.

6. Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Zum 1. Januar 2009 erfolgte eine Preisanpassung für die Leistungen des Krematoriums um durchschnittlich ca. 5 %.

Die neue Ofentechnik erfüllt in Verbindung mit der neuen Abgasbehandlungstechnik sämtliche Anforderungen der 27. Bundesimmissionsschutzverordnung (BImSchV). Neben der gesicherten Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte konnte im Vergleich zur alten Ofentechnik ein deutlich verringerter Erdgaseinsatz erreicht werden.

Mit Gesellschafterbeschluss vom 3. August 2009 wurde neben Herrn Holger Hanson Herr Olf Häusler als zweiter Geschäftsführer der Gesellschaft bestellt. Ebenfalls durch Gesellschafterbeschluss vom 3. August 2009 wurde Herrn Lutz Jungnickel Prokura erteilt. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 17. September 2009.

192

B. Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist hauptsächlich durch das Anlagevermögen und dessen Finanzierung geprägt und stellte sich per 31.12.2009 wie folgt dar:

<u>(alle Angaben in TEUR)</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>31.12.2008</u>	<u>Veränderung</u>
Bilanzsumme	2.662	2.906	- 244
Anlagevermögen	2.633	2.872	- 239
Umlaufvermögen	29	34	- 5
Eigenkapital	360	360	0
Investitionszuschüsse	38	40	- 2
Verbindlichkeiten Gesellschafter	2.176	2.410	- 234
Kurzfristige Fremdmittel	88	96	- 8

Die Eigenkapitalquote an der Bilanzsumme stieg im Vorjahresvergleich von 12,4 % auf 13,5 %. Das Anlagevermögen ist zu 13,7 % durch Eigenkapital gedeckt (Vj. 12,5 %)

Unter Berücksichtigung der Investitionszuschüsse und der Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter ergibt sich ein unveränderter Deckungsgrad der langfristigen Aktiva von 97,8 %. Das Eigenkapital der Gesellschaft blieb durch die Ergebnisabführung an die Muttergesellschaft auf Vorjahresniveau.

Somit ist weiterhin von einer stabilen Vermögenslage auszugehen.

2. Finanzlage

Alle Mittelzu- und -abflüsse der Gesellschaft werden im Zuge des zentralen Cashpoolings über neu.sw abgewickelt. Die sich aus den Zahlungsströmen ergebende Zinsverrechnung erfolgt auf Basis einer vertraglich geregelten Kontokorrentverzinsung.

Die Finanzlage der Gesellschaft ist, bedingt durch das zentrale Cashmanagement des Konzerns neu.sw und die damit verbundene Konsolidierung der konzernweiten liquiden Mittel, geordnet. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr jederzeit gegeben.

193

3. Ertragslage

Die Ertragslage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr weiter verbessert und stellt sich im Berichtsjahr wie folgt dar:

<u>(Angaben in TEUR)</u>	<u>2009</u>	<u>2008</u>	<u>Veränderung</u>
Gesamtleistung	1.202	1.128	74
Betriebliche Aufwendungen	- 725	- 773	48
Betriebsergebnis vor AfA (EBITDA)	477	355	122
Abschreibung	- 246	- 242	- 4
Finanzergebnis	- 141	- 157	16
Steuern	- 11	0	- 11
Gesamtergebnis	79	- 44	123

Die Gesamtleistung stieg gegenüber dem Vorjahr um TEUR 74, während die betrieblichen Aufwendungen nur um TEUR 48 abnahmen. Insgesamt verbessert sich das Betriebsergebnis vor Abschreibungen und Zinsen (EBITDA) im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 122. Das Finanzergebnis verbesserte sich, insbesondere bedingt durch die planmäßige Tilgung der langfristigen Darlehen bei der Konzernobergesellschaft um TEUR 16.

194

Im Saldo generierte die Gesellschaft im Berichtsjahr einen Gewinn von TEUR 79 nach einem Verlust von TEUR 44 im Vorjahr. Das Jahresergebnis wird im Zuge des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages vollständig an die Muttergesellschaft, neu.sw, abgeführt.

C. Angaben zum Risikomanagement und der künftigen Entwicklung

1. Risikomanagementziele und -methoden sowie wesentliche Risiken

Im Zuge ihrer geschäftlichen Aktivitäten ist die Gesellschaft einer Reihe von Risiken ausgesetzt. Diese sind untrennbar mit ihrem unternehmerischen Handeln verbunden. Im Konzern neu.sw wird daher ein konzernweites Risikomanagement betrieben, in das auch die Gesellschaft einbezogen ist. Dieses hat sich insbesondere vor dem Hintergrund der Krise des globalen Finanz- und Wirtschaftssystems ab 2008 als elementar für Geschäftsprozesse und Unternehmensentscheidungen der Gesellschaft erwiesen.

Um im Spannungsfeld zwischen Gewinnchance und Verlustrisiko dauerhaft erfolgreich zu sein, werden neben den üblichen Maßnahmen zur Risikofrüherkennung durch die einzelnen Unternehmensbereiche die identifizierten Risiken erfasst, nach Eintrittswahrscheinlichkeit sowie potentieller Schadenshöhe bewertet und an das Zentrale Risikomanagement gemeldet. Hier werden die daraus resultierenden Ergebnisse auf Bereichs-, Unternehmens- und Konzernbasis zusammengeführt und hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das betriebliche Ergebnis bewertet. Durch das Zentrale Risikomanagement wird eine konzerneinheitliche Analyse der bestehenden Risikosituation vorgenommen, auf deren Basis für die Unternehmensbereiche konkrete Risikosteuerungsmaßnahmen abgeleitet und dementsprechend realisiert werden.

Die monatliche Risikoberichterstattung ist vollständig in den Controlling- und Planungsprozess integriert. Die zuständigen Leiter der Unternehmenseinheiten und die Geschäftsführung werden regelmäßig über die Risikosituation unterrichtet. Die Effizienz und die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems werden durch das interne Kontrollsystem und die interne Revision überwacht. Ebenso erfolgt jährlich durch das Zentrale Risikomanagement eine Überprüfung und Aktualisierung der identifizierten Risiken. Darüber hinaus werden die definierten Risikobereiche auf bisher nicht erfasste oder neue Risiken überprüft. Parallel erfolgen regelmäßig Marktbeobachtungen. Außerdem werden risikorelevante Informationen des Unternehmensfeldes beobachtet, aufgenommen und analysiert. Durch die ständige Aktualisierung der risikorelevanten Informationen und methodischen Grundsätze werden eine Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems und die Verbesserung seiner Aussagefähigkeit gewährleistet. In Kombination mit der kontinuierlichen Realisierung vorbeugender Risikobegegnungsmaßnahmen ist der Konzern in der Lage, das Risikopotenzial vollständig aus dem primären Risikodeckungskapital aufzufangen. Von daher hat er Möglichkeiten, zusätzliche Risiken einzugehen und/oder risikoreiche Aktivitäten zu planen.

Aus dem 2009 anhaltenden Einbruch des Wirtschaftswachstums im Zusammenhang mit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ergeben sich aufgrund der überwiegenden Entsorgung von Haushalts- und Kleinkunden branchenbedingt keine neuen Risiken für die Gesellschaft.

Mögliche Ausfälle, die zu einer geringeren Inanspruchnahme der Leistungen, Adressausfall- und Liquiditätsrisiken führen können, sind im Risikomanagement bereits berücksichtigt. Daher erfolgt vor allem eine verstärkte Beobachtung bestehender Risiken. Diese Beobachtung wird regelmäßig durchgeführt.

Chancen betrachtet und bewertet die Gesellschaft im Zuge der turnusmäßigen Planung.

Die bedeutendsten Risiken und Chancen der Gesellschaft treten in folgenden Beobachtungsbereichen auf:

Unternehmensrisiko: Den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Risiken bestehen nicht und sind derzeit nicht erkennbar.

Risiken im Marktumfeld: Risiken bestehen im möglichen Verlust von Kunden und einem steigenden Preisdruck durch Konkurrenten. Durch permanente Kundenbetreuung und Anwendung eines rabattorientierten Preissystems wird diesem Risiko begegnet.

Chancen leitet die Gesellschaft insbesondere aus der Zunahme des Trends zur Feuerbestattung sowie einer möglichen Gewinnung von Neukunden ab.

2. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Es liegen keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres vor.

3. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Im Bestattungswesen bleibt die Entwicklung der künftigen Beisetzungszahlen gerade vor dem Hintergrund der sich erhöhenden durchschnittlichen Lebenserwartung ungewiss, wobei davon auszugehen ist, dass sich der Trend zu preiswerten Feuerbestattungen weiter fortsetzen wird.

Dem gegenüber steht jedoch ein immer intensiver werdender Verdrängungswettbewerb, einerseits zu den neuen regionalen Anbietern, andererseits jedoch in zunehmendem Maße auch gegenüber osteuropäischen Anbietern. Den hieraus resultierenden Absatzverlusten wird die Gesellschaft durch weitere Intensivierung der festen Kundenbeziehungen zu den Bestattungshäusern entgegenwirken.

Parallel hierzu ist das Serviceangebot marktgerecht zu gestalten, um so kostenneutral entsprechende Mehrwerte für den Kunden zu generieren und damit eine höhere Kundenbindung zu erzielen. Als Dienstleistungsunternehmen wird die Gesellschaft den Schwerpunkt ihres Handelns künftig noch stärker auf die Beratung und Betreuung ihrer Kunden und auf einen gezielten Service im logistischen Bereich legen. Hierzu sind, soweit sinnvoll, entsprechende Kooperationen mit Zulieferern im Bestattungswesen und professionellen Logistikdienstleistern einzugehen.

Die kaufmännische Betriebsführung und Betreuung der Gesellschaft wird weiterhin zentral im Konzern der neu.sw erfolgen, um hier die vorhandenen Synergien auszuschöpfen.

Wesentliche Ziele der Gesellschaft bleiben auch in den nächsten Jahren, die Ertragslage durch einen wirtschaftlichen operativen Betrieb zu verbessern und die bestehenden Marktanteile zu sichern bzw. auszubauen.

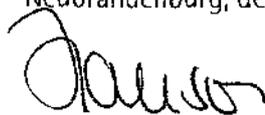
Insgesamt wird eingeschätzt, dass sich die zukünftige Ertragslage der Gesellschaft auf dem Niveau des Berichtsjahres stabilisieren wird. Dies steht jedoch in direkter Abhängigkeit zur Absatzentwicklung. Diese erwartete Entwicklung ist anhand verschiedener Leistungskennziffern zu bewerten und der Unternehmenserfolg darüber zu steuern. Diese sind neben dem Gesamtergebnis u. a. die Rohmarge, das Ergebnis vor Abschreibungen, Zinsen und Steuern (EBITDA) und das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT).

197

Die Gesellschaft wird auch zukünftig eine würdevolle Bestattungskultur unterstützen. Das bedeutet in erster Linie für alle Beteiligten einen schnellen, flexiblen und professionellen Service ohne unnötige und vor allem unwürdige Wartezeiten zu gewährleisten.

Diese Einschätzungen wurden auf Basis der uns zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Informationen vorgenommen. Sollten die zugrunde gelegten Annahmen nicht eintreffen oder weitere Risiken eintreten, so werden die tatsächlichen Ergebnisse abweichen.

Neubrandenburg, den 31. März 2010



Holger Hanson
Geschäftsführer



Olf Häusler
Geschäftsführer

Neubrandenburger Krematoriumsgesellschaft mbH, Neubrandenburg

Bilanz zum 31. Dezember 2009

Aktiva

	<u>31.12.2009</u>	<u>31.12.2008</u>
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.611.957,99	1.724.090,99
2. Technische Anlagen und Maschinen	1.011.997,00	1.144.919,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.926,00	2.620,00
	<u>2.632.880,99</u>	<u>2.871.629,99</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	28.244,75	33.733,07
2. Sonstige Vermögensgegenstände	877,54	748,72
	<u>29.122,29</u>	<u>34.481,79</u>
II. Guthaben bei Kreditinstituten	215,50	25,16
	<u>29.337,79</u>	<u>34.506,95</u>
	<u>2.662.218,78</u>	<u>2.906.136,94</u>

J. Jaus *H. Häu*

198

Neubrandenburger Krematoriumsgesellschaft mbH, Neubrandenburg

Bilanz zum 31. Dezember 2009

Passiva

	<u>31.12.2009</u>	<u>31.12.2008</u>
	EUR	EUR
A. Eigenkapital		
i. Gezeichnetes Kapital	30.000,00	30.000,00
ii. Kapitalrücklage	589.729,17	589.729,17
iii. Verlustvortrag	<u>259.512,91</u>	<u>259.512,91</u>
	<u>360.216,26</u>	<u>360.216,26</u>
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	<u>37.700,00</u>	<u>40.300,00</u>
C. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	<u>19.083,92</u>	<u>25.917,41</u>
	<u>19.083,92</u>	<u>25.917,41</u>
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	14.370,10	25.395,77
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2.175.744,58	2.409.587,83
3. Sonstige Verbindlichkeiten		
--davon aus Steuern TEUR 5 (i. Vj. TEUR 4)--	<u>55.103,92</u>	<u>44.719,67</u>
	<u>2.245.218,60</u>	<u>2.479.703,27</u>
	<u>2.662.218,78</u>	<u>2.906.136,94</u>

199

Thies *Hahn*

Neubrandenburger Krematoriumsgesellschaft mbH, Neubrandenburg

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009

	2009 EUR	2008 EUR
1. Umsatzerlöse	1.196.878,73	1.116.755,75
2. Sonstige betriebliche Erträge	5.203,84	11.348,51
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	104.146,25	100.957,99
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	174.110,72	207.350,15
4. Personalaufwendungen		
a) Löhne und Gehälter	257.033,62	255.830,07
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung --davon für Altersversorgung TEUR 1 (i. Vj. TEUR 1)--	52.564,80	51.692,72
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	245.939,87	242.467,59
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	136.811,41	156.660,35
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge --davon aus verbundenen Unternehmen TEUR 0,1 (i. Vj. TEUR 0,4)--	134,59	912,88
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen --davon an verbundene Unternehmen TEUR 141 (i. Vj. TEUR 158)--	140.898,04	158.365,67
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	90.712,45	-44.307,40
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag --davon Steuerumlage TEUR 11 (i. Vj. TEUR 0)--	11.234,00	0,00
11. Erträge aus Verlustübernahme	0,00	44.307,40
12. Aufwendungen aus Gewinnabführung	79.478,45	0,00
13. Jahresüberschuss	0,00	0,00

200

Jacob

Hain

**Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
An die Neubrandenburger Krematoriumsgesellschaft mbH**

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der

**Neubrandenburger Krematoriumsgesellschaft mbH,
Neubrandenburg,**

für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Gemäß § 11 des Gesellschaftsvertrages i. V. mit § 13 KPG M-V wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Die Prüfung erstreckt sich daher auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und § 13 KPG M-V unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft Anlass zu Beanstandungen geben. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des

201

Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

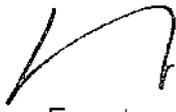
Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse geben nach unserer Beurteilung zu wesentlichen Beanstandungen keinen Anlass.

Schwerin, den 25. Mai 2010



WIKOM Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


Eysert
Wirtschaftsprüfer


Bottner
Wirtschaftsprüfer

202

Neubrandenburger Medianet KFA (Kabelfernsehanlagen) GmbH

Neubrandenburger Medianet KFA (Kabelfernsehanlagen) GmbH,

Neubrandenburg

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Entwicklung von Branche und gesamtwirtschaftliche Situation

Die neuen technischen Möglichkeiten zur Bereitstellung von digitalen Radio- und Fernsehsignalen und Internetzugängen über herkömmliche Telefonleitungen des Endkundens sowie der sich verschärfende Wettbewerb im Bereich der Festnetztelefonie führen bei den Kabelnetzbetreibern vielfach zum Wechsel der Geschäftsmodelle vom reinen Infrastrukturbetrieb zum „Komplettdienstleister“.

Die Kabelnetzbetreiber stellen sich den Herausforderungen dieses verstärkten Wettbewerbs in ihrem klassischen Marktumfeld mit neuen Angeboten zur Konvergenz von Unterhaltungs-, Kommunikations- und Informationsmedien.

Der Kundenstamm der Neubrandenburger Medianet KFA (Kabelfernsehanlagen) GmbH (Medianet KFA) erstreckt sich räumlich im Wesentlichen auf das Stadtgebiet Neubrandenburg und teilweise auf angrenzende Gemeinden. Die Versorgung innerhalb der Stadt Neubrandenburg erfolgt mittels eines eigenen Breitbandkabel- bzw. Lichtwellenleiternetzes. Die umliegenden Gemeinden werden teilweise über dieses Netz bzw. über eigene Kopfstationen versorgt.

Zurzeit liegt der Marktanteil der Gesellschaft im Bereich der Kabelfernsehversorgung im Hauptabsatzgebiet „Stadt Neubrandenburg“ noch bei nahezu 100 %. Infolge der zu erwartenden Verschärfung des Wettbewerbs ist jedoch noch nicht absehbar, in welchem Umfang dieser Marktanteil gehalten werden kann. Die Gesellschaft nutzt konsequent die sich aus den gegenüber massenmarktfähigen DSL- Technologien deutlich höheren Bandbreiten des Kabelnetzes ergebenden Effekte, einerseits durch die Bereitstellung qualitativ hochwertiger Radio- und Fernsehsignale sowie andererseits durch die Bereitstellung von attraktiven Internet- und Telefonieangeboten als Mittel zur Kundenbindung.

Im Bereich der Kabelfernsehversorgung besteht der Kundenstamm im Wesentlichen aus Privatkunden und –haushalten. Im Bereich der Nebenleistungen Datenverkehr bzw. Datendurchleitung / Standortvernetzung besteht der Kundenstamm ausschließlich aus Gewerbekunden.

2. Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Verteilung der Produktgruppen über die einzelnen Abnahmestellen bzw. Kunden:

	<u>2009</u>	<u>2008</u>	<u>Veränderung</u>
Kabel-Grundversorgung	131	160	- 29
Kabel-Normalversorgung	29.423	30.109	- 686
fitflat	4.993	4.150	843
Sonstige	102	145	- 43
Summe	34.649	34.564	85

Insgesamt blieb die Anzahl der Abnahmestellen annähernd konstant. Durch die verstärkte Nutzung der fitflat Produkte ergeben sich jedoch im Vorjahresvergleich Verschiebungen in der Nutzung der Abnahmestellen, weg von der klassischen Kabel-Versorgung (TV und Radio) hin zur Triple-Play Versorgung (TV/Radio, Telefonie und Internet).

3. Investitionen

Im abgelaufenen Geschäftsjahr tätigte die Gesellschaft Investitionen in Höhe von TEUR 873. Investitionsschwerpunkte waren dabei Investitionen in die Netzstabilität (TEUR 289), Ersatzinvestitionen (TEUR 118) und die Beschaffung von Kundenendgeräten für die fitflat-Produkte (TEUR 102). Darüber hinaus erfolgten Investitionen insbesondere in neue Kundenanschlüsse sowie im Zusammenhang mit Umbau- und Umverlegungsmaßnahmen der Stadt Neubrandenburg.

Finanzinvestitionen oder Beteiligungen erfolgten im Berichtsjahr nicht.

4. Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben

Die Finanzierung der in 2009 getätigten Investitionen in Höhe von TEUR 873 erfolgte mit TEUR 4 durch Fördermittel, durch Investitionszuschüsse von TEUR 39 und aus dem Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit der Gesellschaft. Soweit erforderlich, wurden darüber hinaus benötigte Mittel durch die Neubrandenburger Stadtwerke GmbH (nachfolgend „neu.sw“ genannt) im Rahmen des Cashpoolings, an dem auch die Gesellschaft teilnimmt, bereitgestellt.

204

5. Personal- und Sozialbereich

Das Unternehmen beschäftigte im Jahresdurchschnitt 18 Mitarbeiter (Vj. 19) und ist in die Management- und Personalstrukturen sowie in die tarifvertraglichen Regelungen der neu.sw eingegliedert.

Vor dem Hintergrund des gekündigten Manteltarifvertrages und des Vergütungstarifvertrages zum 31. Dezember 2005 wurden Tarifverhandlungen mit den Tarifpartnern fortgeführt und konnten zum Jahresbeginn abgeschlossen werden. Im Ergebnis der Verhandlungen wurde der seit dem Inkrafttreten am 1. Januar 1998 abgeschlossene Manteltarifvertrag für Arbeitnehmer der neu.sw und der organschaftlich verbundenen Unternehmen novelliert. Mit Wirkung zum 1. März 2009 traten ein neuer Manteltarifvertrag für Arbeitnehmer im Konzern neu.sw sowie ein neuer Entgelttarifvertrag in Kraft.

▶ Neben den tariflich festgelegten Grundvergütungen wurden an die Mitarbeiter der Gesellschaften Zulagen und Zuschläge für Rufbereitschaftsdienste, Schichtprämien und Zeitzuschläge sowie Urlaubs- und Weihnachtsgeld gezahlt. Die ergebnisabhängige Sonderzuwendung auf der Grundlage des § 15 Absatz 3 des Manteltarifvertrages für das Geschäftsjahr 2008 wurde 2009 ausgezahlt.

6. Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Mit Gesellschafterbeschluss vom 3. August 2009 wurde Frau Anja Hünemörder Prokura erteilt. Die Eintragung im Handelsregister hierzu erfolgte am 17. September 2009.

205

B. Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist hauptsächlich durch das Anlagevermögen und dessen Finanzierung durch Eigenkapital, Investitionszuschüsse und Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter geprägt und stellt sich per 31.12.2009 wie folgt dar:

<u>(Angaben in TEUR)</u>	<u>31. 12. 2009</u>	<u>31. 12. 2008</u>	<u>Veränderung</u>
Bilanzsumme	8.503	8.761	- 258
Anlagevermögen	7.895	8.237	- 342
Umlaufvermögen / Rechnungsabgrenzung	608	524	84
Eigenkapital	863	863	0
Investitionszuschüsse	783	902	- 119
Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter	6.106	6.105	1
kurzfristige Fremdmittel	751	891	- 140

Das Eigenkapital der Gesellschaft blieb durch die Ergebnisabführung an den Gesellschafter neu.sw unverändert auf Vorjahresniveau.

206

Infolge des Rückganges der Bilanzsumme erhöhte sich die Eigenkapitalquote an der Bilanzsumme im Berichtsjahr auf 10,1 % (Vj. 9,9 %). Bei hälftiger Hinzurechnung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Eigenkapital ergibt sich eine wirtschaftliche Eigenkapitalquote von 14,8 % (Vj. 15,0 %). Unter Berücksichtigung der formal kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin ergibt sich ein Deckungsgrad der langfristigen Aktiva durch langfristige Mittel von 98,2 % (Vj. 95,5 %).

Insgesamt ist unter Berücksichtigung der nachhaltig betriebenen Finanzierung der Konzerngesellschaften weiterhin von einer stabilen Vermögenslage auszugehen.

2. Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist, bedingt durch das zentrale Cashmanagement des Konzerns neu.sw und der damit verbundenen Konsolidierung der konzernweiten liquiden Mittel, geordnet. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr jederzeit gegeben.

Alle Mittelzu- und -abflüsse der Gesellschaft werden im Zuge des zentralen Cashpoolings über neu.sw abgewickelt. Die sich aus den Zahlungsströmen ergebende Zinsverrechnung erfolgt auf Basis einer vertraglich geregelten Kontokorrentverzinsung.

Die Gesellschaft erwirtschaftete im Berichtsjahr einen positiven Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit, der im Wesentlichen zur Finanzierung der Investitionen und der Gewinnabführung verwandt wurde.

3. Ertragslage

Die Ertragslage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr verbessert und stellt sich im Berichtsjahr wie folgt dar:

<u>(Angaben in TEUR)</u>	<u>2009</u>	<u>2008</u>	<u>Veränderung</u>
Gesamtleistung	6.285	6.112	173
betriebliche Aufwendungen	- 3.844	- 4.136	292
Betriebsergebnis vor AfA (EBITDA)	2.441	1.976	465
Abschreibung	- 1.169	- 1.190	21
Finanzergebnis	- 393	- 357	- 36
Steuern	- 108	- 25	- 83
Gesamtergebnis	771	404	367

Die Gesamtleistung ist gegenüber dem Vorjahr um TEUR 173 angestiegen. Gleichzeitig sanken die betrieblichen Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 292, da im Vorjahr einmalige Aufwendungen für die Markteinführung der fitflat-Produkte angefallen waren.

Im Ergebnis dessen verbesserte sich das Betriebsergebnis vor Abschreibungen, Zinsen und Steuern (EBITDA) im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 465. Dennoch gestaltet sich die Marktdurchdringung mit fitflat-Produkten langsamer als vormals angenommen.

Das Finanzergebnis von TEUR - 393 (i. Vj. TEUR - 357) entspricht dem Saldo aus Zinserträgen und Zinsaufwendungen.

Die Gesellschaft generierte im Berichtsjahr ein Ergebnis von TEUR 771. Dieses wurde im Zuge des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages an neu.sw abgeführt.

C. Angaben zum Risikomanagement und der künftigen Entwicklung

1. Risikomanagementziele und –methoden sowie wesentliche Risiken

Im Zuge ihrer geschäftlichen Aktivitäten ist die Gesellschaft einer Reihe von Risiken ausgesetzt. Diese sind untrennbar mit ihrem unternehmerischen Handeln verbunden. Im Konzern neu.sw wird daher ein konzernweites Risikomanagement betrieben, in das auch die Gesellschaft einbezogen ist. Dieses hat sich insbesondere vor dem Hintergrund der Krise des globalen Finanz- und Wirtschaftssystems ab 2008 als elementar für Geschäftsprozesse und Unternehmensentscheidungen der Gesellschaft erwiesen.

Um im Spannungsfeld zwischen Gewinnchance und Verlustrisiko dauerhaft erfolgreich zu sein, werden neben den üblichen Maßnahmen zur Risikofrüherkennung durch die einzelnen Unternehmensbereiche die identifizierten Risiken erfasst, nach Eintrittswahrscheinlichkeit sowie potentieller Schadenshöhe bewertet und an das Zentrale Risikomanagement gemeldet. Hier werden die daraus resultierenden Ergebnisse auf Bereichs-, Unternehmens- und Konzernbasis zusammengeführt und hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das betriebliche Ergebnis bewertet. Durch das Zentrale Risikomanagement wird eine konzerneinheitliche Analyse der bestehenden Risikosituation vorgenommen, auf deren Basis für die Unternehmensbereiche konkrete Risikosteuerungsmaßnahmen abgeleitet und dementsprechend realisiert werden.

Die monatliche Risikoberichterstattung ist vollständig in den Controlling- und Planungsprozess integriert. Die zuständigen Leiter der Unternehmenseinheiten und die Geschäftsführung werden regelmäßig über die Risikosituation unterrichtet. Die Effizienz und die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems werden durch das interne Kontrollsystem und die interne Revision überwacht. Ebenso erfolgt jährlich durch das Zentrale Risikomanagement eine Überprüfung und Aktualisierung der identifizierten Risiken. Darüber hinaus werden die definierten Risikobereiche auf bisher nicht erfasste oder neue Risiken überprüft. Parallel erfolgen regelmäßig Marktbeobachtungen. Außerdem werden risikorelevante Informationen des Unternehmensfeldes beobachtet, aufgenommen und analysiert. Durch die ständige Aktualisierung der risikorelevanten Informationen und methodischen Grundsätze werden eine Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems und die Verbesserung seiner Aussagefähigkeit gewährleistet. In Kombination mit der kontinuierlichen Realisierung vorbeugender Risikobegegnungsmaßnahmen ist der Konzern in der Lage, das Risikopotenzial vollständig aus dem primären Risikodeckungskapital aufzufangen. Daher hat er Möglichkeiten, zusätzliche Risiken einzugehen und/oder risikoreiche Aktivitäten zu planen.

Aus dem 2009 anhaltenden Einbruch des Wirtschaftswachstums im Zusammenhang mit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ergeben sich aufgrund der überwiegenden Versorgung von Haushalts- und Kleinkunden branchenbedingt keine neuen Risiken für die Gesellschaft.

Mögliche konjunkturbedingte Versorgungsausfälle, die zu Umsatzverminderungen, Adressausfall- und Liquiditätsrisiken führen können, sind im Risikomanagement bereits berücksichtigt. Daher erfolgt vor allem eine verstärkte Beobachtung bestehender Risiken. Diese Beobachtung wird regelmäßig durchgeführt.

Chancen betrachtet und bewertet die Gesellschaft im Zuge der turnusmäßigen Planung.

Die bedeutendsten Risiken und Chancen der Gesellschaft treten in folgenden Beobachtungsbereichen auf:

Unternehmensrisiko: Den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Risiken bestehen nicht und sind derzeit nicht erkennbar.

Risiken im Marktumfeld: Ein Risiko besteht darin, dass im Kabelfernsehbereich bis 2012 die Ausstrahlung der meisten analogen Programme eingestellt wird. Damit gehen Einschränkungen der analogen Programmvielfalt einher, die zu Kundenverlusten (Umstellung auf Satellitenempfang) führen können. Diesem Risiko wird mit einer rechtzeitigen Kundeninformation und dem gezielten Einsatz von Kundenbindungsinstrumenten entgegengewirkt.

Des Weiteren sieht die Gesellschaft Risiken darin, dass durch andere Dienste- und Produktanbieter Kunden abwandern können.

Chancen sieht die Gesellschaft in der höheren Qualität der ausgestrahlten digitalen Programme, einer größeren digitalen Programmvielfalt und im Multimediabereich einen breiten Raum für das Angebot neuer Produkte zur Kundenbindung und -gewinnung.

Ein grundsätzliches Risiko besteht darin, die dingliche Sicherung des Eigentums der Gesellschaft an der Netzebene 4 durch die Eintragung einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit im Grundbuch des Grundstückseigentümers durchzusetzen. Sowohl die Durchsetzung der grundbuchlichen Sicherung als auch die Vereinbarung eines Ausschließlichkeitsrechtes zur Versorgung durch die Gesellschaft sind Gegenstand von vertraglichen Verhandlungen auf Ebene der Geschäftsführung.

2. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Am 22. und am 30. März 2010 erstattete die Geschäftsführung der Neubrandenburger Medianet KFA (Kabelfernsehanlagen) GmbH Strafanzeige gegen vier Mitarbeiter sowie einen ehemaligen Mitarbeiter des Unternehmens und dritte Unternehmen wegen Verdachts des Betruges zum Nachteil der Gesellschaft, der Untreue und der Urkundenunterdrückung. Die Staatsanwaltschaft hat daraufhin entsprechende Ermittlungen aufgenommen.

Die Stadt Neubrandenburg bemüht sich, die in ihrem Eigentum stehenden kommunalen Gesellschaften mit Gesellschafterweisungen bei ihrem Vorhaben, langfristig auf dem Gebiet der Rundfunk- und Fernsehversorgung, der Internet- und Telefonieversorgung sowie weiterer multimedialer Dienste zu kooperieren, zu unterstützen.

Darüber hinaus sind keine wesentlichen Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten.

3. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Mit der Einführung der Triple Play Versorgung in Neubrandenburg wurde die Grundlage zur Generierung zusätzlicher Erlöse für die Zukunft geschaffen. Gleichzeitig ist jedoch mit einer Verschärfung des Wettbewerbsdrucks zu rechnen, da auch andere Anbieter mit Triple Play Produkten in den Markt eingetreten sind beziehungsweise ihre diesbezüglichen Aktivitäten verschärft haben. Unveränderte Zielstellung der Gesellschaft ist jedoch der Erhalt der derzeit bestehenden Marktdominanz.

210

Gleichzeitig sind die Aktivitäten im Bereich der Datendurchleitung auch für kleinere Gewerbekunden zu intensivieren. Daher sind die Kunden- und Verkaufsaktivitäten ständig zu optimieren und bedarfsgerecht zu gestalten. Wesentliche Aussagen über den Erfolg der eingeleiteten Maßnahmen werden die Gesamterlöse sowie die Kundenzahlen pro Produktgruppe geben.

Die Investitionstätigkeit in 2010 ff. wird schwerpunktmäßig durch die Investitionen im Zusammenhang mit dem Ausbau der Aktivitäten im Bereich von Triple Play gekennzeichnet sein. Darüber hinaus werden zukünftig weitere Investitionen in Ortsnetzverdichtungen und Neukundenanschlüsse, gerade auch in den um Neubrandenburg liegenden Gemeinden und deren Anschluss an das Hauptnetz in der Stadt Neubrandenburg, erfolgen. Insgesamt ist jedoch davon auszugehen, dass die Investitionsintensität in den nächsten Jahren eher rückläufig sein wird.

Im Stadtgebiet Neubrandenburg sind derzeit keine neuen Bebauungsgebiete geplant, so dass die aktuelle Situation, zumindest aus heutiger Sicht, die maximale Ausdehnung des Netzgebietes der Gesellschaft

darstellt. Eine realisierbare Möglichkeit zur Expansion in Gemeinden außerhalb des Kabelnetzgebietes stellt die Erschließung mittels Funkanlagen dar. Ob und wo solche Funknetze errichtet werden, wird unter Berücksichtigung der jeweiligen Wettbewerbssituation und bei Vorliegen positiver Ergebnisaussichten zu entscheiden sein.

Die Finanzierung der Investitionen sowie die des laufenden operativen Betriebes wird, wie bisher, durch entsprechende Investitionszuschüsse sowie den Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit der Gesellschaft erfolgen. Soweit zusätzliche Investitionsmittel erforderlich sein sollten, würden diese, wie in der Vergangenheit, durch neu.sw gegen eine angemessene Verzinsung zur Verfügung gestellt werden.

Insgesamt wird eingeschätzt, dass sich die Ertragslage der Gesellschaft auch zukünftig positiv gestalten wird. Dies steht jedoch in direkter Abhängigkeit zur kommenden Wettbewerbssituation bzw. Wettbewerbsintensität sowie der Kundenakzeptanz der fiat-Produktlinie.

Die erwartete Entwicklung ist anhand verschiedener Leistungskennziffern zu bewerten und der Unternehmenserfolg darüber zu steuern. Diese sind neben der Entwicklung des Gesamtergebnisses u. a. die Entwicklung der Rohmarge, des Ergebnisses vor Abschreibungen, Zinsen und Steuern (EBITDA) und des Ergebnisses vor Zinsen und Steuern (EBIT).

Eine weitere wesentliche Kennziffer stellt hierbei einerseits das Verhältnis der Anlagenzugänge in Relation zu den um die Sonderabschreibungen vergangener Jahre bereinigten Abschreibungen dar. Andererseits ergeben sich aus der Zinsaufwandsquote sowie der Cashflow-Entwicklung messbare Kennziffern für unternehmerische Entscheidungen.

Diese Einschätzungen wurden auf Basis der uns zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Informationen vorgenommen. Sollten die zugrunde gelegten Annahmen nicht eintreffen oder weitere Risiken eintreten, so werden die tatsächlichen Ergebnisse abweichen.

Neubrandenburg, den 31. März 2010



Holger Hanson
Geschäftsführer



Thomas Lenz
Geschäftsführer

Neubrandenburger Medianet KFA (Kabelfernsehanlagen) GmbH, Neubrandenburg

Bilanz zum 31. Dezember 2009

ktiva

	31.12.2009 EUR	31.12.2008 EUR
Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	137.134,82	128.268,25
II. Sachanlagen		
1. Technische Anlagen	7.409.398,00	7.614.815,00
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	298.062,00	377.235,00
3. Anlagen im Bau	50.340,46	116.404,86
	<u>7.757.800,46</u>	<u>8.108.454,86</u>
	<u>7.894.935,28</u>	<u>8.236.723,11</u>
Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	9.473,21	0,00
2. Fertige Erzeugnisse und Waren	16.053,10	0,00
	<u>25.526,31</u>	<u>0,00</u>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	533.208,60	464.839,46
2. Sonstige Vermögensgegenstände	33.296,08	46.209,59
	<u>566.504,68</u>	<u>511.049,05</u>
III. Guthaben bei Kreditinstituten		
	<u>15.062,60</u>	<u>12.098,36</u>
	<u>607.093,59</u>	<u>523.147,41</u>
Rechnungsabgrenzungsposten		
	<u>1.062,50</u>	<u>936,56</u>
	<u>8.503.091,37</u>	<u>8.760.807,08</u>

Jacobs

Lenz

212

Neubrandenburger Medianet KFA (Kabelfernsehanlagen) GmbH, Neubrandenburg

Bilanz zum 31. Dezember 2009

Passiva

	<u>31.12.2009</u>	<u>31.12.2008</u>
	EUR	EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	300.000,00	300.000,00
II. Kapitalrücklage	<u>563.457,17</u>	<u>563.457,17</u>
	<u>863.457,17</u>	<u>863.457,17</u>
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	<u>783.112,66</u>	<u>901.528,00</u>
C. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	<u>50.619,15</u>	<u>358.470,62</u>
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	531.206,76	365.263,22
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	6.105.809,72	6.104.765,43
3. Sonstige Verbindlichkeiten		
--davon aus Steuern TEUR 11 (i. Vj. TEUR 10)--	<u>168.885,91</u>	<u>167.322,64</u>
	<u>6.805.902,39</u>	<u>6.637.351,29</u>
	<u>8.503.091,37</u>	<u>8.760.807,08</u>

Heuser

Lehr

213

**Neubrandenburger Medianet KFA (Kabelfernsehanlagen) GmbH,
Neubrandenburg**

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009**

	2009 EUR	2008 EUR
1. Umsatzerlöse	5.780.704,89	5.484.537,02
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	80.351,33	134.418,79
3. Sonstige betriebliche Erträge	424.014,41	492.770,28
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	166.350,52	154.187,23
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.074.237,31	869.732,57
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	648.576,74	658.770,59
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung --davon für Altersversorgung TEUR 1 (i. Vj. TEUR 1)--	127.013,72	124.961,55
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.169.053,39	1.189.616,09
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.827.414,54	2.328.409,42
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge --davon aus verbundenen Unternehmen TEUR 3 (i. Vj. TEUR 3)--	2.766,94	3.020,20
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen --davon an verbundene Unternehmen TEUR 396 (i. Vj. TEUR 360)--	395.791,32	359.785,60
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	879.400,03	429.283,24
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag --davon Steuerumlage TEUR 108 (i. Vj. TEUR 25)--	108.476,00	25.035,00
12. Sonstige Steuern	-64,00	124,00
13. Aufwendungen aus Gewinnabführung	770.988,03	404.124,24
14. Jahresüberschuss	0,00	0,00

214

Jausso

Lutz

**Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
An die Neubrandenburger Medianet KFA (Kabelfernsehanlagen) GmbH**

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der

**Neubrandenburger Medianet KFA (Kabelfernsehanlagen) GmbH,
Neubrandenburg,**

für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Gemäß § 11 des Gesellschaftsvertrages in Verbindung mit § 13 KPG M-V wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Die Prüfung erstreckt sich daher auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft abzugeben.

245

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und § 13 KPG M-V unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft Anlass zu Beanstandungen geben. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des

Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse geben nach unserer Beurteilung zu wesentlichen Beanstandungen keinen Anlass.

Schwerin, den 25. Mai 2010



WIKOM Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


Eysert
Wirtschaftsprüfer


Bottner
Wirtschaftsprüfer

216

neu-itec GmbH